

Anträge zum Landesparteitag 2013.1

am 26./27. Januar 2013
in Oppenheim



Inhaltsverzeichnis

Satzungsanträge.....	5
2012.1/SÄA-S06 Textform bei Umlaufbeschlüssen.....	5
2012.1/SÄA-S07 Änderung der Finanzordnung.....	6
2012.1/SÄA-S09 Bekenntnis zur FDGO.....	7
2012.2/SÄA-006 Wahl von Rechnungs- und Kassenprüfer II.....	8
2012.2/SÄA-009 Landesvertreter im Bundesfinanzrat.....	9
2012.2/SÄA-011 Streichung des Beschwerdeausschusses.....	10
2013.1/SÄA-001 Behandlung von Anträgen.....	11
2013.1/SÄA-003 Einreichungsfrist zum Vertagungsrecht.....	13
2013.1/SÄA-005 SDMV legitimieren.....	14
2013.1/SÄA-006 Streichung des Landesfinanzausschusses.....	19
2013.1/SÄA-007 Hürde für Programmänderungen einführen.....	20
Grundsatzprogrammanträge.....	21
2012.1/GPA-P03 Übernahme Änderungen BPT 2010.2 und BPTs 2011.....	21
2012.1/GPA-P04 Redundanzen Landes- und Bundesprogramm.....	23
2012.1/GPA-P11 frühere Aktivitäten.....	24
2012.1/GPA-P12 Selbstverständnis der Piraten.....	25
2012.2/GPA-018 Bauen und Verkehr.....	27
2013.1/GPA-010 Einbindung von Bürgermeinungen.....	28
2013.1/GPA-012 Übernahme Änderungen Grundsatzprogramm BPT 2012.2.....	29
Wahlprogrammanträge.....	31
2012.1/WPA-P09 Landtagsausschuesse.....	31
2012.1/WPA-P13 Rückgewinnung und Verwendung öffentlichen Raums.....	32
2012.1/WPA-P15 Ehrenamt-Nebenamt-Hauptamt.....	33
2012.1/WPA-P18 Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher.....	34
2012.1/WPA-P19 Floh- und Trödelmärkte an Sonntagen.....	35
2012.1/WPA-P20 Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung.....	36
2012.1/WPA-P22 Integration und Chancengleichheit.....	37
2012.1/WPA-P25 Passus Zugangerschwerungsgesetz löschen.....	38
2012.1/WPA-P26 Rücknahme des Zensus-Gesetzes.....	39
2012.1/WPA-P27 Vereinheitlichung der Gewerbesteuer.....	40
2012.1/WPA-P52 Akkreditierungsverfahren.....	41
2012.2/WPA-001 Genderpolitik.....	43
2012.2/WPA-002 Genderpolitik A.....	44
2012.2/WPA-003 Genderpolitik B.....	45
2012.2/WPA-004 Genderpolitik C.....	46
2012.2/WPA-008 Bildung.....	47
2012.2/WPA-008-ZA01 Langfristig nur noch Gesamtschule.....	48
2012.2/WPA-008-ZA02 Religion als freiwilliges Zusatzfach.....	49
2012.2/WPA-008-ZA03 Aufklärender Religions- und Ethikunterricht.....	50
2012.2/WPA-008-ZA04 Programme zur elterlichen Aufklärung.....	51
2012.2/WPA-008-ZA05 BAföG durch BGE ersetzen.....	52
2012.2/WPA-008-ZA06 Klassengrößen durch demographischen Wandel verringern.....	53
2012.2/WPA-008-ZA07 E-Learning.....	54
2012.2/WPA-008-ZA08 Angemessene Entlohnung für nicht-lehrendes Personal.....	55
2012.2/WPA-008-ZA09 Schüler sollen bei Schulwahl mitbestimmen können.....	56
2012.2/WPA-008-ZA10 Nicht-lehrendes Personal an allen Bildungseinrichtungen.....	57
2012.2/WPA-008-ZA11 Bekenntnis zur Schulpflicht.....	58

2012.2/WPA-008-ZA12 bedarfsgerechte staatliche Betreuungs-angebote.....	59
2012.2/WPA-008-ZA13 Zentrale Schulabschlüsse.....	60
2012.2/WPA-008-ZA14 Verpflichtendes Angebot von Ganztags-unterricht.....	61
2012.2/WPA-008-ZA15 verpflichtendes letztes Kindergartenjahr.....	62
2012.2/WPA-008-ZA16 Erzieher als Studiengang.....	63
2012.2/WPA-008-ZA17 Berufliche Weiterbildung.....	64
2012.2/WPA-012 Flugverkehrsbelastungen minimieren.....	66
2012.2/WPA-013 Informationelle Barrierefreiheit.....	67
2012.2/WPA-014 Rechtliche Gleichstellung.....	68
2012.2/WPA-015 Vorwort.....	69
2012.2/WPA-016 Wahlrecht ab Geburt.....	70
2012.2/WPA-017 Altersarmut.....	71
2012.2/WPA-022 Umstrukturierung im Bereich Datenschutz / Sicherheitspolitik.....	74
2012.2/WPA-023 Politische Bildung stärken, Verfassungsschutz auflösen.....	75
2012.2/WPA-026 Schutz vor Verkehrslärm.....	76
2012.2/WPA-027 Ausbau der B10.....	77
2012.2/WPA-028 Erlebniswelt am Nürburgring.....	78
2012.2/WPA-031 Sondermülldeponien.....	79
2012.2/WPA-032 Schutz landwirtschaftlicher Nutzflächen Teil 1.....	80
2012.2/WPA-033 Schutz landwirtschaftlicher Nutzflächen Teil 2.....	81
2012.2/WPA-035 Freies, selbstbestimmtes Lernen gewährleisten.....	82
2012.2/WPA-037 Umwelt- und Energiepolitik.....	84
2013.1/WPA-008 barrierefreie Wohnungen in Ortsmitten.....	91
2013.1/WPA-009 Zulassung Medizinstudium.....	92
2013.1/WPA-011 Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk.....	93
2013.1/WPA-013 Keine Datenhehlerei unter dem Deckmantel der Steuergerechtigkeit!.....	95
2013.1/WPA-015 Politische Bildung stärken, Verfassungsschutz auflösen (bessere Version).....	96
Sonstige Anträge.....	97
2012.1/SOA-X03 Landesgeschäftsstelle Rheinland-Pfalz.....	97
2012.1/SOA-X04 Alter Beitrag 2012.....	98
2012.1/SOA-X06 Feststellung der finanziellen Härte bei Beitragsermäßigungen.....	99
2012.1/SOA-X08 Testweise Installation von LimeSurvey.....	100
2012.1/SOA-X09 Budget Landesgeschäftsstelle Rheinland-Pfalz.....	101
2012.2/SOA-007 Mittel aus staatlicher Teilfinanzierung.....	102
2012.2/SOA-010 Unterzeichnung der Pirantifa-Unvereinbarkeitserklärung.....	103
2012.2/SOA-019 neues Logo.....	104
2012.2/SOA-021 Transparente Demokratie statt Liquid Feedback.....	105
2012.2/SOA-024 Einrichtung eines Beschwerdeausschusses.....	106
2012.2/SOA-025 Durchführung dezentraler Landesparteitag.....	107
2012.2/SOA-029 Root-Server für interne Dienste des Landesverbandes.....	108
2012.2/SOA-030 Meinungsbildungstool.....	109
2012.2/SOA-034 Loesung fuer den Nuerburgring.....	112
2012.2/SOA-036 LQFB als Testlauf ohne Delegationen.....	113
2012.2/SOA-038 Positionierung zur Bundeskiste.....	114
2012.2/SOA-040 Erforderliche Mitgliederzahl für die Gründung eines Kreisverbandes.....	116
2013.1/SOA-002 Richtlinie zur Behandlung von Anträgen.....	117
2013.1/SOA-004 Pressearbeit von Stammtischen und Regionalgruppen.....	119

2013.1/SOA-011 Geschäftsordnung für die SDMV.....	120
2013.1/SOA-014 Maßnahmen zur Nutzung der Mailinglisten.....	125
2013.1/SOA-016 Positionspapiere und Richtlinien.....	126
2013.1/SOA-017 Freiwillige Beteiligung am Finanzausgleich.....	127

Satzungsanträge

2012.1/SÄA-S06 Textform bei Umlaufbeschlüssen

Antragsteller: [Bodo Thiesen](#)

Zusammenfassung: Erlaubt dem Vorstand Umlaufbeschlüsse via E-Mail

Antragstext: Dem §4.2 Abs 13 werden an seinem Ende drei Sätze mit folgendem Wortlaut angefügt:
»Im Falle von virtuellen Vorstandssitzungen ist ein Beschluss gültig, wenn die Mehrheit der Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschluss in Textform erklärt. Im Falle von fernmündlichen Vorstandssitzungen ist ein Beschluss gültig, wenn die Mehrheit der an der Sitzung teilnehmenden Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschluss fernmündlich erklärt. In beiden Fällen kann der Vorstand in seiner GO einschränkende Regelungen treffen.«

Begründung: Bisherige Praxis der Umlaufbeschlüsse via E-Mail (und möglicherweise auch die der fernmündlichen) stellt wahrscheinlich nach BGB § 28 iVm § 32 jene, die Beschlüsse durchführende Person oder Personengruppe unter das Risiko, dass der Beschluss erfolgreich angefochten wird und somit erfolgte Ausgaben privat getragen werden müssen. Dieser Antrag macht von BGB § 40 Gebrauch und lockert die strengen Regelungen aus BGB § 32 im Falle von virtuellen und fernmündlichen Vorstandssitzungen.

2012.1/SÄA-S07 Änderung der Finanzordnung

Antragsteller: [Silvan](#)

Zusammenfassung: Mitgliedsbeitrag nach Wunsch/Flexiblere Regelung

Antragstext: Ich würde gerne die Finanzordnung (auch in Hinblick auf die Beitragserhöhung) etwas flexibler gestalten:

Alte Fassung:

§7 Finanzordnung

(1) Es gilt die Bundesfinanzordnung.

Die betreffende Stelle die ich Abändern möchte befindet sich im folgenden Bereich:

§ 5 Höhe Mitgliedsbeitrag

(1) Der Mitgliedsbeitrag beträgt 36 Euro pro Kalenderjahr und ist am 01.01. eines jeden Jahres fällig.

(2) Bei Eintritt im Laufe eines Jahres ist der anteilige Jahresmitgliedsbeitrag pro Monat zu berechnen. Die Berechnung erfolgt monatsgenau, beginnend mit dem Monat in dem der Eintritt stattfindet.

(3) Die Piratenpartei empfiehlt ihren Mitgliedern zusätzlich zum festgelegten Mitgliedsbeitrag einen freiwilligen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1% ihres Jahresnettoeinkommens.

(4) Der Mitgliedsbeitrag ist an die für das Mitglied zuständige Gliederung zu entrichten.

(5) Über Beitragsminderungen bei finanziellen Härten entscheidet die für das Mitglied zuständige Gliederung, sofern die Landessatzung nichts Gegenteiliges regelt.

(6) Der Finanzrat erarbeitet Änderungsvorschläge zur Höhe des Mitgliedsbeitrages.

=====

Ändern möchte ich den Punkt 5.5.

Neue Fassung:

§7 Finanzordnung

(1) Es gilt, bis auf die im Weiteren überarbeiteten Punkte, die Bundesfinanzordnung.

(2) Über Beitragsminderungen entscheidet die für das Mitglied zuständige Gliederung. Der geminderte Beitrag beträgt mindestens 12€/Kalenderjahr. Bei finanziellen Härtefällen ist auch eine Beitragsminderung auf 1€/Kalenderjahr möglich.

(3) Eine freiwillige Beitragserhöhung kann jederzeit bei der für das Mitglied zuständigen Gliederung beantragt werden.

Begründung: Ziel ist es wirklich niemanden auszuschließen. Die aktuelle Maßgabe eines finanziellen Härtefalls könnte evtl. für die eine oder andere Person ein Hindernis darstellen.

Ich stelle mir ein Formular vor, indem es 5 Beitragsempfehlungen gibt (z.B. 13,37€/Jahr; 42,42€/Jahr; 133,7€/Jahr; 08,15€/Monat; 13,37€/Monat) und ein Feld in das eine beliebige Zahl eingetragen werden kann. Das dürfte auch insbesondere für die finanziellen Unterstützer interessant sein, die jedoch nicht aktiv spenden möchten, sondern lieber eine Abbuchung haben.

2012.1/SÄA-S09 Bekenntnis zur FDGO

Antragsteller: [Bodo Thiesen](#)

Zusammenfassung: Es wird die 1952 vom BVerfG entwickelte Erklärung zur FDGO in die Satzung aufgenommen

Antragstext: Dem §2.3 der Satzung wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

»Der Landesverband Rheinland-Pfalz und seine Mitglieder bekennen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG, eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Das Anerkenntnis dieser Erklärung ist zwingende Voraussetzung für eine Mitgliedschaft.«

Begründung: Es ist evident, dass sich die Piratenpartei zur FDGO bekennt und dies auch von ihren Mitgliedern erwartet. Da es hierüber konstant Diskussionen gibt, soll dies hiermit ein für alle Mal klar gestellt werden.

2012.2/SÄA-006 Wahl von Rechnungs- und Kassenprüfer II

Antragsteller: [Las Matti](#) und [Stefan Trös](#)

Zusammenfassung: Beseitigung einer Unkarheit zur Funktion und Wahl von Rechnungs- und Kassenprüfern

Antragstext: Es wird beantragt die Satzung wie folgt zu ändern:

Im §4.1 (2) soll

b) die Wahl von Rechnungsprüfern,
durch

b) die Wahl von Rechnungs- und Kassenprüfern
ersetzt werden.

Am Ende von §4.1 sollen folgende Passagen eingefügt werden:

(10) Wird auf dem Landesparteitag ein neuer Vorstand gewählt, wählt der Landesparteitag mindestens zwei Rechnungsprüfer, die den finanziellen Teil des Tätigkeitsberichtes des Vorstandes und des Schatzmeisters vor der Beschlussfassung über ihn prüfen. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Landesparteitag verkündet und zu Protokoll genommen. Danach sind die Rechnungsprüfer aus ihrer Funktion entlassen.

(11) Der Landesparteitag wählt mindestens zwei Kassenprüfer. Diesen obliegen die Vorprüfung des finanziellen Tätigkeitsberichtes für den folgenden Landesparteitag und die Vorprüfung, ob die Finanzordnung und das "Gesetz über die politischen Parteien" (PartG) eingehalten wird. Sie haben das Recht, kurzfristig Einsicht in alle finanzrelevanten Unterlagen zu verlangen, die ihnen dann vollständig vorzulegen sind. Sie sind angehalten, etwa zwei Wochen vor dem ordentlichen Landesparteitag die letzte Vorprüfung der Finanzen durchzuführen. Die Amtszeit der Kassenprüfer ist deckungsgleich mit der Amtszeit der Mitglieder des Landesvorstandes oder sie endet durch Austritt, Rücktritt, Abberufung durch den Parteitag beziehungsweise mit der Wahl ihrer Nachfolger..

Begründung: In der RP Landessatzung fehlt bis lang die Erläuterung der Begriffe "Rechnungsprüfer und Kassenprüfer".

2012.2/SÄA-009 Landesvertreter im Bundesfinanzrat

Antragsteller: Jeder Mann

Zusammenfassung: Aufgabenfestlegung für den LPT: die Wahl der Landesvertreter im Bundesfinanzrat.

Antragstext: Die Versammlung möge beschließen, die Satzung des LV RLP wie folgt zu ergänzen:
Hinter dem Abschnitt:

"§4.1 [Der Landesparteitag (LPT)]

(1) Der Landesparteitag findet in Form der LMV nach den jeweiligen Regeln statt. Die Tagungen sind öffentlich, falls keine besonderen Einschränkungen vorliegen.

(1a) Der Landesparteitag wählt ein Parteitagspräsidium aus mindestens 3 Piraten zu seiner Leitung und zur Protokollführung. Näheres sowie die genaue Aufgabenverteilung im Präsidium regelt die Geschäftsordnung.

(2) Die Aufgaben des LPT sind:

a) die Wahl des LVORs oder die Nachwahl einzelner Mitglieder des LVORs

b) die Wahl von Rechnungsprüfern

wird neu eingefügt:

c) die Wahl der Vertreter des Landes im Bundesfinanzrat. Die Amtszeit der Vertreter endet spätestens beim ersten Landesparteitag, mit dem ihre Amtsdauer seit der letzten Wahl ein Jahr übersteigen würde.

Die übrigen Punkte werden entsprechend nach hinten verschoben.

Begründung: In der aktuellen Bundessatzung heißt es:

§ 20 Mitglieder des Finanzrates

(1) Der Finanzrat setzt sich aus dem amtierenden Bundesschatzmeister sowie zwei gewählten Piraten aus jedem Landesverband zusammen.(= 3 Mitglieder)

(2) Hat ein Landesverband keine Piraten für den Finanzrat gewählt, kann der Landesvorstand zwei Piraten in einer Vorstandssitzung beauftragen. Der Antrag für die Beauftragung muss in der Tagesordnung enthalten sein.

(3) Jeder Landesverband ist verpflichtet, die für den Finanzrat gewählten Piraten dem Sprecher und seinen beiden Vertretern anzuzeigen. Die Mitglieder des Finanzrates sind an geeigneter Stelle zu veröffentlichen

Da RLP keine noch keine entsprechende Wahlregelung in der Satzung hat, rege ich an, diese umgehend einzuführen.

2012.2/SÄA-011 Streichung des Beschwerdeausschusses

Antragsteller: Jeder Mann

Zusammenfassung: Der Beschwerdeausschuss soll als Organ aus der Satzung gestrichen werden.

Antragstext: Die Versammlung möge beschließen, daß in der Landessatzung RLP unter §4 [Organe und Gremien des Landesverbandes] Der LV besitzt folgende Organe und Gremien:
Landesparteitag (LPT) Landesmitgliederversammlung (LMV)
Landesvorstand (LVOR) Landesschiedsgericht (LSG) Beschwerdeausschuss Landesfinanzausschuss
Jugendverband Arbeitsgruppen
der 'Beschwerdeausschuss' aus der obigen Aufzählung gestrichen wird.

Begründung: Dem Beschwerdeausschuss werden in der Satzung keine Aufgaben zugeteilt, und es ergibt sich auch nicht indirekt, welche Aufgaben eventuell gemeint sein können. Die Behandlung von Beschwerden ist laut Satzung dem Landesschiedsgericht zugeordnet. Damit kann der Beschwerdeausschuss problemlos aus der Satzung herausgenommen werden.

2013.1/SÄA-001 **Behandlung von Anträgen**

Antragsteller: [StopSecret](#)

Zusammenfassung: Es wird festgelegt, wie Anträge zur Beschlussfassung behandelt werden.

Ergänzt: 2013.1/002 Richtlinie zur Behandlung von Anträgen

Antragstext: Es wird beantragt, folgenden Paragraphen 5.8 in die Landessatzung neu aufzunehmen:

§5.8 [Behandlung von Anträgen]

- (1) Ein Antrag liegt mindestens in einem der nachstehenden Zustände vor: Entwurf, eingereicht, warten auf übernehmen, zurückgezogen, vertagt, angenommen und abgelehnt.
- (2) Jeder Antrag muss in Textform an den Vorstand eingereicht werden. Links auf manipulationsgeschützte Texte sind zulässig. Die Anträge stehen dann zur Abstimmung auf dem nächsten LPT an.
- (3) eingereichte Anträge, die auf einem LPT nicht behandelt wurden, gelten mit Schließung der Versammlung als Entwurf und müssen neu eingereicht werden.
- (4) Weitere Zustände können festgelegt werden. Näheres zur Organisation von Anträgen regelt eine Richtlinie, welche vom LPT genehmigt werden muss.

Begründung: Die Behandlung von Anträgen ist unklar. In der Satzung stehen gerade mal zwei Abschnitte, die etwas zur Behandlung von Anträgen aussagen:

§ 5.7 "(4) Über einen Antrag auf Satzungs- oder Grundsatzprogrammänderung auf einem LPT kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens zwei Wochen vor Beginn des LPTs beim LVOR eingegangen ist. Wird ein abstimmungsfähiger Antrag zurückgezogen, so kann er von jedem Teilnehmer im Laufe der Versammlung unverändert wieder gestellt werden; der Antrag verliert dadurch nicht seine Abstimmungsfähigkeit."

§ 5.5 "(1) Eine Versammlung kann mit einer einfachen Mehrheit den Beschluss über eine Vorlage auf die nächste Versammlung vertagen. Gegen den Willen des Antragstellers darf dies maximal einmal geschehen."

Das ist sehr unvollständig und lässt Raum für Interpretationen. Was passiert mit Anträgen, die auf einem Landesparteitag nicht behandelt wurden? Gelten sie als abgelehnt? Oder werden sie einfach auf dem nächsten LPT zusammen mit den neu eingereichten Anträgen als normale eingereichte Anträge behandelt? Oder gelten sie als vertagt, obwohl sie nicht behandelt und explizit vertagt wurden? Es macht Sinn, dass sie automatisch neu eingereicht werden sollen. Das hat den großen Vorteil, dass der Antrag nochmals in die Hand genommen und möglicherweise aktualisiert wird und vergessene Anträge werden nicht unsinnigerweise zur Abstimmung gestellt (so einen Fall haben wir z.B. bei dem Antrag auf Aufstellungsversammlung im Frühjahr 2013).

Und was geschieht mit zurückgezogenen Anträgen? Sie werden auf dem LPT zur Übernahme durch andere Piraten präsentiert. Gilt dies auch für eingereichte Anträge, die vor dem LPT wieder zurückgezogen werden? Wie lange werden dann zurückgezogene Anträge zur Übernahme vorgehalten?

Wie lange bleiben Entwürfe als Entwürfe stehen? Bis in alle Ewigkeit, oder werden sie auch mal archiviert? Was geschieht mit Entwürfen, die zurückgezogen werden? Müssen sie zur Übernahme vorgehalten werden, oder können sie direkt als zurückgezogen archiviert werden, weil sie noch nicht eingereicht waren?

Um hier Klarheit zu schaffen, soll die Behandlung von Anträgen prinzipiell in der Satzung verankert werden, ohne dort auf technische Details einzugehen. Für die technischen Details soll in der Satzung lediglich auf eine Richtlinie verwiesen werden. Das hat auch den Vorteil, dass detaillierte

organisatorische und technische Einzelheiten einfacher angepasst werden können, da für eine Richtlinie keine 2/3 Mehrheit erforderlich ist, sondern nur eine einfache Mehrheit.

2013.1/SÄA-003 Einreichungsfrist zum Vertagungsrecht

Antragsteller: [StopSecret](#)

Zusammenfassung: Festlegung einer Einreichungsfrist für die Willensbekundung, dass ein vertagter Antrag nur einmal vertagt werden darf.

Antragstext: Die Versammlung möge folgende Satzungsänderung beschließen:

Am Ende des ersten Absatzes des § 5.5:

"(1) Eine Versammlung kann mit einer einfachen Mehrheit den Beschluss über eine Vorlage auf die nächste Versammlung vertagen. Gegen den Willen des Antragstellers darf dies maximal einmal geschehen."

wird folgender Satz angefügt:

"Seine Willensbekundung muss spätestens zwei Wochen vor Beginn der nächsten Versammlung dem Landesvorstand in Textform vorliegen."

Begründung: Aus organisatorischen Gründen ist diese Frist sehr sinnvoll. Zwischen zwei Parteitagungen ist bei weitem Zeit genug, diese Willensbekundung abzugeben. Sie ist wichtig bei der Festlegung der Antragsreihenfolge. Es ergäben sich z.B. erhebliche Probleme die Satzungsvorgaben zu erfüllen, wenn einem Antragsteller kurz vor Ende eines LPTs doch noch einfällt, dass sein vom vorhergehenden LPT vertagter Antrag noch behandelt werden muss.

2013.1/SÄA-005 **SDMV legitimieren**

Antragsteller: [Sebastian Degenhardt](#), [Ingo Höft](#), [Guru](#), [Vincent Thenhart](#)

Zusammenfassung: Einführung einer ständigen dezentralen Mitgliederversammlung (SDMV) in Rheinland-Pfalz.

Voraussetzung für: 2013.1/011 Geschäftsordnung für die SDMV

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen, dass die Satzung wie nachfolgend beschrieben geändert wird.

Es ist zu beachten, dass es **Optionen** und **Alternativen** gibt. Diese sollen zuerst abgestimmt werden, bevor anschließend über den Gesamtantrag abgestimmt wird.

1. Dem Glossar wird der Punkt „SDMV = Ständige dezentrale Mitgliederversammlung“ hinzugefügt.

2. In §4 [Organe und Gremien des Landesverbandes] wird dem Punkt „Landesparteitag (LPT)“ ein neuer Unterpunkt „ständige dezentrale Mitgliederversammlung (SDMV)“ hinzugefügt.

3. An §4.1 [Der Landesparteitag (LPT)] werden folgende Veränderungen durchgeführt.

„(1) Der Landesparteitag findet in Form der LMV nach den jeweiligen Regeln statt.“

wird ersetzt durch

„(1) Der Landesparteitag findet in Form der LMV oder der SDMV nach den jeweiligen Regeln statt.“

„Der Landesparteitag wählt ein Parteitagspräsidium aus mindestens 3 Piraten zu seiner Leitung und zur Protokollführung. Näheres sowie die genaue Aufgabenverteilung im Präsidium regelt die Geschäftsordnung.“

wird ersetzt durch

„(1a) Die LMV wählt ein Präsidium aus mindestens 3 Piraten zu ihrer Leitung und zur Protokollführung.

(1b) Die SDMV wird durch die Abstimmungsleitung und die Abstimmungshelfer organisiert.

(1c) Näheres, insbesondere die genaue Aufgabenverteilung der Versammlungsämter, regelt die jeweilige Geschäftsordnung.“

In Absatz 2 wird „Die Aufgaben des LPT“ geändert in „Die Aufgaben der LMV“.

Neu eingefügt wird

Alternative A1: „(2a) Die Aufgaben der SDMV sind:

a) die Beschlussfassung über das gemeinsame Wahlprogramm und

b) die Beschlussfassung über sonstige Anträge.“

Alternative A2: „(2a) Die Aufgabe der SDMV ist die Beschlussfassung über sonstige Anträge.“

In Absatz 4 wird „Der LPT“ in „Die LMV“ geändert und ein neuer Absatz

„(4a) Eine Abstimmung der SDMV wird auf Verlangen

a) der Abstimmungsleitung oder

b) eines Piraten, der seit mindestens drei Monaten einen Antrag eingereicht hat durchgeführt.“

eingefügt.

„(8) Dem Landesparteitag obliegt die alleinige Beschlussfassung über politische Grundsätze, Grundsatzprogramme, Wahlprogramme, die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen und den Abschluss von Koalitionsvereinbarungen auf Landesebene.“

wird ersetzt durch

Alternative A1: „(8) Der LMV obliegt die alleinige Beschlussfassung über politische Grundsätze, Grundsatzprogramme, die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen und den Abschluss von Koalitionsvereinbarungen auf Landesebene.“

Alternative A2: „(8) Der LMV obliegt die alleinige Beschlussfassung über politische Grundsätze, Grundsatzprogramme, Wahlprogramme, die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen und den

Abschluss von Koalitionsvereinbarungen auf Landesebene."

In Absatz 9 wird „Über den Parteitag“ geändert in „Über die LMV“.

Außerdem wird ein neuer Absatz

„(10) Bei der SDMV erstellen die Abstimmungshelfer für ihre Urne ein Protokoll über den Verlauf und die Ergebnisse der jeweiligen Abstimmung. Dieses übermitteln sie unterschrieben an die Abstimmungsleitung. Die Abstimmungsleitung erstellt auf Basis der Abstimmungsergebnisse ein Beschlussprotokoll, das von allen Mitgliedern der Abstimmungsleitung unterzeichnet werden muss.“

eingefügt.

4. Neu hinzugefügt wird der Paragraph "§4.1.3 [Die ständige dezentrale Mitgliederversammlung (SDMV)]

(1) Die SDMV tagt ab dem 01.03.2013 und endet am 31.12.2013. Dies muss gemäß §5.1 Absatz 1 und 2 bis zum 15.02.2013 allen Landespiraten gemäß §5.1 Absatz 4 mitgeteilt werden. Dabei gibt die Abstimmungsleitung einen unverbindlichen Zeitplan an, nach dem Abstimmungen der SDMV abgehalten werden sollen.

(2) Abstimmungen der SDMV werden bedarfsgerecht nach Maßgabe der Abstimmungsleitung veranstaltet. Der Abstand zwischen zwei Abstimmungen soll etwa 1 bis 2 Monate betragen. Dabei legt die Abstimmungsleitung den Tag und die Uhrzeit fest, zu der die Urne ausgezählt werden muss. Wann die Abstimmung beginnt, entscheiden die Abstimmungshelfer in Absprache mit den dort akkreditierten Piraten unter der Bedingung, dass die Urne

1. zwischen dem Einwurf des ersten Stimmzettels und der Auszählung öffentlich zugänglich,

2. unter der Aufsicht von mindestens einem Abstimmungshelfer und

3. mindestens 2 Stunden lang zur Stimmabgabe geöffnet ist.

(3) Die Auszählung erfolgt öffentlich.

(4) Die Einladung zu Abstimmungen muss spätestens 4 Wochen im Voraus durch die Abstimmungsleitung an alle zum Zeitpunkt der Einladung stimmberechtigten Mitglieder erfolgen. Stimmberechtigte werden über die Termine, zu denen die Einladung bereits vor Erhalt ihrer Stimmberechtigung versandt wurde, gesondert informiert. Es können in einer Einladung mehrere Abstimmungen angekündigt werden.

(5) Jedes stimmberechtigte Mitglied des Landesverbandes Rheinland-Pfalz hat das Recht, als stimmberechtigtes Mitglied der SDMV akkreditiert zu werden.

(6) Die SDMV erhält erstmalig durch die LMV eine Geschäftsordnung.

Alternative B1: Diese kann nur durch die SDMV selbst geändert werden.

Alternative B2: Diese kann sowohl durch die SDMV, als auch durch die LMV geändert werden.“

5. An §4.2 [Der Landesvorstand (LVOR)] werden folgende Änderungen durchgeführt.

„(2c) Generalsekretär und politischer Geschäftsführer bilden gemeinsam die Abstimmungsleitung für die SDMV. Durch Beschluss des Landesvorstands können ihr weitere Piraten angehören.“

kommt als neuer Absatz hinzu.

„(3) Die Mitglieder des LVORs werden vom LPT in geheimer Wahl für die Dauer von maximal 13 Monaten gewählt.“

wird geändert in

„(3) Die Mitglieder des LVORs werden von der LMV in geheimer Wahl für die Dauer von maximal 13 Monaten gewählt.“

In Absatz 6 wird „den LPT vorzubereiten“ in „die LMV vorzubereiten“ geändert.

„(11a) Verliert der LVOR dauerhaft die Beschlussfähigkeit, weil weniger als 3 Mitglieder im LVOR verbleiben, müssen die verbleibenden Mitglieder des LVOR unverzüglich einen außerordentlichen LPT einberufen, wenn innerhalb der nächsten 3 Monate kein regulärer LPT mit Vorstandswahlen

stattfindet.“

wird geändert in

„(11a) Verliert der LVOR dauerhaft die Beschlussfähigkeit, weil weniger als 3 Mitglieder im LVOR verbleiben, müssen die verbleibenden Mitglieder des LVOR unverzüglich eine außerordentliche LMV einberufen, wenn innerhalb der nächsten 3 Monate keine reguläre LMV mit Vorstandswahlen stattfindet.“

„(14) Der LVOR liefert zum Parteitag einen formlosen mündlichen Tätigkeitsbericht ab. Dient der Parteitag laut vorläufiger Tagesordnung auch der Wahl eines neuen Vorstandes, so liefert der amtierende Vorstand einen schriftlichen Tätigkeitsbericht über seine gesamte Amtszeit ab. Wird außerordentlich ein neuer Vorstand gewählt, so reicht der alte Vorstand zum nächsten Parteitag den schriftlichen Tätigkeitsbericht nach. Der schriftliche Tätigkeitsbericht umfasst alle Tätigkeitsgebiete der Vorstandsmitglieder, wobei diese in Eigenverantwortung des Einzelnen erstellt werden. Wird der Vorstand insgesamt oder ein Vorstandsmitglied nicht entlastet, so kann der LPT oder der neue Vorstand gegen ihn Ansprüche gelten machen. Ein Vorstand kann nur dann entlastet werden, wenn der Parteitag vorher seinen schriftlichen Tätigkeitsbericht zur Kenntnis genommen hat. Tritt ein Vorstandsmitglied zurück, hat dieser unverzüglich einen Tätigkeitsbericht zu erstellen und dem Vorstand zuzuleiten.“

wird geändert in

„(14) Der LVOR liefert auf der LMV einen formlosen mündlichen Tätigkeitsbericht ab. Dient die LMV laut vorläufiger Tagesordnung auch der Wahl eines neuen Vorstandes, so liefert der amtierende Vorstand einen schriftlichen Tätigkeitsbericht über seine gesamte Amtszeit ab. Wird außerordentlich ein neuer Vorstand gewählt, so reicht der alte Vorstand zur nächsten LMV den schriftlichen Tätigkeitsbericht nach. Der schriftliche Tätigkeitsbericht umfasst alle Tätigkeitsgebiete der Vorstandsmitglieder, wobei diese in Eigenverantwortung des Einzelnen erstellt werden. Wird der Vorstand insgesamt oder ein Vorstandsmitglied nicht entlastet, so kann die LMV oder der neue Vorstand gegen ihn Ansprüche gelten machen. Ein Vorstand kann nur dann entlastet werden, wenn die LMV vorher seinen schriftlichen Tätigkeitsbericht zur Kenntnis genommen hat. Tritt ein Vorstandsmitglied zurück, hat dieses unverzüglich einen Tätigkeitsbericht zu erstellen und dem Vorstand zuzuleiten.“

„(15a) Ist ein Mitglied des LVOR aus diesem ausgeschieden, so ist zum nächsten regulären oder außerordentlichen LPT eine Nachwahl oder Neuwahl anzusetzen.“

wird geändert in

„(15a) Ist ein Mitglied des LVOR aus diesem ausgeschieden, so ist zur nächsten regulären oder außerordentlichen LMV eine Nachwahl oder Neuwahl anzusetzen.“

6. In §4.5 [Der Landesfinanzausschuss] wird

„(6) Der Landesfinanzausschuss legt zu jedem ordentlichen Landesparteitag einen schriftlichen Tätigkeitsbericht vor, der auch den Landeshaushaltsplan gemäß §4.5.(2) umfasst.“

geändert in

„(6) Der Landesfinanzausschuss legt zu jeder ordentlichen LMV einen schriftlichen Tätigkeitsbericht vor, der auch den Landeshaushaltsplan gemäß §4.5.(2) umfasst.“

7. Hinter §5.2 [Durchführung von Versammlungen] wird ein neuer Paragraph eingefügt.

„§5.2a [Durchführung der SDMV]

(1) §5.2 gilt nicht für die SDMV.

(2) Die SDMV erstreckt sich im §4.1.2 Absatz 1 genannten Zeitraum über das gesamte Land Rheinland-Pfalz.

(3) Die Beschlüsse nach §4.1 Absatz 2a werden durch Abstimmungen an Urnen gefasst. Eine Urne kann an Abstimmungen teilnehmen, wenn mindestens [**Alternative C1: 5, Alternative C2: 10**]

stimmberechtigte Piraten sich für diese Urne akkreditieren lassen. Die Urne ist bei einer Abstimmung beschlussfähig, wenn mindestens 5 Piraten dort abstimmen.

(4) Die Diskussion zu Anträgen der SDMV soll über eine eigens zu diesem Zweck eingerichtete Mailingliste erfolgen.

Optional: Diese wird mit dem Forum synchronisiert.

Optional: Der Landesvorstand ernennt zwei oder mehrere Moderatoren, die eine angemessene inhaltliche Diskussion und die Beteiligung aller Abonnenten sicherzustellen haben.

(5) Der Landesverband trägt die Kosten, die für die korrekte Durchführung der SDMV notwendig sind.

(6) Die SDMV ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Urnen beschlussfähig sind.

(7) Abgestimmt wird über alle Anträge, die mindestens [**Alternative D1:** zwei, **Alternative D2:** vier] Wochen vor der Abstimmung beim LVOR eingereicht werden. Dieser veröffentlicht die Anträge umgehend in der Antragsfabrik im Wiki. Nach ihrer Einreichung für die SDMV dürfen die Anträge nicht mehr verändert werden.

(8) Eingereichte Anträge können nur bis zu drei Tage vor der Abstimmung zurückgezogen werden. Vor dieser Frist können zurückgezogene Anträge übernommen werden.

(9) Zulässig sind ausschließlich Änderungsanträge zur Geschäftsordnung der SDMV und Anträge nach §4.1 Absatz 2a. Es ist in der Antragsfabrik zu kennzeichnen, dass ein Antrag per SDMV abgestimmt wird.

(10) Abstimmungshelfer vor Ort werden jeweils auf Vorschlag der dort akkreditierten Piraten von der Abstimmungsleitung ernannt. Pro Urne werden mindestens drei Abstimmungshelfer ernannt.“

8. In §5.4 [Verschlussachen] wird

„(1) Interna können per mehrheitlichem Beschluss, durch den LPT oder dem LVOR, als Verschlussache deklariert werden. Über Verschlussachen ist Verschwiegenheit zu wahren. Verschlussachen können per mehrheitlichem Beschluss vom LVOR oder vom LPT von diesem Status befreit werden. Die LMV kann Verschlussachen des LVORs nur nach Abs. 2 aufheben.“
geändert in

„(1) Interna können per mehrheitlichem Beschluss, durch die LMV oder dem LVOR, als Verschlussache deklariert werden. Über Verschlussachen ist Verschwiegenheit zu wahren. Verschlussachen können per mehrheitlichem Beschluss vom LVOR oder von der LMV von diesem Status befreit werden. Die LMV kann Verschlussachen des LVORs nur nach Abs. 2 aufheben.“

9. In §5.6 Absatz 1 wird „a) vom LPT,“ in „a) von der LMV,“ geändert.

In den Absätzen 7 und 9 wird jeweils „Der LPT“ durch „Die LMV“ ersetzt.

11. In §9 Absatz 6 wird „auf Beschluss des LPTs“ durch „auf Beschluss der LMV“ ersetzt.

12. §11 Absatz 7 wird geändert in „Näheres bestimmt die auflösende LMV.“

Begründung: Die Behandlung von Anträgen auf Parteitag hat drei große Probleme:

- Die Anreisewege, die Kosten für Verpflegung und Übernachtung sowie der hohe Zeitaufwand machen für manche Piraten den Besuch eines Parteitages unmöglich.
- Die stetig wachsende Menge an zu behandelnden Anträgen sorgt dafür, dass vor einem Parteitag nicht genug Zeit besteht, alle sorgfältig zu lesen und zu diskutieren. Noch dazu, weil manche Anträge sogar noch auf dem Parteitag geändert werden können.
- Hat ein Pirat sich bereits im Vorfeld über einen Antrag eine Meinung gebildet, muss er dennoch die Zeit auf dem Parteitag absitzen, bis es zur Abstimmung kommt. Hinzu kommen GO- und TO-Anträge, die sowohl die Geduld der Teilnehmer als auch deren Konzentration auf die Probe stellen.

Den ersten Punkt könnte man durch Einrichtung von dezentralen Parteitag überwinden, was jedoch einen hohen technischen Aufwand bedeutet würde.

Die anderen beiden Probleme würden durch eine höhere Anzahl von Parteitagen beseitigt, deren Nutzen jedoch nicht im Verhältnis zu ihren Kosten stehen.

Die vorgeschlagene SDMV soll alle drei Probleme gleichzeitig beseitigen. Vorerst wollen wir uns auf die Änderung des Wahlprogramms und die Verabschiedung von Positionspapieren beschränken, um damit den größten Teil der in der Pipeline befindlichen Anträge abarbeiten zu können. Wenn sie sich bewährt, soll zu einem späteren Zeitpunkt auch die Abstimmung von Satzungs- und Grundsatzprogramm-Anträgen ermöglicht werden.

Alle anderen Beschlüsse, insbesondere Personenwahlen, werden weiterhin auf zentralen Parteitagen stattfinden, da in diesen Fällen die persönliche Komponente einen zu großen Anteil an der Meinungsbildung hat.

2013.1/SÄA-006 **Streichung des Landesfinanzausschusses**

Antragsteller: Ein Landespirat

Zusammenfassung: Der Landesfinanzausschuss wird abgeschafft. Dem Landesvorstand wird die Aufgabe zugewiesen, dem Landesparteitag jedes Jahr einen Haushaltsplan zur Beschlussfassung vorzulegen.

Antragstext: Der Landesparteitag beschließt:

Der Landesfinanzausschuss wird aus der Satzung gestrichen. Die Aufgaben werden dem Landesvorstand übertragen.

Dazu werden

1. der §4.5 **Der Landesfinanzausschuss** aus der Satzung vollständig entfernt.
2. dem §4.2 **Der Landesvorstand** ein Absatz (2c) hinzugefügt mit folgendem Wortlaut:

"(2c) Der Landesvorstand ist zuständig für die Finanzplanung des Landesverbandes. Der Landesvorstand legt für jedes Kalenderjahr dem ersten Landesparteitag im Jahr einen Entwurf eines Haushaltsplanes zur Beschlussfassung vor. Bei Abweichungen der Ausgaben zum Haushaltsplan von mehr als 20% bei einzelnen Posten oder von mehr als 10% des Gesamthaushalts legt der Landesvorstand dem nächsten Landesparteitag einen geänderten Haushaltsplan zur Nachtragsbeschlussfassung vor."

Begründung: Der Landesvorstand wird für die Geschäftsführung des Landesverbandes gewählt und soll daher auch die Finanzplanung vornehmen können. Statt wie bisher nur den Schatzmeistern der Kreisverbände (im Landesfinanzausschuss) soll zukünftig dem Landesparteitag als Mitgliederversammlung die Beschlussfassung über den Haushaltsplan obliegen. Dies wird unserem Anspruch von Mitbestimmung und Transparenz besser gerecht.

2013.1/SÄA-007 Hürde für Programmänderungen einführen

Antragsteller: Ein Landespirat

Zusammenfassung: Es wird eine 50%-Hürde für Änderungen am Grundsatzprogramm und Wahlprogramm eingeführt.

Antragstext: Der Landesparteitag beschließt:

Im §5.7 **Satzungs- und Programmänderung** der Landessatzung wird nach Absatz (1) ein neuer Absatz (2) eingefügt:

"(2) Änderungen am Grundsatzprogramm und am Wahlprogramm sind beschlossen, wenn mehr als die Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dafür stimmt."

Die Nummerierung der weiteren Abschnitte wird entsprechend hochgesetzt.

Begründung: Aktuell haben wir in der Satzung nur eine Hürde für Satzungsänderungsanträge stehen. Das Herz unserer Partei besteht jedoch aus Grundsatzprogramm und Wahlprogramm. Deswegen sollte auch für Änderungen am Grundsatzprogramm und Wahlprogramm eine Hürde eingeführt werden.

Grundsatzprogrammanträge

2012.1/GPA-P03 Übernahme Änderungen BPT 2010.2 und BPTs 2011

Antragsteller: [Oibelos](#)

Zusammenfassung: Die auf den Bundesparteitag 2010.2 und 2011 beschlossenen Änderungen am Bundes-Parteiprogramm in das Landes-Parteiprogramm übernehmen.

Alternative zu: 2012.1/P04 Redundanzen Landes-und Bundesprogramm

Antragstext: Es wird beantragt (falls der Parteitag das wünscht, ist modulweise oder jeder Punkt einzeln abzustimmen):

Wir übernehmen Änderungen und Erweiterungen, die bis zum Antragsschluss zum 1. Landesparteitag 2012 durch die Bundesparteiitage am Bundes-Parteiprogramm vorgenommen wurden, auch in unser Landesprogramm.

Diese sind:

vom Bundesparteitag 2010.2

1. Das Kapitel "Mehr Demokratie wagen" wird ersetzt durch das neue Kapitel gleichen Namens aus dem Bundes-Parteiprogramm und verschoben an die gleiche Position wie beim Bundes-Parteiprogramm (direkt nach der Präambel).
2. Das Kapitel "Patentwesen" wird mit gleichem Text wie beim Bundes-Parteiprogramm nach "Urheberrecht" eingefügt, die alten Kapitel "Software Patente" und "Patentwesen" werden entfernt.
3. Der Punkt "Teilhabe am digitalen Leben einfügen" wird mit gleichem Text wie beim Bundes-Parteiprogramm nach "Freie demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur" eingefügt.
4. Der Punkt "Digitale Rechteverwaltung (DRM)" wird entfernt.
5. Das bisherige Kapitel "Bildung" durch die neue Version aus dem Bundes-Parteiprogramm ersetzt.
6. Das Kapitel "Geschlechter- und Familienpolitik" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
7. Das Kapitel "Recht" wird mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
8. Das Kapitel "Informationsfreiheitsgesetze" wird mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
9. Eingefügt wird folgender Absatz aus dem Bundes-Parteiprogramm im Kapitel "Transparenz des Staatswesens" vor dem Punkt "Offene Verträge mit der Wirtschaft": "Die Piratenpartei setzt sich für eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ein. Beamte im Einsatz bei Versammlungen sind zu verpflichten, von weitem sicht- und erkennbare Kennzeichen zu tragen. Die Kennzeichen sind pseudonym (z. B. in Form einer Nummer) zu gestalten und dürfen von Einsatz zu Einsatz wechseln.

Es muss jederzeit auch im Nachhinein möglich sein, mit richterlichem Beschluss ein Kennzeichen einer Person zuzuordnen. Der Vorgesetzte ist für die wirksame Durchsetzung der Kennzeichnungspflicht und die korrekte Führung der Zuordnungen von Kennzeichen zu Personen verantwortlich.

Polizisten sind zu verpflichten, Verstöße durch andere Polizisten zu verhindern oder - falls dies nicht möglich ist - zu melden sowie den/die beteiligten Beamten zu identifizieren. Verletzungen dieser Pflichten (Tragen des Kennzeichens, korrektes Führen der

- Zuordnungsliste, Verhindern/Melden von Verstößen) sind strafrechtlich zu sanktionieren."
10. Das Kapitel "Umwelt" wird mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
 11. Bei der Einfügung des Kapitels "Umwelt" wird auf den Punkt "Energiepolitik" verzichtet. Stattdessen wird das Kapitel "Energiepolitik" aus unserem Landes-Grundsatzprogramm an diese Stelle gesetzt.

von den Bundesparteitagen 2011

1. Einfügen des Kapitels "Offene Verträge mit der Wirtschaft" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
2. Einfügen des Kapitels "Freier Zugang zu öffentlichen Inhalten" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
3. Einfügen des Kapitels "Für die Vielfalt in der Gesellschaft" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
4. Einfügen des Kapitels "Drogenpolitik" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
5. Einfügen des Kapitels "Suchtpolitik" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
6. Einfügen des Kapitels "Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden (ausgenommen Rechtsanwalts-, Notar- und Ärztekammern)" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.

Bei der Übernahme von Texten aus dem Bundes-Parteiprogramm wird jeweils "Piratenpartei Deutschland" ersetzt durch "Piratenpartei Rheinland-Pfalz".

Begründung: Dies ist ein Konkurrenzantrag zum Antrag [Übernahme der Änderungen am Bundes-Parteiprogramm](#).

Unser derzeitiges Parteiprogramm des Landesverbandes ist zum allergrößten Teil eine Kopie einer alten Version des Programms des Bundesverbandes.

Das Programm des Bundesverbandes umfasst mittlerweile wesentlich mehr Punkte. Damit, dass wir einige Punkte aus dem (alten) Bundesprogramm im Landesprogramm haben, andere aber nicht, erwecken wir den Eindruck, wir würden diese nicht übernommenen Punkte nicht befürworten.

Ob Presseberichte, in denen unser Landesverband als konservativer Landesverband oder als Kernie-Landesverband dargestellt wurde, dadurch zustande kamen, ist nicht sicher, aber wahrscheinlich.

Außerdem ist es einfach unschön, wenn wir eine 2 Jahre veraltete Version des Bundesprogramms als Landesprogramm haben.

Dies zu lösen gibt es zwei Möglichkeiten:

A) Wir übernehmen alle Punkte in der aktuellen Version aus dem Bundesprogramm. Das ist dieser Antrag.

B) Wir streichen alle Punkte, die aus dem Bundesprogramm stammen, aus unserem Landesprogramm. Dazu habe ich den Antrag [Redundanzen Landes-und Bundesprogramm](#) gestellt.

2012.1/GPA-P04 Redundanzen Landes-und Bundesprogramm

Antragsteller: [Oibelos](#)

Zusammenfassung: Landesparteiprogramm zusammenkürzen: alles aus dem Landesprogramm streichen, was im Bundesprogramm steht oder stand.

Alternative zu: 2012.1/P03 Übernahme Änderungen BPT 2010.2 und BPTs 2011

Antragstext: Aus dem Parteiprogramm des Landesverbandes Rheinland-Pfalz wird alles gestrichen, was im Parteiprogramm des Bundesverbandes steht oder aus einer älteren Version des Parteiprogramm des Bundesverbandes stammt.

Das bedeutet: Alle Kapitel außer dem Kapitel "Energiepolitik" werden gestrichen.

Begründung: Dies ist ein Konkurrenzantrag zum Antrag [Übernahme der Änderungen am Bundes-Parteiprogramm](#).

Unser derzeitiges Parteiprogramm des Landesverbandes ist zum allergrößten Teil eine Kopie einer alten Version des Programms des Bundesverbandes.

Das Programm des Bundesverbandes umfasst mittlerweile wesentlich mehr Punkte. Damit, dass wir einige Punkte aus dem (alten) Bundesprogramm im Landesprogramm haben, andere aber nicht, erwecken wir den Eindruck, wir würden diese nicht übernommenen Punkte nicht befürworten.

Ob Presseberichte, in denen unser Landesverband als konservativer Landesverband oder als Kernie-Landesverband dargestellt wurde, dadurch zustande kamen, ist nicht sicher, aber wahrscheinlich.

Außerdem ist es einfach unschön, wenn wir eine 2 Jahre veraltete Version des Bundesprogramms als Landesprogramm haben.

Dies zu lösen gibt es zwei Möglichkeiten:

A) Wir übernehmen alle Punkte in der aktuellen Version aus dem Bundesprogramm. Dazu habe ich den Antrag [Übernahme-Änderungen-Bund-BPT2010.2-und-BPTs2011](#) gestellt.

B) Wir streichen alle Punkte, die aus dem Bundesprogramm stammen, aus unserem Landesprogramm. Das ist dieser Antrag.

2012.1/GPA-P11 frühere Aktivitäten

Antragsteller: [PP Baum](#)

Zusammenfassung: Umgang von Piraten mit früheren Aktivitäten von Mitgliedern

Antragstext: Dem Programm des Landesverbandes wird ein neuer Abschnitt unter dem Titel »frühere Aktivitäten« hinzugefügt:

»Unser Ziel ist eine friedliche, freiheitliche und pluralistische Gesellschaft. Wir setzen zum Erreichen dieser Ziele besonders auf das Gespräch. Dialoge oder zu Deutsch Zwiesgespräche ergeben nur Sinn, wenn beide Seiten für die Argumente des Partners offen sind. Menschen können sich ändern. Wenn Jemand früher totalitäre, extremistische und faschistischen Überzeugungen öffentlich und nachvollziehbar vertreten hat, muss er sich von diesen in gleicher Form abkehren. Danach stehen die Piraten ihm wieder zum Dialog zur Verfügung.«

Begründung: Unser Problem ist nicht neu. Jede Gemeinschaft kennt es, dass Menschen in der Vergangenheit gegen Prinzipien der Gemeinschaft verstoßen haben. Nach neueren Erkenntnissen möchten sie später gerade in die betreffende Gemeinschaft aufgenommen werden. Berühmt ist das Damaskus-Erlebnis des Apostels Paulus. Christen verlangen zum Beispiel für Vergebung Umkehr und Reue. Reue geht mir zu weit. Daraus wird schnell Heuchelei.

2012.1/GPA-P12 **Selbstverständnis der Piraten**

Antragsteller: [HeimdallTR](#)

Zusammenfassung: Beschreibung der Werte der Piraten (Lucky Seven)

Antragstext: Hiermit beantrage ich, dass folgender Antragstext hinter der Präambel ins Grundsatzprogramm der Piraten Rheinland-Pfalz aufgenommen wird:

Antragstext:

Das Selbstverständnis der Piraten

Die Piraten verstehen sich als Vereinigung von Menschen die durch gemeinsame Werte vereint politische Veränderungen herbeiführen. Die Werte die uns zusammenführen beschreiben wir in den Lucky Seven.

Lucky Seven

Piraten sind freiheitsliebend

Wir achten und schützen unsere Freiheit und die der anderen. Wir entscheiden frei und unserem Gewissen verpflichtet. Wir lassen uns nicht bestechen und widerstehen Zwängen die unsere Freiheit und die unserer Mitmenschen bedroht.

Piraten sind fair, friedlich und tolerant

Wir achten das körperliche und seelische Wohlergehen unserer Mitmenschen. Wir behandeln unsere Mitmenschen fair und erquicken uns an der Vielfalt und am Facettenreichtum des Lebens. Wir begrüßen, achten und fördern Pluralismus in Idee und Gestalt.

Piraten teilen und mehren Wissen

Wir setzen uns für die freie Wissensgesellschaft ein. Wissen und Kultur zu teilen ist der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit und zu einer materiell, geistig und kulturell wohlhabenden Gesellschaft. Wir engagieren uns für Bildungsfreiheit und Chancengleichheit.

Piraten sind originell und schlicht

Wir suchen einfache und verständliche Lösungen für komplizierte Probleme. Nachvollziehbare Regeln sind der Schlüssel für fruchtbare Teilhabe.

Piraten sind couragiert

Wir kämpfen für unsere Ziele und treten für sie ein. Wir sind weder verwegen noch ängstlich. Wir reflektieren unser Handeln und unser Denken. Wir stehen zu unseren Fehlern und sehen sie als Teil unserer Entwicklung. Wir betrachten uns als Prozess und nicht als Tatsache.

Piraten denken global und handeln nachhaltig

Wir sehen uns als Mensch – nicht als Nation. Wir suchen Lösungen die für uns, unsere Nachbarn und unsere Kinder gelten können.

Piraten achten Schöpfung und Besitz anderer

Wir behandeln Werk, Schöpfung und Besitz anderer mit Respekt.

Begründung: Dieser Passus soll Interessierten/Presse/Mitgliedern einen Einblick in die gemeinsam geteilten Werte geben, die wir unserer Parteiarbeit zu Grunde legen. zweite Zeile usw.

2012.2/GPA-018 Bauen und Verkehr

Antragsteller: AG Bauen und Verkehr - Rheinland-Pfalz

Zusammenfassung: Eigener Abschnitt "Bauen und Verkehr" im Grundsatzprogramm

Antragstext: Es wird von der AG Bauen und Verkehr - Rheinland-Pfalz beantragt, dass in unser Parteiprogramm der Bereich "Bauen und Verkehr" eingetragen wird.

Begründung: Die AG Bauen und Verkehr beschäftigt sich intensiv mit den Projekten zur Sicherstellung der Infrastruktur in Rheinland-Pfalz. Derzeit sind die Themen bereits klar und vielfältig:

- B10
- Rheinbrücken
- Moselbrücken
- Jugendhaus Annweiler
- Projekt A65 - Verbindung nach Neulauterburg
- Strassenzustandsbericht des Landes RLP
- Flughafensituationen in Zweibrücken und Hahn
- ggf. Nürburgring

Wir wollen mit dem Antrag eine Grundlage schaffen und zu regionalen Projekten eine Stellungsberechtigung für die handelnden Piraten und die Partei liefern. Dies vor allem auch in Hinblick auf das IFG (Informationsfreiheitsgesetz) und die Anfragen, die zur Klärung von Sachverhalten und Anfragen erforderlich sind.

2013.1/GPA-010 Einbindung von Bürgermeinungen

Antragsteller: [Flowerpirat](#)

Zusammenfassung: Einbindung von Bürgermeinungen in Entscheidungsprozesse der Piratenpartei zu politischen Forderungen

Antragstext: Hiermit beantrage ich die Aufnahme ins Grundsatzprogramm: Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz sieht es als Ziel an, die Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen auch zwischen den Wahlen zu stärken und auszubauen. Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz wird hierzu Systeme und Plattformen zur Verfügung stellen, um dem Bürger die Möglichkeit zu geben, sich an der Entwicklung von politischen Forderungen der Piratenpartei Rheinland-Pfalz für die Bürger im Land direkt zu beteiligen bzw. diese Anzuregen.

Begründung: Eine der Hauptforderungen und Zielsetzungen der Piratenpartei ist die direkte Beteiligung von Bürgern an der politischen Teilhabe auch zwischen den Wahlen. Daher ist es logisch, Möglichkeiten zu schaffen, die Bürger direkt an der Entwicklung politischer Forderungen zu beteiligen, Vorschläge aufzunehmen, zu Diskutieren, mögliche Lösungen zu erarbeiten und politische Forderungen auf Grund dieser Entwicklungen zu stellen. Das Alleinstellungsmerkmal und das "Update der Demokratie" wie es die Bürger noch vor der Berlinwahl empfanden ist die Bürgerbeteiligung auch und besonders zwischen den Wahlen (partizipative Demokratie). Dies würde auch die mittlerweile abgestürzten Umfragewerte der Piratenpartei sowie das Vertrauen der Bürger in die Piratenpartei wieder stärken, denn es würde bei einem Wahlerfolg der Piratenpartei bei der anstehenden Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz 2014 bedeuten, daß die Piratenpartei Politik für ALLE macht indem sie den Bürgern nicht irgendwelche politischen Ideen zur Auswahl vorsetzt sondern diese gemeinsam mit den Bürgern entwickelt und damit eine besonders große Identifikation der Wähler mit der Piratenpartei erzeugt. Voraussetzung hierfür ist allerdings auch das Versprechen der Piratenpartei, diese so entwickelten Forderungen dann auch umzusetzen bzw. zu stellen.

2013.1/GPA-012 **Übernahme Änderungen Grundsatzprogramm BPT** **2012.2**

Antragsteller: [Oibelos](#)

Zusammenfassung: Übernahme der beim Bundesparteitag 2012.2 beschlossenen Änderungen am Bundes-Grundsatzprogramm in unser Landes-Grundsatzprogramm

Alternative zu: 2012.1/P04 Redundanzen Landes- und Bundesprogramm

Ergänzt: 2012.1/P03/Übernahme Änderungen BPT 2010.2 und BPTs 2011

Antragstext: Es wird beantragt (falls der Parteitag das wünscht, ist modular oder jeder Punkt einzeln abzustimmen):

Wir übernehmen die Änderungen und Erweiterungen, die beim Bundesparteitag 2012.2 am Bundes-Parteiprogramm vorgenommen wurden, auch in unser Landesprogramm.

Diese sind:

vom Bundesparteitag 2012.2

1. Im Kapitel "Privatsphäre und Datenschutz" wird im Abschnitt "Privatsphäre" folgender Absatz angefügt: "In einem verdeckten Eingriff in informationstechnische Systeme (z.B. mittels so genannter Bundes- oder Staatstrojaner) durch staatliche Stellen erkennen wir **immer** einen unverhältnismässigen Eingriff in das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme. Gesetze, die dem Staat derart tiefe Eingriffe in den Kernbereich privater Lebensgestaltung seiner Bürger erlauben, sind nicht mit unserer Auffassung von Grundrechten und Rechtsstaat vereinbar."
2. Das Kapitel "Wissenschaft und Forschung" wird mit gleichem Text und, soweit möglich, an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
3. Das Kapitel "Landwirtschaft" wird mit gleichem Text und, soweit möglich, an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
4. Das Kapitel "Jugendschutz" wird mit gleichem Text und, soweit möglich, an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
5. Das Kapitel "Wirtschaft und Finanzen" wird mit gleichem Text und, soweit möglich, an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
6. Das Kapitel "Rentenpolitik" wird mit gleichem Text und, soweit möglich, an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
7. Das Kapitel "Gesundheitspolitik" wird mit gleichem Text und, soweit möglich, an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
8. Das Kapitel "Europa" wird mit gleichem Text und, soweit möglich, an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
9. Das Kapitel "Außen- und Sicherheitspolitik" wird mit gleichem Text und, soweit möglich, an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
10. Falls zuvor der Antrag "Übernahme-Änderungen-Bund-BPT2010.2-und-BPTs2011" angenommen wurde und damit das Kapitel "Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden (ausgenommen Rechtsanwalts-, Notar- und Ärztekammern)" eingefügt wurde, wird dieses nun wieder gestrichen, da dieser Text nun als Unterpunkt im Kapitel "Wirtschaft" enthalten ist.
11. Falls zuvor der Antrag "Übernahme-Änderungen-Bund-BPT2010.2-und-BPTs2011" angenommen wurde und damit das Kapitel "Mehr Demokratie wagen" geändert und neu positioniert wurde, werden die ersten drei Kapitel unseres Landes-Programms nun in folgender Reihenfolge angeordnet:

Präambel
Prinzipien piratiger Politik
Mehr Demokratie wagen

Begründung: Gleiche wie beim Antrag "Übernahme-Änderungen-Bund-BPT2010.2-und-BPTs2011" Anordnung der ersten 3 Kapitel: Der Antrag "Übernahme-Änderungen-Bund-BPT2010.2-und-BPTs2011" wurde bereits gestellt bevor die "Prinzipien piratiger Politik" angenommen wurden. Der Antrag "Übernahme-Änderungen-Bund-BPT2010.2-und-BPTs2011" hat "Mehr Demokratie wagen" direkt nach die Präambel gestellt. Thematisch ist es aber sinnvoll, dass "Prinzipien piratiger Politik" weiterhin nach der Präambel folgt. Hier soll die Reihenfolge klar gemacht werden.

Wahlprogrammanträge

2012.1/WPA-P09 Landtagsausschuesse

Antragsteller: [JoSch](#)

Zusammenfassung: Ausschüsse des Landtages sollen Verfassungsrang bekommen und öffentlich sein.

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschliessen, folgenden Text in das Kapitel "Informationsfreiheit im 21. Jahrhundert - Offene Daten für mündige Bürger!" im Unterkapitel "Transparenz des Staatswesens und Lobbyismus" oder nach Massgabe des Landesparteitages einzufügen:

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass die Landesverfassung so geändert wird, dass die Ausschüsse des Landtages Verfassungsrang bekommen. Insbesondere sollen diese grundsätzlich öffentlich abzuhalten sein. Zur Zeit gibt es in der Landesverfassung nur eine Regelung zu Untersuchungsausschüssen (Art. 91). Als Vorbild können der Art. 17 der Landesverfassung von Schleswig-Holstein und der Art.44 der Landesverfassung von Berlin gelten.

Begründung: Die Öffentlichkeit der Ausschüsse wird z.Zt. nur durch die GO garantiert. Die GO kann leichter geändert werden als die Landesverfassung. Ausserdem kann bei jeder neuen Konstituierung des Landtages eine ganz neue GO verabschiedet werden, so dass es keine Garantie gibt, dass weder die Ausschüsse selbst noch die grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschüsse gewahrt bleibt. Ein Verstoss gegen die GO ist ein kleineres Problem als ein Verstoss gegen die Verfassung, gegen den jeder beim Verfassungsgerichtshof Klage erheben kann.

Die Inspiration für diesen Antrag kommt von folgenden [Blog](#)

2012.1/WPA-P13 Rückgewinnung und Verwendung öffentlichen Raums

Antragsteller: [StopSecret](#) fürs Politik-Forum

Zusammenfassung: Positionierung zur Handhabung öffentlich genutzter privater Räume

Antragstext: Der Text des bisherigen Punktes "Öffentlicher Raum in privater Hand" im Kapitel "Kultur" des Wahlprogrammes wird ersetzt durch folgenden:

Die zunehmende Privatisierung öffentlicher städtischer Räume lehnen wir ab.

Beispielhaft seien hier große Einkaufszentren in privatem Besitz genannt. Dort findet öffentliches Leben statt, von dem keiner unserer Mitmenschen auszuschließen ist. Personen dürfen nicht vom Betreten der Zu- und Durchgangswege abgehalten werden.

Die weitere Ausweitung privaten Raumes zuungunsten öffentlichen Raumes, wollen wir stoppen und gegebenenfalls rückgängig machen. Für großflächige Räume in privatem Besitz wollen wir einen rechtlichen Rahmen gestalten, der dem Charakter dieser Räume als öffentlichem Raum, gerecht wird.

Eine solche Bewirtschaftung ehemals öffentlichen Raums darf nicht dazu führen, dass politische Betätigung dort unmöglich wird oder Menschen, die das "Einkaufs-, Geschäfts- und Wohnerlebnis" trüben könnten, vertrieben werden. Für private Räume mit öffentlichem Charakter soll auch öffentliches Recht gelten, privates Wachpersonal darf nur innerhalb der Geschäftsräume eingesetzt werden.

Straßen in Städten und Gemeinden sollen in öffentlicher Hand verbleiben. Die Einfriedung kommunaler Einrichtungen sollte nur in begründeten Fällen erfolgen.

Begründung: Immer mehr öffentlicher Raum wird an Investoren veräußert und privatisiert. Diese Räume beanspruchen oftmals große Teile von Stadtzentren. In ihnen gilt das Hausrecht des Investors, so dass er nach eigenem Ermessen willkürlich agieren kann. Zudem dienen diese Investitionen meist als reine Spekulationsobjekte. Sie werden ohne Rücksicht auf urbane Strukturen und oftmals unter unwiederbringlicher Zerstörung einer solchen zur reinen Gewinnmaximierung durchgesetzt. Um hier die Bedürfnisse der Bürger auf eine lebendige, offene und gewachsene Infrastruktur zu bewahren, sollen entsprechende Regelungen vorgesehen werden.

2012.1/WPA-P15 Ehrenamt-Nebenamt-Hauptamt

Antragsteller: [PP Baum](#)

Zusammenfassung: Saubere Abgrenzung von Ämtern je nach ihrer Entlohnung

Antragstext: Die Piratenpartei RLP fördert das Ehrenamt. Eine saubere Sprache hilft. Ein Ehrenamt ist grundsätzlich unbezahlt. Die Piratenpartei strebt an, dass bezahlte Nebenämter als solche bezeichnet werden. Wir sprechen von Amt, Nebenamt und Ehrenamt.

Begründung: Kurt Beck will laut Stuttgarter Zeitung <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.interview-mit-kurt-beck-verantwortung-fehlt-man-spielt-mit-politik.858d59f5-1065-4f20-ab5a-fc1b9111352e.html> nach seiner Amtszeit ein Ehrenamt anstreben. Bestimmt stellt sich Niemand vor, dass er Turnen, Fußball, Schach, Musik oder Geschichte in Bad Bergzabern unterstützen will? Ein zur Zeit noch so genanntes Ehrenamt, wie er es anstrebt, beinhaltet eine monatliche so genannte Entschädigung von einigen Tausend Euro, Flüge 1. Klasse sowie Aufenthalte in Hotels und Bewirtungen der Luxuskategorie. Das wird jeder echt ehrenamtlich Tätige als Verhöhnung empfinden. Engagierte werden vergrämt. Wir Piraten wollen die Menschen für Engagement gewinnen.

Anmerkung: Der Antragsteller hat inzwischen klargestellt, dass dies ein Antrag für das Wahlprogramm ist.

2012.1/WPA-P18 Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher

Antragsteller: [StopSecret](#) fürs Politik-Forum

Zusammenfassung: Beibehaltung der Gewerbesteuer.

Alternative zu: 2012.1/P20 Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung oder
2012.1/P27 Vereinheitlichung der Gewerbesteuer

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen, als Ergänzung zum Wahlprogramm an geeigneter Stelle folgendes einzufügen (Die Stelle ist bei Antragsstellung zu benennen!):

Die Rheinland-Pfälzer PIRATEN setzen sich für den Erhalt der Gewerbesteuer ein. Diese Steuer ist das einzige kommunale Instrument, welches in direkter Bürgernähe selbstständig von den Kommunen zur Steuerung lokaler Interessen der Bürger eingesetzt werden kann.

Die Wechselwirkungsmöglichkeiten zwischen kommunalem Gewerbesteuersatz, Bürgerinteressen vor Ort und der freien Entscheidungsmöglichkeit von Firmen zur Standortwahl erweisen sich als guter Ansatz des demokratischen Gedankens.

Begründung: Eine vereinheitlichte Gewerbesteuer bedeutet zwangsläufig die Gewerbeansiedlung in infrastrukturstarken Ballungszentren. Eine Konkurrenzsituation kann durchaus sinnvoll sein im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft. Den Kommunen bleibt ein Spielraum zur eigenen Gestaltung kommunaler Bedürfnisse und Einnahmen. Dieses wollen wir hiermit zum Ausdruck bringen.

2012.1/WPA-P19 Floh- und Trödelmärkte an Sonntagen

Antragsteller: [StopSecret](#) fürs Politik-Forum

Zusammenfassung: Antrag zum Wahlprogramm zur Aufhebung des Verbotes von Floh- und Trödelmärkten an Sonntagen

Ergänzt: es gibt bereits einen sonstigen Beschluss: [Kein Flohmärkteverbot an Sonn- und Feiertagen](#)

Antragstext: Es wird beantragt, folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen, wobei die Stelle bei Antragstellung zu nennen ist:

Die Piraten wollen sich dafür einsetzen, die Verbote von echten Floh-, Antik- und Trödelmärkten an Sonntagen aufzuheben.

Begründung: Für die Besucher stellen sie familien- zusammenführende Tradition dar. Es ist offensichtlich Lobbyismus, wenn der Holiday Park am Sonntag geöffnet sein darf, aber der Trödelhändler seinen Ramsch aus Rücksicht auf die 10 Gebote nicht feilbieten darf. Das jetzige Verbot betrifft die überwiegend mit Neuwaren bestückten Märkte, die unter falschen Namen betrieben werden. Zeitungsartikel sind mit Vorsicht zu werten, weil hinter diesen Märkten erhebliche wirtschaftliche Interessen stehen und große Anzeigenkunden.

2012.1/WPA-P20 Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung

Antragsteller: [StopSecret](#) fürs Politik-Forum

Zusammenfassung: Die Gewerbesteuer soll dort erhoben werden, wo der Mehrwert geschaffen wird.

Alternative zu: 2012.1/P18 Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher oder
2012.1/P27 Vereinheitlichung der Gewerbesteuer

Antragstext: Es wird beantragt, folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen, wobei die Stelle bei Antragstellung zu nennen ist:

Die Gewerbesteuer soll künftig für alle Unternehmen mit Sitz in RLP zu 100% immer dort anfallen, wo der "Mehrwert" erschaffen wird und nicht mehr dort, wo der Stammsitz des Mutterkonzerns gemeldet ist.

Begründung: Keine Steuerverluste mehr durch ausländische Firmenübernahmen (Bsp. Opel/GM) Windkraftanlagen erwirtschaften Ihre Erträge da, wo der Wind weht und die Anwohner den Anblick ertragen müssen und nicht da, wo die Investoren und die Betreibergesellschaft im Grünen sitzen.

2012.1/WPA-P22 **Integration und Chancengleichheit**

Antragsteller: [StopSecret](#) fürs Politik-Forum

Zusammenfassung: Antrag zum Wahlprogramm zur Integration und Chancengleichheit

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm einzufügen, wobei die Stelle bei Antragstellung zu nennen ist:

Die Piraten möchten die Kommunikation zwischen Bürgern ausländischer und inländischer Herkunft stärken. Kommunikation ist ein wesentlicher Bestandteil von Integration, die durch eine Verbesserung des Miteinanders und den Abbau von Schwellen erreicht werden kann.

Gerade Begegnungsmöglichkeiten mit fremden Kulturen helfen, Barrieren und Berührungspunkte abzubauen. Gesellige und informative Veranstaltungen mit dem wechselnden Schwerpunkt auf jeweils eine Kultur wollen die PIRATEN fördern.

Der Besuch einer öffentlichen Einrichtung zur Kinderbetreuung verbessert die Sprachfertigkeit bei vielen Kindern deutlich, so dass sie auch im Sinne der Integrationsförderung eine Schlüsselstellung einnimmt. Wir werden darauf hinwirken, dass diese Angebote von möglichst vielen Kindern mit Migrationshintergrund genutzt werden können.

Die Beherrschung der Landessprache ist einer der wichtigsten Integrationsfaktoren. Um die Chancengleichheit für Kinder sicherzustellen, soll mit genügend Vorlaufzeit zur Einschulung eine Begutachtung u.a. der Sprachfähigkeiten aller Vorschulkinder durchgeführt werden. Bei Bedarf sollen verpflichtende kostenlose Fördermaßnahmen dafür sorgen, dass bei regulärer Einschulung alle einen Mindeststandard haben.

Begründung: Die Piraten begrüßen eine multikulturelle Gesellschaft und die Gleichstellung aller Bewohner unseres Landes. Die bisherigen Methoden Menschen unterschiedlicher Herkunft in unsere Gesellschaft zu integrieren können optimiert werden. Sprachkurse wurden durchgeführt, ohne dass eine wirkliche Integration geschieht. Kommunikation ist die Grundlage für Verständnis. Verständnis ist die Basis für Miteinander. Die Eltern der ausländischen Kinder sollen stärker eingebunden werden, wobei aktiv versucht werden soll, diese zu entsprechenden Veranstaltungen zu bewegen. Sehr viele ausländische Elternteile die der deutschen Sprache nicht sehr gut "mächtig" sind, nehmen schon allein aus Angst vor Verständigungsproblemen nicht an solchen Veranstaltungen teil.

2012.1/WPA-P25 Passus Zugangerschwerungsgesetz löschen

Antragsteller: [StopSecret](#) fürs Politik-Forum

Zusammenfassung: der Passus zum Zugangerschwerungsgesetz gehört gelöscht

Antragstext: Es wird beantragt, den Punkt "3.3.2.1 Zugangerschwerungsgesetz aufheben!" ersatzlos aus dem Wahlprogramm zu löschen und die Numerierung entsprechend anzupassen. Der Passus lautet: "Die PIRATEN werden sich dafür stark machen, den Irrweg des Zugangerschwerungsgesetzes zu beenden und dieses Zensur-Gesetz aufzuheben."

[RP:Wahlprogramm#Zugangerschwerungsgesetz_aufheben.21](#)

Begründung: Das Gesetz wurde am 02.12.2011 aufgehoben:

<http://www.zdnet.de/news/41558455/bundestag-hebt-zensursula-gesetz-endgueltig-auf.htm>

2012.1/WPA-P26 Rücknahme des Zensus-Gesetzes

Antragsteller: [StopSecret](#) fürs Politik-Forum

Zusammenfassung: Rücknahme des Zensus-Gesetzes auf Bundes- und Landesebene

Antragstext: Im Wahlprogramm im Abschnitt "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte", Unterabschnitt "Weitere Maßnahmen zum Schutz vor Überwachung und Zensur" soll der Punkt "für den Stopp der Volkszählung 2011 und Rücknahme des Zensus-Gesetzes auf Bundes und Landesebene" gelöscht werden. Statt dessen soll an geeigneter Stelle ein eigener Unterabschnitt eingefügt werden mit folgendem Inhalt:

Rücknahme des Zensus-Gesetzes

Das Zensus-Gesetz auf Bundes- und Landesebene sowie Volkszählungen im Allgemeinen sollen abgeschafft werden. ~~Die durch die Meldeämter erhobenen Daten sind für Planungen bereits ausreichend~~ Werden weitere Daten von Bürgerinnen und Bürgern benötigt, sollen diese ausschließlich auf freiwilliger Basis erhoben werden dürfen.. So kann im Sinne der Datensparsamkeit die Datensammlung über die Bürger vermindert werden.

Begründung: Die Volkszählung 2011 ist soweit abgeschlossen. Das noch bestehende Zensus-Gesetz wollen wir abschaffen, weil es überflüssig ist. Alle Daten und Informationen zur Planung und Verwaltung sind aus den vorhandenen Stamm- und Bewegungsdaten der Verwaltungen zu entnehmen.

Nachtrag 2012-05-13: die Änderung des gestrichenen Satzes wurde so begründet: dieser Satz ist etwas unglücklich, da das Meldewesen viel mehr als "ausreichend" ist und zwar ein extremer Datenmoloch!

2012.1/WPA-P27 Vereinheitlichung der Gewerbesteuer

Antragsteller: [StopSecret](#) fürs Politik-Forum

Zusammenfassung: Einführung einer bundesweit einheitlichen Gewerbesteuer

Alternative zu: 2012.1/P18 Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher oder
2012.1/P20 Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung

Antragstext: Es wird beantragt, folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen, wobei die Stelle bei Antragstellung zu nennen ist:

Die Gewerbesteuer soll nicht mehr von jeder Gemeinde eigenständig festgelegt, sondern auf Bundesebene bedarfsgerecht vereinheitlicht werden.

Begründung: Hinterzimmerpolitik und Bestechungen kann so vorgebeugt werden, freie Entscheidungswahl der Unternehmen/Konzerne hat nichts mit demokratischen Gedanken zu tun, sondern dient nur den Eigeninteressen der Unternehmen und der Bereicherung Einzelner.

Eine Ausspielung der Gemeinden gegeneinander auf das niedrigste Verhandlungsniveau dient ebenso nur den Unternehmen und nicht dem Staatswesen oder dem Bürger und kann so verhindert werden.

Belegbar benötigte Infrastruktur muss aus Länder-/Bundeskasse bedarfsgerecht bereitgestellt werden und strukturschwache Regionen bedürfen einer besonderen Berücksichtigung um unnötigen Ballungszentren entgegen wirken zu können. Unnötiger Erstellung von Industrieparks in ländlichen Gebieten und weiterer Zerstörung der Natur ist aber auch entgegen zu wirken, da die bisherige Praxis gezeigt hat, dass viele großzügig angelegte Industrieparks in ländlichen Regionen brach liegen und nur weitere Folgekosten ohne entsprechende Einnahmen erzeugen.

2012.1/WPA-P52 Akkreditierungsverfahren

Antragsteller: [Tanine](#), [Pinae](#)

Zusammenfassung: Seit der Bolognaform wird die Studiengangakkreditierung durch private Akkreditierungsagenturen durchgeführt. Dieser Antrag dient der Vereinfachung des Systems, aber Beibehaltung von Qualitätskontrolle, insbesondere durch sonst unterrepräsentierte Statusgruppen wie den Studierenden.

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Es soll folgender Absatz aus dem Bildungskonzept ersetzt werden (Modul 02e): "Die Qualität der Hochschulen wird durch ein gemischtes Gremium aus Vertretern verschiedener Hochschulen gewährleistet. Private Agenturen sollen keinen Einfluss auf die Akkreditierung von Studiengängen bekommen."

Studiengänge müssen mindestens alle fünf Jahre akkreditiert werden, um eine konstant hohe Qualität und Vergleichbarkeit von Studiengängen zu gewährleisten. Die Akkreditierung wird durch einer paritätisch aus Professoren, Vertretern oder Vertreterinnen des akademischen Mittelbaus sowie Studierenden besetzten Akkreditierungskommission durchgeführt. Dabei müssen alle Vertretungen in der Akkreditierungskommission von anderen Hochschulen kommen, um voreingenommenen Entscheidungen vorzubeugen. Auftrag der Akkreditierungskommission ist es die Studienqualität und die Studierbarkeit, sowohl konzeptionell, als auch personell, als auch von den verfügbaren Räumlichkeiten und technischen Gegebenheiten her sicherzustellen. Dafür nimmt die Akkreditierungskommission eine Prüfung der Studiengangskonzeption vor, spricht mit allen betroffenen Statusgruppen und begutachtet die Räumlichkeiten. Bei Zweifeln an der Tauglichkeit des Konzepts oder den Räumlichkeiten muss die Akkreditierungskommission die Akkreditierung mit Begründung ablehnen. Hochschulen haben jedoch das Recht nach einer einmaligen Ablehnung innerhalb von sechs Monaten eine erneute Prüfung durch das gleiche Gremium durchführen zu lassen. Innerhalb der Akkreditierungskommission müssen Mitglieder jeder Statusgruppe einer Akkreditierung zustimmen, damit der Studiengang akkreditiert werden kann. Ein Votum gegen die Akkreditierung wird zur Qualitätssicherung zusammen mit der Begründung veröffentlicht. Akkreditierungsräte werden durch das Kultusministerium kontrolliert. Jede Hochschule sowie das Kultusministerium selbst kann gegen eine erfolgte oder versagte Akkreditierung Beschwerde einlegen. Folgt das Ministerium der Begründung der Beschwerde, kann es selbst eine erneute Prüfung der Unterlagen des Studiengangs, eine Prüfung der Akkreditierungskommission oder ein erneutes Akkreditierungsverfahren durch eine neu zusammengesetzte Akkreditierungskommission veranlassen. Folgt das Ministerium der Beschwerde nicht, kann die klagende Hochschule dennoch ein erneutes Akkreditierungsverfahren mit neu zusammengesetzter Akkreditierungskommission in die Wege leiten, sofern diese Hochschule die entstehenden Kosten auch übernimmt. Beschwerde gegen eine Akkreditierung kann vorgebracht werden bei Bedenken zur Zusammensetzung der Akkreditierungskommission, bei Vorwürfen der Bestechlichkeit oder Befangenheit von Mitgliedern der Akkreditierungskommission sowie fahrlässigen Fehlern im Verfahren. Wird beim Kultusministerium eine Akkreditierung beantragt, werden dort per Losverfahren aus Pools qualifizierter Vertreter oder Vertreterinnen der Statusgruppen Kommissionsmitglieder gelost.

Die Aufgabe in einer Akkreditierungskommission mitzuarbeiten ist eine Ehre und wird als solches nicht entlohnt. Den Kommissionsmitgliedern steht jedoch eine angemessene Aufwandsentschädigung zu. Außerdem hat die Hochschule der Kommissionsmitglieder Sorge zu tragen, dass die gewählten Kommissionsmitglieder für die Akkreditierungstätigkeit freigestellt werden und ihnen durch ihre Akkreditierungstätigkeit keine Nachteile entstehen. Die Kosten des

Akkreditierungsverfahrens müssen von der Hochschule getragen werden, die die Akkreditierung in Auftrag gibt.

Begründung: Seit der Bolognaform wird die Studiengangakkreditierung durch private Akkreditierungsagenturen durchgeführt. Sowohl die Qualitätskontrolle als auch die Vergleichbarkeit der Studiengänge wird durch dieses Verfahren nicht ausreichend sichergestellt. Private Agenturen, die mit Gewinnabsichten operieren müssen, sind nicht geeignet, die für die Allgemeinheit wichtige Aufgabe der Studiengangakkreditierung ausreichend unbeeinflusst sicherzustellen. Zu den Bedenken der Befangenheit der privaten Agenturen gesellen sich in der Praxis hohe Kosten von 10000-15000€ pro Akkreditierung. Das im Antrag geforderte System vereinfacht die Akkreditierung und stellt durch Losverfahren und die demokratische Wahl der Ratsmitglieder sowohl Unbestechlichkeit als auch Unbefangenheit der Akkreditierung sicher. Dadurch, dass die Ratsmitglieder alle von unterschiedlichen Hochschulen kommen, wird die Vergleichbarkeit der Studiengänge gewährleistet. Durch den relativ kleinen Akkreditierungsrat sowie den Verzicht auf eine reguläre Bezahlung ist eine deutliche Reduktion der Kosten pro Akkreditierung zu erwarten.

2012.2/WPA-001 Genderpolitik

Antragsteller: [Xander.Dorn](#)

Zusammenfassung: Anlegen des Kapitels Genderpolitik

Ergänzt: 2012.2/002 Genderpolitik_A und

2012.2/003 Genderpolitik_B und

2012.2/004 Genderpolitik_C

Antragstext: Im Wahlprogramm soll das neue Kapitel mit der Überschrift "Genderpolitik" hinzugefügt werden.

Begründung: Anlegen dieses Kapitels, bitte die weiteren Anträge zu dieser Thematik beachten:

[Genderpolitik A](#)

[Genderpolitik B](#)

[Genderpolitik C](#)

2012.2/WPA-002 Genderpolitik A

Antragsteller: [Xander.Dorn](#)

Zusammenfassung: Bekenntnis zur zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft

Ergänzt: [2012.2/001/Genderpolitik](#)

Antragstext: Im Wahlprogramm soll im Kapitel "Genderpolitik" hinzugefügt werden:

Unsere Gesellschaft unterliegt einer zunehmenden Individualisierung der Lebensstile. Traditionelle Vorstellungen verlieren weiter an Bedeutung und auch der Begriff des Multikulturalismus kann dies nicht mehr fassen. Menschen können und dürfen nicht mehr in Klassen oder Schichten eingeordnet werden, die willkürlich gewählten Grenzen soziale Milieus verschwimmen in immer stärkerem Maße. Wir leben in einer Welt, in der Frau nicht gleich Frau, Mann nicht gleich Mann ist. Geschlechterrollen sind nicht festgeschrieben und jedem Menschen steht es zu, sich selbst zu definieren. Die PIRATEN haben diese Realität erkannt und zielen auf eine Anpassung der Gesetzeslage an die heutige Gesellschaft statt einer gesetzlichen Forcierung einer einzelnen Leitkultur ab.

Begründung: -

2012.2/WPA-003 Genderpolitik B

Antragsteller: [Xander.Dorn](#)

Zusammenfassung: Freie Entfaltung der Persönlichkeit und Toleranz

Ergänzt: 2012.2/001/Genderpolitik

Antragstext: Im Wahlprogramm soll im Kapitel "Genderpolitik" hinzugefügt werden:
Selbstbestimmtes Leben ist für Individuen, für mündige Bürger nur möglich, indem ein rechtlicher Rahmen geschaffen wird, der offen ist für die freie Entfaltung einzigartiger Persönlichkeiten. Subkulturen gilt es daher nicht zu bekämpfen, sondern zu akzeptieren. Sexuelle Orientierung und Identität sowie Zuschreibungen einer Geschlechterrolle dürfen nicht zur Benachteiligung in Bildung, Beruf und gesellschaftlicher Teilhabe führen. Die PIRATEN stehen daher für eine moderne Genderpolitik, bei der durch geeignete Maßnahmen eine bessere Chancengleichheit geschaffen werden soll.

Begründung: -

2012.2/WPA-004 Genderpolitik C

Antragsteller: [Xander.Dorn](#)

Zusammenfassung: Keine geschlechtsbezogenen Quoten, konkrete Zielsetzungen zu mehr Gleichheit

Ergänzt: 2012.2/001/Genderpolitik

Antragstext: Im Wahlprogramm soll im Kapitel "Genderpolitik" als neuer Absatz hinzugefügt werden:

Die PIRATEN sehen in geschlechtsbezogenen Quoten kein geeignetes Mittel zur Lösung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Förderung anonymer Bewerbungs- und Einstellungsverfahren sowie eine Verlängerung der Elternzeit, die eine gleichmäßigere Verteilung zwischen den Eltern ermöglicht, sind Maßnahmen, auf welche die PIRATEN hinwirken. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen ohne Sanktionen erlaubt einen besseren Ausgleich von Berufstätigkeit und Heim- und Erziehungsarbeit in Lebensgemeinschaften und Familien.

Begründung: -

2012.2/WPA-008 **Bildung**

Antragsteller: [Sebastian Degenhardt](#) und [Pinae](#) für die [AG Bildung RLP](#)

Zusammenfassung: grundsätzliche Überarbeitung unseres Wahlprogramms zum Thema Bildung

Antragstext: Es wird beantragt, dass der bestehende Abschnitt "Bildung" im Wahlprogramm vollständig durch den nachstehend verlinkten Text (ohne Modulnummern, nur gegliedert durch die jeweiligen Überschriften) ersetzt wird.

[Basiskonzept der AG Bildung RLP](#)

Begründung: Die AG-Bildung hat Strukturierung und Formulierung des Bildungsteils des Wahlprogramms überarbeitet und um die Punkte erweitert, die innerhalb der AG-Bildung Konsens waren. Dieser Antrag ersetzt den gesamten Abschnitt "Bildung" im Wahlprogramm, ist inhaltlich aber eine Erweiterung. Die Inhalte des in Rheinland-Pfalz seit einem Jahr entwickelten "Oktoberkonzept" wurden eingearbeitet und überarbeitet. Alle strittigen Punkte wurden in ergänzende Anträge ausgelagert (finden sich mit der Bezeichnung SOA-008-ZA in der Antragsfabrik), die vom Parteitag erst nach Annahme dieses Basiskonzepts abgestimmt werden können, da sie sich in der Strukturierung bereits auf diesen Antrag beziehen.

2012.2/WPA-008-ZA01 Langfristig nur noch Gesamtschule

Antragsteller: [Sebastian Degenhardt](#)

Zusammenfassung: Langfristig soll auch das Gymnasium in die Gesamtschule integriert werden.

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Der Punkt [Bildung -> Bildungssystem -> Weiterführende Schule](#) des Wahlprogramms wird am Ende des ersten Absatzes folgendermaßen ergänzt:

"Langfristig soll die Gesamtschule auch das Gymnasium ersetzen. Die Qualität des Abiturs ist derzeit schon vergleichbar. Durch das Kurssystem wird eine Über- oder Unterforderung der Schüler vermieden und eine gleichbleibende Qualität sichergestellt, ohne dass ein vielgliedriges Schulsystem nötig wäre."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Bisherige Versuche eine Gesamtschule als Regelschule zu etablieren, scheiterten in der Vergangenheit meist an der Skepsis der Eltern. Es wird befürchtet, dass starke Kinder von schwachen Kindern gebremst und somit das Leistungsniveau der Klasse nach unten gezogen wird. Da wir jedoch eine Gesamtschule fordern, in der drei verschiedene Schwierigkeitsstufen für jedes Fach separat angeboten werden, sind diese Bedenken unbegründet.

Jedes Kind hat unterschiedliche Begabungen. In manchen Fächern muss es gefördert, in anderen kann es gefordert werden. Das mehrgliedrige Schulsystem wird diesen Anforderungen schlichtweg nicht gerecht.

2012.2/WPA-008-ZA02 Religion als freiwilliges Zusatzfach

Antragsteller: [Sebastian Degenhardt](#)

Zusammenfassung: Religion soll nur noch ein freiwilliges Zusatzfach sein

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Satz 3 und 4 im Punkt [Bildung -> Grundsätze -> Säkularisierung der Bildung](#) des Wahlprogramms werden durch folgende Formulierung ersetzt:

"Ethikunterricht muss flächendeckend für alle Schüler bereits ab der ersten Klasse als Regelfach angeboten werden. Der Religionsunterricht kann als freiwilliges Zusatzfach beibehalten werden."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Die Formulierung "Ethikunterricht muss flächendeckend für alle Schüler bereits ab der ersten Klasse angeboten werden. Der Religionsunterricht soll als fakultatives Fach beibehalten werden. " lässt offen, ob der Schüler durch den Besuch des Religionsunterrichts den Ethikunterricht umgehen kann. Mit der neuen Formulierung soll klargestellt werden, dass das Kind auf jeden Fall den Ethikunterricht besucht und Religion nur als ergänzendes Fach wählen kann.

2012.2/WPA-008-ZA03 Aufklärer Religions- und Ethikunterricht

Antragsteller: Rainer Rechner

Zusammenfassung: Religion und Ethik sollen Grundlage für einen friedfertigen und toleranten Umgang miteinander legen.

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Der Punkt [Bildung -> Grundsätze -> Säkularisierung der Bildung](#) im Wahlprogramm wird um folgenden Absatz ergänzt:

"Im Rahmen des Ethikunterrichts sollen die Konzepte Religion und Glaube an exemplarischen Beispielen (Weltreligionen, Glaubensgemeinschaften, Philosophien) erläutert und ihr Stellenwert für unsere und andere Kulturen verdeutlicht werden. Der Religionsunterricht soll ergänzend auf spezielle Aspekte einer einzelnen Religion und Konfession eingehen. In beiden Fächern sollen verbindende Aspekte hervorgehoben und die Toleranz gegenüber trennenden Positionen gefördert werden."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Im Zuge der gegenseitigen Religionsfeindlichkeiten, dem Aufbau neuer Feindbilder, ist es unerlässlich in puncto Aufklärung tätig zu werden. Alle Religionsinstitutionen nehmen für sich in Anspruch die absolute Wahrheit für sich gepachtet zu haben. Das trennt die Menschen. In einer Gesellschaft, in der viele Religionen aufeinander treffen, müssen wir einen gangbaren Weg finden, wie die Menschen unterschiedlichen Glaubens miteinander leben können, ohne sich andauernd misstrauisch zu beäugen. Der einzige Weg dies zu bewerkstelligen, ist der Weg der Aufklärung. Ich sehe da die Schule in der Pflicht. Ein Unterricht, in dem die einzelnen Religionen erklärt und aufgezeigt werden, kann helfen die Unterschiede zu minimieren und die Gemeinsamkeiten herauszustellen. Das macht das Gemeinschaftsgefühl der Bevölkerung leichter und angenehmer. Vor allen Dingen entzieht es den Extremisten den Boden und bringt uns dem Frieden näher.

2012.2/WPA-008-ZA04 Programme zur elterlichen Aufklärung

Antragsteller: [Paul P](#)

Zusammenfassung: Aufsuchende Hilfsprogramme für Eltern ab Geburt

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Im Punkt [Bildung -> Bildungssystem -> Vorschulische Bildung](#) des Wahlprogramms wird als eigener Unterpunkt eingefügt:

"Aufsuchende Hilfsprogramme für Eltern ab Geburt

Die PIRATENPARTEI setzt sich für frühe, aufsuchende und nachhaltige Programme zur Unterstützung von Eltern ab der Geburt ein. Viele Eltern wissen nicht, wie sie ihre Kinder erziehen, vorschulisch fördern und gesund erhalten sollen. Gerade für die Eltern mit keinen oder nur unzureichenden Kenntnissen reicht die freie Zugänglichkeit zu den Hilfen nicht. Sie können diese nicht in Anspruch nehmen, weil selbst diese Schwelle oder ihr Schamgefühl noch zu hoch ist. Zum Wohle der Kinder müssen Hilfsprogramme aufsuchend angeboten werden.

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Der Bezug zwischen Bildung, Gesundheit und Sozialem wird früh deutlich. Beim BPT werde ich auch für Beachtung dieses Bezuges kämpfen. Ich verweise auf meine eigene [Initiative](#). Mit diesem Ansatz bekräftigen wir Piraten unser Motto: Klar zum Ändern!

2012.2/WPA-008-ZA05 BAföG durch BGE ersetzen

Antragsteller: [Sebastian Degenhardt](#)

Zusammenfassung: Das bedingungslose Grundeinkommen soll in Zukunft jedem Menschen ermöglichen, sich jederzeit bilden und damit bspw. beruflich umorientieren zu können.

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Im Punkt [Bildung -> Erwachsenenbildung -> Berufliche Aus- und Weiterbildung](#) des Wahlprogramms wird als vorletzter Absatz eingefügt:

"Sobald möglich soll ein existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen, das auch die soziokulturelle Teilnahme sicherstellt, eine Teilnahme an sämtlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen ermöglichen."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine unserer wichtigsten Forderungen, da es den Menschen die Freiheit bieten wird, ihr Leben selbst zu planen und zu gestalten, ohne sich dem gesellschaftlichem Druck beugen zu müssen. Um diese Forderung zu bekräftigen, soll hier im Programm das BGE erwähnt werden, damit der Leser des Wahlprogramms einen der vielen Vorzüge des Modells kennenlernt.

2012.2/WPA-008-ZA06 Klassengrößen durch demographischen Wandel verringern

Antragsteller: [Sebastian Degenhardt](#)

Zusammenfassung: Kleinere Gruppen statt Personalkürzungen.

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Dem Punkt [Bildung -> Entlastungen an Schulen](#) im Wahlprogramm ist als weiterer Unterpunkt hinzuzufügen:

Kleinere Schulklassen und Kita-Gruppen

Durch den demographischen Wandel sinkt die Anzahl von Kindergartenkindern und Schülern. Dies darf nicht zum Anlass genommen werden, Lehrer und Erzieher aus Kostengründen zu entlassen. Vielmehr sollen die freiwerdenden Kapazitäten dazu genutzt werden, um die Gruppengrößen in Kindergärten/Kindertagesstätten und Schulen zu reduzieren, sodass eine individuellere Förderung möglich ist.

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Große Gruppen in Schulen und Kitas sind für alle Beteiligten mit hohem Stress verbunden und verhindern eine effektive individuelle Förderung.

2012.2/WPA-008-ZA07 E-Learning

Antragsteller: [Sebastian Degenhardt](#)

Zusammenfassung: Eigenständiges und dezentrales Lernen durch E-Learning fördern

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext:

- Der Punkt [Bildung -> Grundsätze](#) des Wahlprogramms wird am Ende folgendermaßen ergänzt.

"Ein Ziel bei dieser Reform ist die Dezentralisierung des Lernens durch E-Learning (Onlinevorlesungen, Dokumentationen, Lernprogramme, Online-Lernplattformen etc.)."

- Außerdem ist als eigenständiger Punkt hinter dem Punkt [Bildung -> Lizenzfreies Unterrichtsmaterial](#) einzufügen:

"E-Learning

E-Learning ermöglicht das dezentrale Vermitteln von Lerninhalten per Computer. Von Zuhause aus kann man Vorlesungen verfolgen, Lernprogramme anwenden und medial aufbereitete Dokumentationen und Lehrvideos ansehen, wodurch die physische Anwesenheit in Klassen- und Hörsaal weitgehend obsolet wird. Dies kommt zum einen dem persönlichen Lernrhythmus zugute, der nicht bei jedem mit den Unterrichts-/Vorlesungszeiten übereinstimmt. Zum anderen entlastet man somit überfüllte Universitäten und Schulgebäude. Derzeit wird E-Learning bereits erfolgreich im Rahmen von Fernuniversitäten angewendet. Unser Ziel ist eine Ausweitung auf alle Bildungsangebote ab der Mittelstufe als Ergänzung zum herkömmlichen Lehrbetrieb. Dabei soll der Anteil des E-Learning-Angebots allmählich bis zur Oberstufe gesteigert werden. Eine qualifizierte Lernbegleitung ist sicherzustellen und die Förderung der Selbstlernkompetenzen der Lernenden sollten hierbei im Vordergrund stehen."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: -

2012.2/WPA-008-ZA08 Angemessene Entlohnung für nicht-lehrendes Personal

Antragsteller: [Marisa](#)

Zusammenfassung: Nicht-lehrendes Personal soll angemessen entlohnt werden, damit dafür keine Lehrerstellen abgebaut werden.

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Beim Punkt [Bildung -> Entlastungen an Schulen -> Unterstützung an Schulen durch nicht lehrendes Personal](#) wird der letzte Satz des ersten Absatz folgendermaßen ergänzt:

"Diese sollen nach freiem Ermessen der Schulleitung eingestellt werden können, wobei auf eine angemessene Entlohnung gemäß TVöD (Tarif des öffentlichen Dienstes) zu achten ist."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [WPA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Für das nicht-lehrende Personal ist eine faire Bezahlung nach Tarif sicherzustellen.

2012.2/WPA-008-ZA09 Schüler sollen bei Schulwahl mitbestimmen können

Antragsteller: anonym

Zusammenfassung: -

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Beim Punkt [Bildung -> Grundsätze -> Wahlfreiheit](#) im Wahlprogramm wird hinter dem Satz "Eltern haben das Recht die Schulform für ihr Kind auszuwählen, die sie für die angemessenste halten." Folgendes eingefügt: "Den Kindern ist bei der Wahl der weiterführenden Schule ein Mitspracherecht einzuräumen."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Während Eltern die weiterführende Schule meist nach rein rationalen Gesichtspunkten (Ruf, Ausstattung, liegt auf dem Weg zur Arbeit) auswählen, sind für die betroffenen Kinder eher emotionale Gründe (wohin gehen die Freunde, fühle ich mich an der Schule wohl) entscheidend. Daher sollen sie vor dem Schulwechsel Gelegenheit erhalten, die Schule kennen zu lernen (bspw. am Tag der offenen Tür). In Fällen, in denen mehrere Schulen in Frage kommen, soll dem Kind die Wahl überlassen werden.

2012.2/WPA-008-ZA10 Nicht-lehrendes Personal an allen Bildungseinrichtungen

Antragsteller: [Mariesa](#)

Zusammenfassung: Nicht-lehrendes Personal soll nicht nur an Schulen eingesetzt werden.

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Der Punkt [Bildung -> Entlastungen an Schulen](#) wird in "Entlastungen an Bildungseinrichtungen" umbenannt.

Der Unterpunkt [Unterstützung an Schulen durch nicht lehrendes Personal](#) wird in "Unterstützung durch nicht-lehrendes Personal" umbenannt und folgendermaßen geändert:

"Bildungseinrichtungen müssen bedarfsgerecht mit nicht-lehrendem Personal versorgt werden, damit sich Erzieher, Lehrer und Dozenten vorrangig auf ihre Aufgaben konzentrieren können. Nicht-lehrendes Personal sind beispielsweise technische Assistenten, Sozialarbeiter und Mitarbeiter für administrative Aufgaben. Diese sollen nach freiem Ermessen der Einrichtungsleitung eingestellt werden können.

Technische Assistenten kümmern sich um die Wartung und den Aufbau der technischen Einrichtungen und bieten fachliche Unterstützung bei Fragen. Dies steigert Effizienz und Qualität von Lehrveranstaltungen erheblich.

Eine Verbesserung des Arbeitsklimas ist auch zu erwarten, indem Konflikte durch Psychologen und/oder Sozialarbeiter gelöst werden. Sie stehen Lehrenden und Lernenden gleichermaßen als Ansprechpartner zur Verfügung."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Auch außerhalb von Schulen müssen Erzieher und Dozenten immer mehr Aufgaben übernehmen, die durch nicht-lehrendes Personal erledigt werden können.

2012.2/WPA-008-ZA11 Bekenntnis zur Schulpflicht

Antragsteller: [Tikky, Pinae](#)

Zusammenfassung: Keine Abkehr von der 12-jährigen Schulpflicht.

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Im Punkt [Bildung -> Grundsätze -> Bildung in Deutschland](#) des Wahlprogramms wird hinter dem Satz "Die Lernenden haben ein Anrecht auf 13 Schuljahre." der Satz "Die bestehende Schulpflicht von 12 Jahren bleibt davon unberührt." eingefügt.

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Die Schulpflicht ist wichtig um zu gewährleisten, dass Kinder das Bildungsangebot wahrnehmen. Eltern, die ihre Aufsichtspflicht diesbezüglich vernachlässigen, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Zuallererst ist jedoch immer zu untersuchen, warum ein Kind nicht in den Unterricht gehen will, um dann fallspezifisch zu entscheiden, wie man die Ursache dieser Probleme lösen kann. Schulpsychologen und Sozialarbeiter sind hierbei wichtige Vermittler.

2012.2/WPA-008-ZA12 bedarfsgerechte staatliche Betreuungs- angebote

Antragsteller: [Tikky](#)

Zusammenfassung: Staatliche Kindergärten nur dort wo private Angebote fehlen.

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Im Punkt [Bildung -> Bildungssystem -> Vorschulische Bildung -> Freier Zugang zu Kindergärten und Kindertagesstätten](#) des Wahlprogramms wird das Wort "staatlichen" gestrichen.

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Die derzeitige Formulierung kann so verstanden werden, dass jedem Kind ein staatlicher Kindergartenplatz zur Verfügung stehen muss, auch wenn private Angebote vor Ort vorhanden sind.

2012.2/WPA-008-ZA13 Zentrale Schulabschlüsse

Antragsteller: [Pinae](#)

Zusammenfassung: einheitliche Schulabschlussprüfungen anhand von bundesweit einheitlichen Lehrplänen

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Dem Punkt [Bildung -> Bildungsinhalte](#) des Wahlprogramms wird als eigener Abschnitt hinzugefügt:

"Einheitliche Voraussetzungen und Bewertung

Neben der bildenden Funktion der Schule zertifiziert sie auch Leistungen. Um diese Leistungen miteinander vergleichbar zu machen, soll es einheitliche Abschlussprüfungen geben. Dies gewährleistet, dass an alle Schüler dieselben Anforderungen gestellt werden und garantiert somit eine gerechte Bescheinigung der eigenen Leistung. Dies erfordert ebenso, dass die Lehrpläne der einzelnen Länder einander angeglichen werden."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: -

2012.2/WPA-008-ZA14 Verpflichtendes Angebot von Ganztags- unterricht

Antragsteller: [Tikky](#) und [Pinae](#)

Zusammenfassung: alle staatliche Schulen sollen Ganztagsunterricht anbieten

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Im zweiten Abschnitt des Punktes [Bildung -> Bildungssystem -> weiterführende Schule](#) im Wahlprogramm wird im dritten Satz "vermehrt" durch "verpflichtend" ersetzt.

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Unser Ziel ist, dass der höherwertige rhythmisierende Ganztagsunterricht mit Lern- und Erholungsphasen umgesetzt wird. Steht es der Schule frei, besteht die Gefahr, dass versucht wird, auf einen Halbtagsunterricht mit Hausaufgabenbetreuung zu setzen, um Kosten zu sparen.

2012.2/WPA-008-ZA15 verpflichtendes letztes Kindergartenjahr

Antragsteller: [Pinae](#)

Zusammenfassung: Analog zur Schulpflicht sollen alle Eltern verpflichtet werden ihr Kind zumindest für das letzte Kindergartenjahr (5. Lebensjahr) in einen öffentlichen Kindergarten zu schicken. Dort werden wichtige soziale Kompetenzen erlernt, die dann in der Grundschule zu besseren Lernerfolgen führen.

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Der Abschnitt [Bildung -> Bildungssystem -> Vorschulische Bildung -> Schwerpunkte](#) des Wahlprogramms wird geändert in:

Bereits im Vorschulalter sollte ein besonderer Schwerpunkt auf der Förderung von sozial benachteiligten Kindern liegen. Gerade Kindertagesstätten in „Brennpunktbezirken“ sollten sowohl beim Personal und dessen Aus- und Weiterbildung sowie bei der räumlichen Ausstattung (z.B. Küchen) und den pädagogischen Bedarfsmaterialien verstärkt berücksichtigt werden.

Das letzte Kindergartenjahr soll für alle Vorschulkinder verpflichtend sein.

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung:

- Kinder lernen im Kindergarten wichtige Social Skills, die ihnen bei der Einschulung helfen. Daher muss sichergestellt sein, dass jedes Kind zumindest ein Jahr lang einen Kindergarten besucht.
- Folgende Studie der AWO belegt, dass Kitas dabei helfen geringere Chancen armer Kinder abzufedern: [Link zur Studie](#)

2012.2/WPA-008-ZA16 Erzieher als Studiengang

Antragsteller: [Pinae](#)

Zusammenfassung: Erzieher soll Studiengang statt Ausbildung sein

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Im Wahlprogramm wird der Punkt [Bildung -> Bildungssystem -> Vorschulische Bildung -> Schwerpunkte](#) um folgenden Absatz ergänzt:

"Im Sinne einer Qualitätssteigerung in der frühkindlichen Bildung wollen wir die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für Erzieher erreichen, damit diese den stetig wachsenden Anforderungen nachkommen können.

Für die Träger der Einrichtungen sollen Anreize geschaffen werden die Mitarbeiter mindestens einmal jährlich mit Fortbildungen weiter zu qualifizieren.

Gleichzeitig sollen qualifizierende Studiengänge mit der speziellen Zielsetzung frühkindlichen Bildung entwickelt und angeboten werden. Diese sind sowohl als Vollzeit- als auch als Teilzeitstudium zu entwickeln.

Für interessierte Mitarbeiter soll eine berufsbegleitende Teilnahme an qualifizierenden Studiengängen ermöglicht werden."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Es geht nicht darum Erzieher arbeitslos zu machen, vor allem, weil es momentan ohnehin schwierig ist, die offenen Stellen zu besetzen. Auf lange Sicht ist es aber sinnvoll, das Niveau der frühkindlichen Bildung durch einen Erzieher-Studiengang anzuheben. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sollten wir in Kauf nehmen, da in frühen Jahren ganz entscheidende Entwicklungsschritte der Kinder so kompetent wie möglich begleitet werden sollten. Selbstverständlich würden über eine lange Übergangszeit sowohl ausgebildete als auch studierte Erzieher zusammenarbeiten.

2012.2/WPA-008-ZA17 Berufliche Weiterbildung

Antragsteller: anonym

Zusammenfassung: Kostenlose Bildung für alle.

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Es wird beantragt, dass im Wahlprogramm der folgende Satz im Programmpunkt Bildung -> Erwachsenenbildung -> Berufliche Aus- und Weiterbildung

„Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz will den Ausbau des BAföG zur beruflichen Weiterbildung herbeiführen.“

vollständig durch den nachstehend Text ersetzt wird:

„Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz will die Einführung einer Beihilferegelung für Fort-/Aus- und Weiterbildungen für Lernende, zur Abschaffung von finanziellen Hürden herbeiführen.

Mittels Verifizierung von Instituten und Lernmodulen soll jedem Lernenden die Möglichkeit geschaffen werden, sich unabhängig von seinen finanziellen Möglichkeiten aus-/ fort- und weiterzubilden.

Für verifizierte Lernmodule bekommt der Lernende eine finanzielle Beihilfe. Die Höhe der Beihilfe wird so gestaltet, dass verifizierte Module zu 100% erstattet werden.

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz will auch den Ausbau des BAföG zur beruflichen Weiterbildung herbeiführen.“

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass SOA-008 (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung: Zweifellos sind die Kosten für beispielsweise einen Meisterlehrgang, eine Fortbildung zum Handelsfachwirt etc. nicht unerheblich und stellen für viele Betroffene eine große Hürde zur Bildung dar.

Der Umstand, dass sich Menschen beispielsweise zu einer Laufbahn in einem handwerklichen Beruf entscheiden, kann in der Folge nicht zwingend die Bereitschaft der Betroffenen voraussetzen, neben dem sehr fordernden Einsatz an Zeit und Energie für ihren Vollzeitberuf und das erfolgreiche Bewältigen einer Fortbildung noch zusätzlich die Kosten für letztere in hohem Maße selbst zu tragen. Es ist daher geboten, dass Menschen die arbeiten in den Genuss von kostenloser Bildung kommen.

Wir fordern ein kostenfreies Studium. Ein Bachelorabsolvent zahlt ebenso keine Studiengebühren wie der Student, der sich auch noch für einen weiterbildenden Master entscheidet.

Die Ausbildung und die Weiterbildung bspw. vom Gesellen zum Meister sollte für den Lernenden ebenso kostenfrei sein.

Die Erstattung der Kurskosten durch Beihilfe würde dazu führen, dass sich Menschen eine Weiterbildung unabhängig von Ihren Finanzen leisten könnten. Ein Meister bspw. wird meist neben einer Anstellung erworben und es hat sicher gute Gründe, dass das so ist. Der Lernende muss evtl. sich selbst und ggf. Angehörige versorgen, das darf jedoch nicht zum Nachteil werden.

Die zu tragenden Kosten für eine Weiterbildung sollten nicht bestimmen wer sich weiterbildet.

Für eine Beihilfe wäre es nur notwendig die vorhandenen Lehrgänge und Institute zu verifizieren und mittels den bekannten Kostenangeboten einen gewogenen Durchschnitt zu ermitteln, der die Höchstgrenze der Beihilfe beziffert. Dies kann durch das Kultusministerium erledigt und fortgeschrieben werden pro Beruf/Ausbildungen/Weiterbildung.

Jede Maßnahme wird anhand der bisherigen Kosten, die bei der Verifizierung zu Ermitteln sind, durch eine Höchstgrenze an Beihilfe gedeckelt. So soll vermieden werden, dass windige Anbieter

später angebliche Luxusausbildungen anbieten, die jeden Rahmen an Kostenübernahme sprengen würden.

Zunächst sollten alle bekannten Ausbildungsgänge jeweils mit Ihren Förderungsbeträgen als Beihilfe gesetzt werden. Und entsprechend zukünftiger Entwicklungen (neue Wege sollten ausprobiert und gefördert werden) ist die Verifizierung fortzuschreiben.

Die Erstattung (entsprechend den Modulen) könnte über das Finanzamt erfolgen, indem der Lernende den Nachweis der rechtlich verbindlichen Anmeldung für das entsprechende Modul belegt und direkt an das Institut seitens der Behörde gezahlt würde.

Die Beihilfe ist zu zahlen, wenn Kurs und Institut der Verifizierung entsprechen.

Ziel des Bafög ist es ja im Kern, das Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation eine Ausbildung absolvieren und den Lebensunterhalt so gesichert bekommen, daher ist es kein Widerspruch zum Beihilfemodell und eine sinnvolle Ergänzung.

2012.2/WPA-012 **Flugverkehrsbelastungen minimieren**

Antragsteller: [Xander.Dorn](#)

Zusammenfassung: Forderungskatalag zu Flugverkehr / Fluglärm

Antragstext: Im Wahlprogramm soll an geeigneter Stelle das neue Kapitel mit der Überschrift "Flugverkehrsbelastungen minimieren" mit diesem Inhalt eingefügt werden:

Wir sehen in der zunehmenden Belastung der Menschen durch den Flugverkehr ein großes Problem. Fluglärm und Abgase stellen einen schweren Eingriff in das Leben der Menschen in Würde und Freiheit dar. Wir fordern rheinland-pfälzische und hessische Landesregierung auf, sich stärker gegen die Belastungen zu engagieren, die durch die Flughäfen in Rheinland-Pfalz, Hessen und anderen sich auf Rheinland-Pfalz auswirkenden Regionen entstehen.

Bei zukünftigen Flughafenausbauten oder ähnlichen Erweiterungen, die ein erhöhtes Flugverkehrsaufkommen mit sich bringen würden, wollen wir uns für frühzeitige Bürgerbeteiligung und Volksabstimmungen über die Umsetzung stark machen - unabhängig davon, ob es sich um zivile oder militärische Flughäfen handelt. Für die Rhein-Main-Region fordern wir ein 8-stündiges Nachtflugverbot zwischen 22 Uhr und 6 Uhr morgens, damit die belasteten Menschen zur Ruhe kommen können.

Wir wollen den Fluglärm insgesamt reduzieren und den verbleibenden Lärm gerechter verteilen. Dies bedeutet im Einzelnen:

- dass dem Schutz der Bevölkerung vor Emissionen, Gesundheitsgefährdungen und Vermögensverlusten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen gegeben wird
- dass alle technischen Möglichkeiten genutzt werden, um lärmärmere An- und Abflugverfahren ganztägig einzuführen
- dass Flugverkehr und Fluglärm über Wohngebieten begrenzt werden
- dass die Lage von vorhandenen Flugrouten anhand aktuellem Kartenmaterial über tatsächlich unbebautem Gebiet optimiert wird
- dass ein Tempolimit auf dem Anflug zu Flughäfen von 210 Knoten eingeführt wird (schnelle Flugzeuge sind lauter)
- dass eine räumliche Verteilung des Restfluglärms über alle Anrainer von Flughäfen erfolgt - unabhängig von der Besiedlungsdichte - gemäß dem Motto "Alle mit weniger Lärm belasten" (-> Räumliche Bündelung und zeitliche Staffelung)
- dass durch ein striktes Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr in Kombination mit einer starken Verminderung der Flugbewegungen zwischen 18 - 22 Uhr sowie zwischen 6 - 8 Uhr dem Schutz der Einschlaf- und Nachtruhe der Bevölkerung Rechnung getragen wird
- dass dauerhafte Messungen der Lärmbelastung mit modernen Messmethoden vorgenommen werden
- dass alle Ergebnisse von Messungen und Gutachten der Öffentlichkeit vollständig offen gelegt werden müssen

Begründung: entstammt dem Mainzer Kommunalwahlprogramm

2012.2/WPA-013 Informationelle Barrierefreiheit

Antragsteller: [Xander.Dorn](#)

Zusammenfassung: Zugang zu Wissen auch für Seh- und körperlich Behinderte

Antragstext: Im Wahlprogramm soll im Kapitel "Open Access" das neue Kapitel mit der Überschrift "Informationelle Barrierefreiheit" mit diesem Inhalt hinzugefügt werden:

Die Piratenpartei setzt sich für den freien Zugang zu Wissen und Informationen für Seh- und körperlich Behinderte ein. Öffentlich finanzierte Schriftwerke und amtliche Dokumente sowie Formulare sollen auch in Blindenschrift oder mittels anderer geeigneter Maßnahmen verfügbar gemacht, Archive, Ämter und andere öffentliche Einrichtungen behindertengerecht ausgebaut werden. Es sollen Anreize dafür geschaffen werden, auch nicht öffentlich finanzierte Werke für Blinde verfügbar zu machen.

Begründung: -

2012.2/WPA-014 **Rechtliche Gleichstellung**

Antragsteller: [Xander.Dorn](#)

Zusammenfassung: Erweiterung des Abschnitts "Rechtliche Gleichstellung"

Antragstext: Im Wahlprogramm soll unter der Überschrift "**Rechtliche Gleichstellung**" der erste Satz ersetzt werden durch:

Wir setzen uns dafür ein, dass sich Rheinland-Pfalz sowohl auf Landesebene als auch über den Bundesrat für ganz Deutschland dafür einsetzt, die rechtliche Gleichstellung aller Menschen unabhängig ihrer sexuellen Identität und Orientierung voranzutreiben.

Alte Fassung:

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land Rheinland-Pfalz sich im Bundesrat dafür stark macht, die rechtliche Gleichstellung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität voranzutreiben.

Begründung: In der bisherigen Fassung war der Einsatz auf den Bundesrat beschränkt, in der neuen Fassung wäre auch die Landesebene ausdrücklich inbegriffen. Außerdem wurde zur sexuellen Identität auch die sexuelle Orientierung ergänzt.

2012.2/WPA-015 Vorwort

Antragsteller: [Xander.Dorn](#)

Zusammenfassung: Erweiterung des Vorworts

Antragstext: Im Wahlprogramm soll im Vorwort nach dem Satz "Die Piratenpartei setzt sich für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung der Grundrechte ein und will die Bürgerrechte insbesondere auch gegenüber dem sie bedrohenden Staat bzw. dessen Einrichtungen verteidigen." als neuer Absatz eingefügt werden:

Ungleiche Behandlung zwischen den Geschlechtern, aufgrund sexueller Identität und Orientierung, Alter und Herkunft sowie weiterer von den Individuen nicht beeinflussbarer Merkmale entspricht nicht dem Werteverständnis der PIRATEN. Dieser Ungleichheit stellt sich die Piratenpartei entschieden entgegen, sie will Ursachenforschung nicht weiter unbeachtet lassen, um den negativen Folgen mit geeigneten statt mit ideologisch hergeleiteten Mitteln entgegenzuwirken.

Begründung: Ungleichheit, wie beispielsweise die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse zwischen Männern und Frauen, die Altersarbeitslosigkeit und die Bildungsbenachteiligung von Kindern aus sozial schwachen Familien sind allgemein bekannte Probleme, die jedoch zumeist nur mit aus Theorien oder Ideologien wie dem Neoliberalismus oder dem Sozialismus hergeleiteten Mitteln angegangen werden. Ein Umdenken ist notwendig, sich nicht blind auf vermeintlich klare Linien einer Lehre zu stützen sondern angemessen und vernunftorientiert zu handeln.

2012.2/WPA-016 **Wahlrecht ab Geburt**

Antragsteller: [Xander.Dorn](#)

Zusammenfassung: Wahlalter abschaffen statt nur senken

Antragstext: Im Wahlprogramm soll im Kapitel "Wahlalter für Landtags und Kommunalwahlen" der Absatz "Wahlalter absenken" ersetzt werden durch:

Wahlalter absenken

Kinder und Jugendliche sind als Schüler in besonderem Maße von Entscheidungen der Bildungspolitik betroffen. Diese obliegt vor allem der Entscheidungshoheit der Landtage. Auch von der Ausgestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs und anderer lokaler Themen sind Kinder und Jugendliche oft stärker betroffen. Die Regelungen in diesen Bereichen werden vorwiegend in den Stadträten, Kreistagen und weiteren kommunalen Parlamenten entschieden. Zu Landtags- und Kommunalwahlen besteht das Wahlrecht jedoch erst ab 18 Jahren. Altersgrenzen täuschen vor, dass mit der Überschreitung eines Datums ein Bürger mündig werde und erst ab diesem Zeitpunkt an der politischen Mitbestimmung teilnehmen darf. Jede Altersgrenze unterliegt dabei jedoch einer willkürlichen Festlegung und schließt somit kategorisch eine Bevölkerungsgruppe aus, über und für welche jedoch wichtige politische Entscheidungen gefällt werden. Es darf einzig in der freien Entscheidung jedes und jeder Einzelnen liegen, ob von der Möglichkeit der Stimmabgabe Gebrauch gemacht wird. Die Piratenpartei setzt sich daher für die Abschaffung einer Altersgrenze zur Wahlberechtigung ein und fordert das Wahlrecht ab Geburt.

Alte Fassung:

Wahlalter absenken

Gerade die Themen auf Landes- und Kommunalebene sind Themen, die Jugendliche in hohem Maße betreffen. So wird auf diesen Ebenen zum Beispiel über die Themen Bildung und den öffentlichen Nahverkehr diskutiert. Deshalb fordert die Piratenpartei kurzfristig eine Herabsetzung des Wahlalters für Landtagswahlen auf 16 Jahre und für Kommunalwahlen auf 14 Jahre, damit auch die Betroffenen selbst die Möglichkeit der demokratischen Teilhabe haben.

Begründung: Der Antrag folgt diesem Positionspapier der Jungen Piraten:

https://wiki.junge-piraten.de/wiki/Bundesmitgliederversammlung_2012.Q1/Antr%C3%A4ge#Antrag:_Positionspapier:_Abschaffung_des_aktiven_Wahlalters.2C_Wahlrecht_ab_Geburt

2012.2/WPA-017 Altersarmut

Antragsteller: S.B.

Zusammenfassung: Mindestrente für Frührentner

Antragstext: Es wird beantragt, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Wir fordern eine Mindestrente von 750 € für Frührentner und eine Aufstockung aller Renten, die unter 750 € liegen.

Begründung: Fakt ist: Schon heute sind 67 % der heutigen Rentner von der Altersarmut betroffen. Darunter verstehe ich, alle die weniger als 750 € zum Leben haben.

Fakten

Da ein Teil der Rentner mehr als eine Rente bezieht, liegt die Anzahl der Rentner unter der des Rentenbestandes. Ende 2007 lag die Zahl der Rentner bei rund 20 Millionen, die des Rentenbestandes bei 24,34 Millionen (ohne Waisenrenten). Von der DRV Bund aus 12/2010: Niedrigrenten (33,4%):

- 4,6% erhalten eine Rente von 100,- € oder weniger
- 16,0% zwischen 100,- € und 300,- €
- 12,8% zwischen 300,- und 500,- €

Mittelfeld (45,8%):

- 18,1% zwischen 500,- € und 700,- €
- 15,9% zwischen 700,- € und 900,- €
- 11,8% zwischen 900,- € und 1.100,- €

Spitzengruppe (20,8%):

- 9,9% zwischen 1.100,- € und 1.300,- €
- 6,3% zwischen 1.300,- € und 1.500,- €
- 3,4% zwischen 1.500,- € und 1.700,- €
- 1,2% mehr als 1.700,- €

67 % von 24 mill. Rentnern Leben in Altersarmut

HIER ZAHLEN UND FAKTEN ZUM THEMA

Heute leben bereits 16.000.000. in Altersarmut. Deshalb bin ich der Meinung, hier muß schnell eine Lösung erarbeitet werden und nicht erst in 20 Jahren. Piraten für Menschen @sozialpiraten

1. Piraten Politik auf dem Vormarsch. Heute: SPD will #BGE für Leute

ab 67 Jahren einführen - Höhe 850€ / cc @Sozialpiraten Wenn ich so etwas menschenverachtendes lese , kocht bei mir alles. Viele dieser Betroffenen werden erst gar nicht 67 Jahre alt, da wissenschaftlich bewiesen ist, dass Menschen im Niedriglohnsektor die tiefste Lebenserwartung haben.

Da ich selber betroffene bin, ich bin Frührentnerin, würde ich gerne dazu beitragen, dass wir dieses Problem zu einem Wahlkampfthema machen, da es Lösungen zur Finanzierung geben würde. Die Menschen, die heute schon Betroffene sind, brauchen jetzt eine Lösung. Für mich würde das heißen, dass ab 2014 alle von Armut betroffenen Menschen eine Mindestrente von 750 € bekommen könnten. Diese 750 € sind völlig ausreichend, um ein bescheidenes aber lohnendes Leben gelebt werden kann. Ich meine natürlich 750 € zum Leben mit den üblichen Sozialleistungen

wie Wohngeld ect.

Zahlen

130 € Haushalt Lebensmittel

100 € Kleidung und Kosmetik

100 € Hobby

50 € Telefon und Internet

20 € Handy

100 € PKW Steuer ,Versicherung, Wertminderung

200 € Benzin bei einer Kilometerzahl von 20.000 km im Jahr

50 € essen gehen, Kino ect.

750 €

Nun werden viele sagen, man braucht kein Auto.

Das mag für Großstädte auch so sein, aber für ländliche Orte ist es leider zwingend notwendig.

Einsamkeit macht Menschen krank

Dabei erfüllt die Einsamkeit eine wichtige Funktion für den Menschen: So wie Hunger ein Signal ist, dass der Körper nicht genug Nahrung erhält, so warnt die Einsamkeit uns, wenn wir den Kontakt zu anderen verlieren. Denn der Mensch ist ein soziales Wesen. In der Evolution des Homo sapiens war es für jedes Individuum überlebenswichtig, die Verbindung zur Horde zu erhalten. Isolation konnte leicht tödlich enden. Erst in der Gruppe gelang es unseren Vorfahren, sich auf Dauer zu behaupten -- und die eigenen Gene an eine neue Generation weiterzugeben. Der US-amerikanische Psychologe John Cacioppo von der University of Chicago bezeichnet Einsamkeit daher auch als "sozialen Schmerz". Und tatsächlich: Wenn wir von anderen abgewiesen werden, reagieren dieselben Regionen der Großhirnrinde hinter der Stirn wie bei körperlichem Schmerz. Das konnte ein Team von Wissenschaftlern aus den USA und Australien mithilfe von Hirnscannern nachweisen. Das natürliche Verlangen nach Artgenossen kann Menschen so gefangen nehmen, dass sogar ihre geistigen Fähigkeiten darunter leiden: Einsame vermögen sich schlechter zu konzentrieren und suchen weniger hartnäckig nach der Lösung eines Problems als Nicht-Einsame, wie Cacioppo in Studien herausfand. Aber nicht die Psyche allein reagiert, wenn die Einsamkeit chronisch wird. Eine Analyse von 148 Studien mit Daten von 30.000 Probanden ergab: Menschen mit sozialem Rückhalt leben länger als jene mit weniger stabilen Beziehungen. Die Analyse deutete darauf hin, dass Einsamkeit für die Gesundheit etwa ebenso schädlich ist wie Rauchen, Übergewicht oder Bewegungsmangel. Vor allem bei Männern wächst die Gefahr zu erkranken, wenn enge Bindungen fehlen.

Auch würden weniger Menschendeshalb Ärzte konsultieren,wäre also auch eine Ersparnis im Gesundheitssystem.

Von den 67 % der Rentner die heute eine Rente unter 750 €sind Gott sei Dank47 %noch zusatzversichert, oder haben sonstige Rücklagen.

Das bedeutet, dass 20 %wirklichdiese von mir geforderte Mindestrente von 750 €nicht erreichen.

Es handelt sich um 3,2 Millionen Menschen.

Frau von da Leyens Konzept ist deshalb nur halbherzig, weil sie Menschen vergessen hat.

Beispiele.

Ein Krimineller, der in der Haft arbeitet, dafür auch Lohn bekommtist aber nicht sozial Versichert.

Das bedeutet für jemand bei einer Haftstrafe von 25 Jahren, dass selbst wenn nach verbüßter Haft einen Job findet, er nie mehr die von Frau von da Leyen geforderten 30 Jahre einzahlen schaffen kann und deshalb im Alter auf Grundsicherung angewiesen ist.

Ein Selbständiger, der sich privatfürs Alter versichert hat in Form von Lebensversicherungen, aber

diese bei Insolvenz an seine Gläubiger verloren hat, hat ja auch sein Leben lang gearbeitet , möglicher Weise auch Arbeitsplätze während seiner Tätigkeit geschaffen hatbekommt im Alter nur Grundsicherung.

Frührentner wegen Unfall oder Krankheit , gehören natürlich auch in diese Rechnung.

Je nach dem, wann sie berentet wurden hatten sie auch keine Gelegenheit 30 Jahre ein zu zahlen.

Ich als Pirat fordere deshalb für alle unsere heutigen Rentnerdiese Rente von 750 € + Sozialleistungen.

Das würde den Staat ca 11 Milliarden € kosten.

Die Piraten sagen :Erst der Mensch, dann der Markt.

Könnten wir das realisieren, gäbe es in Deutschland keine Altersarmut mehr.

Diese Rente sollte jeder mit 55 Jahren, der in Frührente möchten beantragen können, denn gerade Menschen, die ihr ganzes Leben im Niedriglohngearbeitet haben, sind meistens in diesem Alter psychisch und physisch aufgebraucht.

Diese Rente würde auch den Arbeitsmarkt positiv beeinflussen, da auf diese Weise Stellen für junge Menschen frei werden.

Deshalb bitte ich alle Piraten, diesen Antrag zu unterstützen.

2012.2/WPA-022 Umstrukturierung im Bereich Datenschutz / Sicherheitspolitik

Antragsteller: Ein Landespirat

Zusammenfassung: Das Wahlprogramm soll im Bereich "Datenschutz" umstrukturiert werden. Ein Teil aus dem Datenschutz-Bereich soll auf die Ebene 1 gezogen werden und mit dem bisherigen Kapitel "Inneres und Justiz" unter dem neuen Oberpunkt "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" zusammen gelegt werden.

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen:

"Im Wahlprogramm wird der bisherige Punkt "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" (aktuell Abschnitt 2.9) eine Ebene nach oben gezogen und als eigener Oberpunkt zwischen Kapitel "Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte - Grundpfeiler der freiheitlichen Informationsgesellschaft" (aktuell Kapitel 2) und dem Kapitel "Informationsfreiheit im 21. Jahrhundert - Offene Daten für mündige Bürger!" (bisher Kapitel 3) eingefügt.

Die Unterpunkte des bisherigen Kapitels "Inneres und Justiz" werden in das neue Kapitel "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" verschoben. Das Kapitel "Inneres und Justiz" und dessen Einleitung entfallen."

Begründung: Das bisherige Kapitel 2 umfasst bisher einerseits alles, was mit Datenschutz zu tun hat, aber auch diverse Punkte, die einem eigenen Bereich zugeordnet werden können, in dem es um Sicherheits- und Innenpolitik geht. Auch im Bereich "Inneres und Justiz" finden sich sicherheitspolitische Themen. Diese beiden Abschnitte solle zusammengeführt werden.

Der gemeinsame Bereich wird auch zukünftig eine wichtigere Rolle in der Landespolitik spielen und von uns weiter ausgebaut werden, sodass ein eigenes Kapitel hierfür angemessen erscheint und das Datenschutz-Kapitel entschlackt werden kann.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

2012.2/WPA-023 Politische Bildung stärken, Verfassungsschutz auflösen

Antragsteller: Ein Landespirat

Zusammenfassung: Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung soll gestärkt werden und die intransparente und demokratiegefährdende Arbeit des Verfassungsschutzes beendet werden.

Alternativ zu: 2013.1/015 Politische Bildung stärken, Verfassungsschutz auflösen (bessere Version)

Antragstext: Mit der Überschrift "Politische Bildung stärken, Verfassungsschutz auflösen" wird als Unterpunkt des Abschnittes "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" folgender Absatz ins Wahlprogramm aufgenommen:

" Nicht erst die Skandale um neonazistische Morde im ganzen Bundesgebiet haben deutlich gemacht, dass das System Verfassungsschutz seinen Namen nicht verdient hat. Ein Geheimdienst, der fernab jeder demokratischen Kontrolle agiert, mit Feinden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zusammenarbeitet, sie finanziert, ihre Straftaten duldet oder gar dazu anstiftet oder sie vertuscht, schützt unsere Freiheit und Demokratie nicht, sondern gefährdet sie in hohem Maße.

Die Überwachung und Kriminalisierung von politischen Parteien und Gruppierungen gefährdet die Meinungsfreiheit und damit die gesellschaftliche Meinungsvielfalt und Demokratie. Die ausufernden Befugnisse für Geheimdienste widersprechen den Grundsätzen der Piratenpartei: Heimliche Informationsbeschaffung, verdeckte Ermittler und das Anwerben von V-Leuten, heimliches Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen oder Computern, optische oder akustische Überwachung und Eingriffe in Post und Telekommunikation, Auskunftsbefugnisse gegenüber Dritten und vieles mehr lassen sich bei Geheimdiensten nicht wirksam kontrollieren und sind daher aus Sicherheitsgründen nicht vertretbar. Auch die Betätigung des Verfassungsschutzes in der Bildungsarbeit und die vehemente Verbreitung der Extremismustheorie lehnen wir ab, genauso wie dass auf Basis intransparenter, geheimdienstlicher Erkenntnisse, Maßnahmen wie Vereinsverbote oder die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen begründet werden.

Wir fordern daher die Auflösung des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes und die ersatzlose Streichung der bisherigen nachrichtendienstlichen Kompetenzen. Die bisher für den Verfassungsschutz bereitgestellten Haushaltsmittel wollen wir der Landeszentrale für politische Bildung zuweisen. Hier soll Demokratiebildung, politische Aufklärung, Präventionsarbeit und die offene Beobachtung politischer Tendenzen zukünftig transparent stattfinden. Ihre überparteiliche Arbeit wollen wir ausbauen und ihre Unabhängigkeit gegenüber der Landesregierung stärken. "

Begründung: -

2012.2/WPA-026 **Schutz vor Verkehrslärm**

Antragsteller: micramouse

Zusammenfassung: Flugverkehr muss in der gleichen Verordnung wie Straßen- und Schienenverkehr geregelt werden

Antragstext: Antrag auf Änderung des Wahlprogramms

Alte Fassung: nicht vorhanden

Neue Fassung:

Lärm macht krank. Ziel der Piratenpartei Rheinland-Pfalz ist es, die Verkehrslärmverordnung zu ändern, um die Menschen effektiv vor Lärmbelastung zu schützen.

Die 6. Bundes-Immissionschutzverordnung (TA-Lärm) nennt Grenzwerte für allgemeine Geräusche strukturiert nach sieben Tageszeiten und sieben Bebauungsarten. Fluglärm fällt dabei unter "einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen". Sie dürfen die Immissionsrichtwerte in Industriegebieten tagsüber um 25 db(A) und nachts um 15 db(A) überschreiten, in allen übrigen Gebieten tagsüber um 20 db(A) und nachts um 10 db(A).

Die 16. BImSchV (Verkehrslärm) nennt Grenzwerte für Straßen- und Schienenverkehr mit Formeln und Diagrammen, um den Lärm zu berechnen, den eine noch zu bauende Eisenbahnstrecke oder Autobahn möglicherweise einmal erzeugt. Die Grenzwerte sind nach Tag und Nacht und für einige Siedlungsarten unterschieden (z.B. Krankenhäuser, Wohngebiete, Gewerbegebiete).

Wir fordern, dass die Struktur der TA-Lärm in die Verkehrslärm-Verordnung übernommen wird. Diese Verordnung sollte dann für den Verkehrslärm auf Straße, Schiene und in der Luft gelten. Die Richtwerte der TA-Lärm sollten in die Verkehrs-Verordnung übernommen und dann an das Verkehrsgeschehen angepasst werden, getrennt für Straße, Schiene und Luft.

Begründung: Solange in den Lärmschutzverordnungen steht, dass der Verkehr tagsüber in Wohngebieten 59 dB(A) und in Mischgebieten 64 dB(A) Lärm machen darf, von den Berechnungsmethoden für Fluglärm ganz zu schweigen, wird dieser Lärm auch gemacht. Dabei dürfen die "einzelnen kurzzeitigen Geräuschspitzen" des Luftverkehrs sogar auf Durchschnittswerte gemittelt werden, obwohl man von jedem lautstarken Einzelgeräusch geweckt wird, während man bei einem gleichmäßigen, nicht zu hohen Geräuschpegel weiterschlafen kann. Verhindern kann das nach aktueller Gesetzeslage nur die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Bundestag und dem Bundesrat, also alle Parteien und alle Regierungen in allen Bundesländern.

2012.2/WPA-027 Ausbau der B10

Antragsteller: AG Bauen und Verkehr

Zusammenfassung: Die Piraten unterstützen den Ausbau der B10 zwischen Hinterweidenthal bis Landau

Ergänzt: 2012.2/018 Bauen und Verkehr

Antragstext: Die AG Bauen und Verkehr beantragt, dass die Piratenpartei Rheinland-Pfalz folgende Aussage in das Wahlprogramm aufnimmt:

Wir sind für den Ausbau der B10 zwischen Hinterweidenthal bis Landau, sofern ein effizienter und nach neusten Erkenntnissen angepasster Lärmschutz für die Bevölkerung mitgebaut wird und den Wildtieren in regelmäßigen Abständen eine Überquerung der B10 ermöglicht wird (Brücken). Dabei sind alle Baumaßnahmen schonend und Umweltgerecht durchzuführen.

Begründung: Das Bundesamt für Verkehr-, Bau-, und Stadtentwicklung gibt vor; dass wenn keine Einigung im Mediationsverfahren erzielt wird, dass diese Strecke nach Bundesvorgaben gebaut wird. Das heißt, dass beim Bau keine Rücksicht auf die Punkte der Gegenseite genommen wird. Der Ausbau der B 10 war ein Allparteienkonsens Im Bundeswegeplan ist die B 10 als Ausweichstrecke der A 6 zwischen Mannheim und Saarbrücken ausgewiesen Die Bedenken des Naturschutzes sind weitestgehend durch die bereits bestehende Trasse ausgelöst, d.h. die jetzige Trasse ist bereits eine Gefahr für alle Wildtiere. Die Anzahl der tödlichen und schweren Verkehrsunfälle wird sich deutlich reduzieren. Die Belastung der Umwelt durch Abgase wird niedriger und weniger. (Stauverkehr) Laut Bundesamt für Güterverkehr (BAG), wird sich der Transitverkehr auf der Bundesstraße 10 in den nächsten Jahren mehr als verdoppeln, daher ist ein Ausbau nahezu unvermeidlich.

2012.2/WPA-028 Erlebniswelt am Nürburgring

Antragsteller: [micramouse](#)

Zusammenfassung: Erhalt der Rennsportanlagen als Kulturerbe und Vergabe einer Poker-Erlebniswelt in Erbpacht zur Erwirtschaftung einer Gemeinschaftsrendite

Antragstext: Antrag auf Änderung des Wahlprogramms:

Am Nürburgring wurden immense Summen in den Bau eines Freizeitparks investiert, um Arbeitsplätze in einer strukturschwachen Region zu schaffen. Bevor diese Investitionen vernichtet und weitere Kosten getragen werden müssen, fordern wir in einem transparenten Verfahren mit umfassender Beteiligung der Bevölkerung zu prüfen, ob eine Nutzungsänderung zum Erreichen des Ursprungsziels führen kann.

Ein Freizeitpark kann nur dann wirtschaftlichen Erfolg erzielen, wenn die angebotene Leistung mit den Bedürfnissen der Kunden zusammentrifft. Die bereits erstellten Objekte könnten als öffentliche Poker-Erlebniswelt in Erbpacht vergeben werden, um eine Gemeinschaftsrendite zu erwirtschaften und eine freie Entfaltung dieses Lebensstils zu ermöglichen.

Begründung: Der Nürburgring selbst gehört mit seinen Motorsporteinrichtungen zum kulturellen Erbe von Rheinland-Pfalz, auch wenn der Motorsport im Widerspruch zu einer nachhaltigen Energiepolitik steht. Auch wenn wir die Gefahr einer Spielsucht anerkennen, halten wir das Pokerverbot in Rheinland-Pfalz für ungerechtfertigt und haben die Abschaffung dieses Gesetzes bereits während der Landtagswahl 2009 gefordert.

2012.2/WPA-031 Sondermülldeponien

Antragsteller: [DerBär](#)

Zusammenfassung: Sondermülldeponien in Rheinland-Pfalz: Sanieren durch Rückbau statt Abkapseln durch Abdichten

Antragstext: Der Landesparteitag möge für das Wahlprogramm folgenden Text beschließen:

Für alle oberirdischen Sondermülldeponien soll eine komplette Sanierung durch Rückbau erfolgen, damit auch in Zukunft keine Gefahr des Eindringens von Giftstoffen in Grundwasser und Atmosphäre besteht. Eine bloße Abkapselung durch Abdichtung und Abdeckung, bei der die Risiken und Kosten nachfolgenden Generationen übertragen werden, lehnen wir ab. Dazu fordern wir komplette Transparenz und Information über die eingelagerten Stoffe, so auch die Veröffentlichung aller Meßergebnisse. Falls keine Informationen vorliegen, müssen durch unabhängige Gutachter entsprechende Untersuchungen und Messungen durchgeführt werden. Im Anschluss daran sollen Sanierungsprojekte ausgearbeitet werden, um die Abtragung und Sanierung der Deponien durch Rückbau der Deponie in Phasen durchzuführen. Die Verursacher der Altlasten sollen soweit möglich bei der Durchführung und Finanzierung der Sanierung in die Pflicht genommen werden.

Begründung: Im LQFB bekam diese Ini auf Bundesebene 82% Zustimmung <http://lfpp.de/i3868>

Weiterführende Links: <http://de.wikipedia.org/wiki/Sondermülldeponie>

http://de.wikipedia.org/wiki/Abfall#Abfallbehandlung_und_Deponierung

<http://de.wikipedia.org/wiki/Deponie> Beispiel einer Sanierung durch Abtragung:

http://de.wikipedia.org/wiki/Sondermülldeponie_Kölliken

2012.2/WPA-032 **Schutz landwirtschaftlicher Nutzflächen Teil 1**

Antragsteller: anonym

Zusammenfassung: Piraten setzen sich für den Schutz landwirtschaftlich genutzter Flächen ein

Antragstext: Antrag für das Wahlprogramm

Piraten setzen sich für den Schutz landwirtschaftlich genutzter Flächen ein. Sie dienen hauptsächlich der Nahrungsmittelsicherung der Bevölkerung. Ein weiterhin hoher Verlust dieser Flächen ist unserer Ansicht kritisch zu betrachten.

Wir schlagen aus diesem Grund vor, beim Ausbau erneuerbarer Energien auf einen Flächenausgleich bzw. Nutzungsbeschränkungen landwirtschaftlicher Nutzflächen zum Zweck des Ausgleiches zu verzichten.

Begründung: Bei Neuerrichtungen von Windkraftanlagen, Pumpwasserkraftwerken, sowie Netztrassen, die zum Transport erneuerbarer Energien notwendig sind, findet ein Eingriff in die Natur statt.

Auf einen Flächenausgleich bzw. Nutzungsbeschränkungen landwirtschaftlicher Nutzflächen zum Zweck des Ausgleiches sollte dennoch verzichtet werden, da der entstandene Schaden an der Natur durch die umweltfreundliche Form der Energiegewinnung unserer Ansicht genügend kompensiert wird.

2012.2/WPA-033 Schutz landwirtschaftlicher Nutzflächen Teil 2

Antragsteller: anonym

Zusammenfassung: Piraten setzen sich für den Schutz landwirtschaftlich genutzter Flächen ein

Antragstext: Antrag für das Wahlprogramm

Piraten setzen sich für den Schutz landwirtschaftlich genutzter Flächen ein. Diese Flächen dienen hauptsächlich der Nahrungsmittelsicherung der Bevölkerung. Ein weiterhin hoher Verlust ist unserer Ansicht kritisch zu betrachten.

Wir setzen uns dafür ein, das Errichten von Freiflächenfotovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen aller Art zu verbieten.

Begründung: Laut dem überarbeiteten Landesentwicklungsplan IV ist die Errichtung von Freiflächenfotovoltaikanlagen " auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelastetem Acker- oder Grünland zulässig. Wir kritisieren diesen Beitrag zu weiterem Flächenverbrauch. Unserer Meinung rechtfertigt die Ertragszahl von landwirtschaftlichen Flächen nicht, sie aus der Nutzung zu nehmen.

2012.2/WPA-035 Freies, selbstbestimmtes Lernen gewährleisten

Antragsteller: Ein Landespirat

Zusammenfassung: Jeder Mensch hat das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Wissen und Bildung. Doch dieses Recht ist in Deutschland sehr eingeschränkt. Wo, wann in welchem Umfang und unter welchen Umständen junge Menschen lernen und sich bilden können, ist starr festgelegt. Der Antrag stellt daher klar, dass die Piratenpartei nicht für eine Schulpflicht ist, sondern das Recht auf freies und selbstbestimmtes Lernen gewährleisten will.

Ergänzt: 2012.2/008 Bildung

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen: "An geeigneter Stelle im Kapitel "Bildung" des Wahlprogramms (wenn unser Basiskonzept angenommen wird im Abschnitt "Bildungssystem", ansonsten unter dem bisherigen Punkt 7.7 "Vielfalt der Bildung" im Wahlprogramm o.Ä.) wird folgender Abschnitt mit der Überschrift "Freies, selbstbestimmtes Lernen gewährleisten" eingefügt:

"Jeder Mensch hat das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Wissen und Bildung. Derzeit können junge Menschen in Deutschland jedoch nicht frei wählen, wo, wann in welchem Umfang und unter welchen Umständen sie lernen und sich bilden wollen. Durch die allgemeine Schulpflicht werden sie gezwungen, täglich eine bestimmte Institution zu besuchen. Ihr Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Wissen und Bildung ist somit nicht gewährleistet. Alternative Wege der Bildungs- und Wissensaneignung werden eingeschränkt.

In der Folge kommt es zu unverhältnismäßigen Zwangsmaßnahmen gegen junge Menschen, die alternative Bildungswege beschreiten wollen, und deren Erziehungsberechtigte wie z.B. die zwangweise Zuführung zum Unterricht oder Geldbußen. Solche Maßnahmen sind unfreiheitlich und der Lernmotivation nicht zu-, sondern im Gegenteil abträglich. Mit der Schulpflicht werden auch immer neue Kontrollmechanismen gegen junge Menschen begründet wie z.B. das "elektronische Klassenbuch" oder die "Schüler-ID", die wir ablehnen.

Die Piratenpartei will das Recht auf freies, selbstbestimmtes Lernen gewährleisten und setzt sich daher für die Umwandlung der allgemeinen Schulpflicht in das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Bildung und Wissen ein. Menschen sollen die Freiheit erhalten, sich alternativ zum regulären Schulbetrieb selbstorganisiert zu bilden. Jeder Schule soll das Recht eingeräumt werden, Lernende, die nicht am regulären Schulbetrieb teilnehmen wollen, aufzunehmen, zu beraten und zu betreuen. Die auf diese Weise aufgenommenen Lernenden sind bei der öffentlichen Finanzierung der Schule zu berücksichtigen.

Uns ist bewusst, dass die derzeitigen Regelungen junge Menschen auch vor Isolation und Indoktrination schützen können. Die verdachtsunabhängige Einschränkung von Grundrechten aller Menschen ist hierzu jedoch kein angemessenes Mittel. Es gilt im Gegenteil, die Rechte junger Menschen zu stärken. Das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Bildung und Wissen ist daher ein Anspruch nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch gegenüber den Erziehungsberechtigten.

Die Piratenpartei schätzt die Vorteile eines öffentlichen Schulsystems und sieht viele Vorzüge darin, dass junge Menschen gemeinsam eine Schule besuchen. Wir wollen daher das Bildungssystem und öffentliche Schulen so attraktiv wie möglich gestalten, so dass sie von den Lernenden gerne und auch ohne den Zwang durch eine Schulpflicht besucht werden und sie daran auch nicht gehindert werden. Wir sind überzeugt davon, dass auch ohne Schulpflicht nahezu alle Lernenden eine Schule besuchen werden." "

Begründung: Jeder Mensch hat das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Wissen und Bildung. Doch dieses Recht ist in Deutschland sehr eingeschränkt. Wo, wann in welchem Umfang und unter welchen Umständen junge Menschen lernen und sich bilden können, ist starr festgelegt. Die allgemeine Schulpflicht und der damit verbundene Zwang widersprechen unserer Position, dass jeder Mensch das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Wissen und Bildung hat. Der Antrag stellt daher klar, dass die Piratenpartei dieses Recht gewährleisten will.

2012.2/WPA-037 Umwelt- und Energiepolitik

Antragsteller: [DerBär](#)

Zusammenfassung: Ausführliche Ausgestaltung des Wahlprogramms zur Umwelt- und Energiepolitik

Antragstext: Antrag für das Wahlprogramm RLP:

Präambel zur Umwelt, Energie und Verbraucherschutz

Die Piratenpartei RLP ist sich der besonderen Verantwortung der Politik für Umwelt, Energie und Verbraucherschutz bewusst und betrachtet die Inhalte des Programms als Kernaussage einer guten und andauernd erfolgreichen Wirtschaft und menschengerechten intakten Umwelt. Wir übernehmen in unserem Programm die Verantwortung für heutige und die nachfolgende Generationen und werden in den Programmteilen die Interessen eines sparsamen Haushaltes ebenso wie die angemessene Achtung der Umweltrefugien innovativ und für die Zukunft wirksam achten.

Prinzipien

Intakte Umwelt ist Grundrecht

Das Recht auf sauberes Wasser, saubere Luft, vitale Böden und einen gemeinschaftlichen Zugriff auf Naturressourcen ist Teil der universellen Menschen- und Bürgerrechte, auch für zukünftige Generationen. Umweltschutz- und Wirtschaftsinteressen sollten gleichgewichtig behandelt werden. Einseitige Bevorzugung durch Behörden oder Industrie lehnen wir ab. Dennoch sollte dem Umweltschutz im Falle eines Konfliktes eine höhere Priorität eingeräumt werden, da Schädigungen der Umwelt oft irreparabel oder deren Beseitigung mit immensen Kostenaufwand verbunden ist.

Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung

Viele der heutigen Umweltprobleme – vom Rückgang der Artenvielfalt bis zum Versagen der Atom Mülldeponierung – sind auch das Resultat einer Ohnmacht der Bürger gegenüber den Interessen immer stärker mit dem Staat verflochtenem Lobbyismus. Daher fordern wir auch beim Thema Umwelt mehr Transparenz im Handeln der Verantwortlichen und eine stärkere Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen. Ein freier, uneingeschränkter Zugang zu den entsprechenden Informationen muss gewährleistet sein.

Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development)

Eine nachhaltige Entwicklung ist notwendig, um die Lebensgrundlagen für heutige und zukünftige Generationen zu erhalten. Dazu müssen die ökologischen, sozialen und ökonomischen Systeme im Gleichgewicht gehalten werden. Dazu ist es notwendig, dass Institutionen diesen Prozess unterstützen. Ziel ist eine Erhöhung der Vereinbarkeit anthropogener mit natürlichen Stoffströmen (Konsistenz), Reduzierung des Verbrauchs/Nutzung von Gütern, Rohstoffen und Energie (Suffizienz) und die Reduzierung des Stoff- und Energieverbrauchs je Einheit hergestellter Güter oder Dienstleistungen (Effizienz). Durch Information und Bildung sollen alternative Handlungsoptionen in allen Bereichen ohne Verlust an Lebensqualität aufgezeigt werden.

Vernetzte Umweltpolitik

Umweltpolitik kann langfristig nur Erfolg haben, wenn die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und das Zusammenspiel unterschiedlicher Politikbereiche berücksichtigt werden. Dazu gehört insbesondere die Verbindung der Umweltpolitik mit Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, u.a. Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, Landwirtschaft, Energiewirtschaft und Infrastrukturpolitik.

Energiepolitik

Da eine gesicherte Energieversorgung wichtig ist, brauchen wir Lösungen, die für alle tragbar sind.

Unser Ziel ist daher eine nachhaltige, sichere und kosteneffiziente Energieversorgung.

Dezentrale Energieversorgung

Ein wichtiges Merkmal zeitgemäßer Energiepolitik ist die Dezentralisierung der Energieerzeugung. Die Abhängigkeit von Großkraftwerken kann überwunden werden durch lokale autarke Energiegewinnung von Bürgern und Gemeinden aus umweltfreundlichen erneuerbaren Energien. Die Energiegewinnung durch "non profit" Systeme, v. a. Energiegenossenschaften ist hier besonders hervorzuheben. Eine dezentrale Energieversorgung hat neben der Erhöhung der Sicherheit der Energieversorgung auch positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort. Die regionale Wertschöpfung wird durch erneuerbare Energien gesteigert und Arbeitsplätze werden langfristig geschaffen. Da eine stärkere Dezentralisierung der Strom- und Wärmeerzeugung eine angepasste Infrastruktur voraussetzt, sind neue Speicher- und Verteilungstechnologien nötig. Wir werden deren Entwicklung und Einsatz verstärkt fördern.

Erneuerbare Energien

Um in Zukunft weniger von konventionellen Energieträgern abhängig zu sein, streben wir schnellstmöglich 100% Anteil erneuerbarer Energien sowohl im Strom- als auch im Wärmesektor an. Bei der Stromerzeugung wollen wir durch verstärkte Forschungsanstrengungen im Bereich der EE-Technologien Verbesserungen erreichen und die Gesamtkosten hierfür weiter senken. Biomasseanlagen sollen vor allem aus Rest- und Abfallstoffen betrieben werden. Dabei darf die Energieerzeugung nie in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion treten oder zu einer Verknappung von Lebensmitteln führen. Wir werden die Forschung in diesem Bereich vorantreiben und die Förderung innovativer Modelle unterstützen. Solaranlagen sollen bevorzugt auf Gebäudedächern errichtet werden, Flächenanlagen auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen lehnen wir ab. Energie aus Wasserkraft soll ohne Gefährdung von Fischen mit Hilfe von Fischwegen gewonnen werden. Große Windkraftanlagen sollen nur in Gebieten mit überdurchschnittlicher Windhöufigkeit errichtet werden. Die Rodung von Wald und Errichtung von Windkraftanlagen in Naturschutzgebieten und Naturparks lehnen wir ab. Neue Anlagen dürfen nur auf freien oder bereits gerodeten Flächen errichtet werden und müssen naturverträglich sein, wozu in jedem Fall eine gesonderte Einzelfallprüfung nötig ist. Leise Kleinwindkraftanlagen auf Hausdächern sollen verstärkt gefördert werden. Für die Errichtung von Tiefen-Geothermieanlagen müssen Studien zur Technikfolgenabschätzung sicherstellen, dass keine Gefährdung, z.B. durch kleine Erdbeben, besteht.

Kostentransparenz

Traditionelle Energiegewinnung aus Kohle oder Kernspaltung werden durch staatliche Zuschüsse oder aber durch staatliche Zwischenlagerung des Atommülls subventioniert. Folgekosten und Umweltschädigung durch jede Form von Energiegewinnung müssen dem Bürger transparent gemacht werden. Bei der Bewertung neu zu errichtender Energieerzeugungsanlagen müssen diese Kosten für jeden Bürger transparent mit in die Rechnung einbezogen werden. Außerdem müssen Kraftwerksbetreiber verpflichtet werden, verursachte Schäden und Folgekosten zu tragen. Ist die zukünftige Finanzierung dieser Kosten nicht abgesichert, darf ein solches Kraftwerk nicht gebaut werden. Auch im Hinblick auf Laufzeitverlängerungen müssen diese Kosten mit eingerechnet werden.

Energieplanung und Risikobewertung

Wir fordern die Einrichtung einer Landes-Energieagentur zur langfristigen Erstellung von Energiekonzepten, Bündelung der Kompetenzen auf Landesebene und Förderung der Zusammenarbeit aller Akteure im Energiesektor. Die Bewertung der Risiken von sämtlichen Formen der Energiegewinnung muss auf eine einheitliche Bewertungsbasis aller Kostenfaktoren gestellt werden, diese sind schon bei der Planung zu berücksichtigen. Zur Absicherung sämtlicher

damit verbundenen Gefahren und eventueller Langzeitfolgen soll eine Haftpflichtversicherung für sämtliche Energiegewinnungsformen vorgeschrieben werden. Bei fehlender unbegrenzter Haftpflichtversicherungsfähigkeit seitens der Versicherungswirtschaft ist eine Energiegewinnungsform nicht Bestandteil unserer Energieprogramme. Die Betreiber solcher Unternehmen haften unbegrenzt und haben entsprechend Rücklagen aufzubauen oder den Betrieb einzustellen.

Netzneutralität bei Energienetzen

Um für erneuerbare Energien einen wettbewerbsfreien Zugang zu garantieren, der nicht durch Monopolinteressen beeinflusst wird, streben wir eine eigentumsrechtliche Entflechtung der Energienetz-Infrastruktur an. Dazu gehört, die Netze möglichst kommunalisiert bleiben bzw. werden.

Mindestwirkungsgrad für neue Kraftwerke

Für neue Kraftwerke, die ihre Energie aus fossilen Energieträgern beziehen, soll ein dem Stand der Technik entsprechender Mindestwirkungsgrad vorgeschrieben werden. Damit wird erreicht, dass nur dann neue Kraftwerke entstehen, wenn deren Abwärme sinnvoll, z.B. in Form von Fernwärme, genutzt werden kann. Ein festgelegter Mindestwirkungsgrad muss auch für erneuerbare Energien ermittelt werden sobald diese staatlich gefördert werden. Der Wirkungsgrad wird für jede Energieform genau festgelegt und leistungseffizienteren Anlagen der gleichen Energieproduktion sind allein förderbar.

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass der Zeitplan des Ausstieges aus der Atomkraft eingehalten oder sogar vorgezogen wird. Auch sind wir dagegen, dass in der EU die Atomkraft weiter ausgebaut wird. Deshalb fordern wir unseren außenpolitischen Einfluß geltend zu machen, um den Atomausstieg in Nachbarländern wie Frankreich voranzutreiben.

Energieeinsparung

Wir setzen uns für Energie- und Ressourceneinsparung ohne Verringerung von Lebensqualität ein, beispielsweise durch Wärmedämmung an Gebäuden unter Beachtung der bestehenden Bausubstanzerfordernisse, intelligente Steuerung des Energieeinsatzes in Gebäuden, in der Straßenbeleuchtung und intelligente Technologien in der Produktion und im Haushalt. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr ist zu fördern und auszubauen, um die individuelle Mobilität zu erhalten und im Gegenzug Ressourcen, die durch den Autoverkehr verbraucht werden, einzusparen.

Intelligente Stromzähler (Smart Grids)

Intelligente Stromzähler können helfen, Lastspitzen zu vermeiden und das Verbrauchsverhalten des Endkunden intelligent an das aktuelle Stromangebot und den -preis anzupassen oder eine dezentrale Stromversorgung zu unterstützen. Dabei ist jedoch der Datenschutz zu beachten. Eine individuelle Erfassung und Speicherung des Stromverbrauchsverhaltens der Bevölkerung lehnen wir ab.

Kommunaler Klimaschutz

Wir setzen uns für klare Signale zur energiewirtschaftlichen und klimawandelbezogenen Stärkung der Kommunen ein. Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz setzt sich für die Entwicklung und Umsetzung kommunaler und regionaler Klimaschutzkonzepte ein. Das mittelfristige Ziel ist es, unter Zusammenarbeit von Privathaushalten und Kommunen, die Deckung des Eigenverbrauchs der Gemeinden und die Speicherung von Überschüsse bzw. deren Einspeisung ins öffentliche Netz. Kommunale Liegenschaften sollen zum Ausbau von Energieversorgungsanlagen auf Basis Erneuerbarer Energien genutzt werden und mit effizienter Wärmeversorgung und Beleuchtung ausgestattet werden. Die Bauleitplanung soll energieorientiert durchgeführt werden um

Hindernisse im Ausbau der Energieversorgung zu vermeiden. Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Abwasserbeseitigung sollen energetisch optimiert werden.

Natur- und Landschaftsschutz

Die Piratenpartei Rheinland Pfalz fordert eine nachhaltige Landschaftsplanung. Schutzgebiete müssen vernetzt werden und Biotope müssen vor Versiegelung, Zerstörung und Fragmentierung bewahrt werden. Neben der Pflege vorhandener Schutzgebiete muss eine kleinstrukturierte, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft in ländlichen Gebieten erhalten und gefördert werden um die zahlreichen einzigartigen Kultur- und Naturlandschaften in Rheinland Pfalz zu erhalten. Insbesondere in intensiv bewirtschafteten Gebieten ist der Landschafts- und Gewässerschutz zu befördern. Maßnahmen zur erosionsmindernden Bodenbearbeitung, Reduktion des Einsatzes von Düngemitteln und Pestiziden, Anlage von Randstreifen und neuen Biotopen, Renaturierung von Gewässern und dezentralem Hochwasserrückhalt in den Oberläufen müssen umgesetzt werden. Die gute landwirtschaftliche Praxis und alternative Methoden zur Verbesserung des Zusammenwirkens der Landwirtschaft mit dem Umwelt- und Landschaftsschutz sollen gestärkt werden. Umweltkritische Energiegewinnungen, wie zum Beispiel gentechnisch veränderte Monokulturen von Nutzpflanzen zur Energiegewinnung werden von uns aufgrund der unzureichenden Sicherheitslage und Umweltverträglichkeit abgelehnt. Energien, die sich durchgreifend als schädlich erweisen können werden von uns aktiv abgelehnt. Um der Verbesserung von Lebensräumen in der Natur Rechnung zu tragen, sind wir für eine Auflockerung der bestehenden starren Nutz- und Schutzgebiete und für ein Unterbrechen der Agrarflächen. Ziel ist der Aufbau von Pflanzbereichen in dem Tiere ihren Lebensraum wieder finden, die Verminderung der Erosion sowie die Reaktivierung einer natürlichen Bewässerung in den Randbereichen von intensiv bewirtschafteten Gebieten.

Landesplanung

Im Landesplanungsgesetz streben wir anstelle einer Schwarz-Weiß-Regelung bei der Festlegung von Vorrangflächen für die Nutzung von erneuerbaren Energien eine abgestufte Regelung an, um den Kommunen mehr Autonomie bei der Festlegung dieser Flächen zu gewähren.

Langfristige Landschaftsplanung

Bei der Landschaftsplanung dürfen Nachhaltigkeit und Zukunftsgestaltung keine Lippenbekenntnisse bleiben, die den kurzfristigen Zielen einzelner Kommunen oder Regionen geopfert werden. Stattdessen muss die Landschaftsplanung langfristig angelegt sein. Die Interessen unterschiedlicher Kommunen müssen schon im Voraus durch Transparenz und Beteiligung effektiver als bisher berücksichtigt und koordiniert werden. Der nach wie vor weitgehend ungezügelter Flächenverbrauch in Rheinland-Pfalz muss durch eine Belohnung der Flächenschonung gestoppt werden. Dies kann etwa über Schlüsselzuweisungen des Landes an die Kommunen erfolgen.

Qualitativ biologisch orientierte Landwirtschaft

Wir unterstützen vorrangig die biologische Landwirtschaft in kleinen und mittleren Betrieben. Diese soll gegenüber industrieller Massentierhaltung und Großbetrieben gefördert und steuerlich begünstigt werden. Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft hat nur eine Zukunft, wenn sie auf Qualität statt Quantität setzt. So können auch Synergien für Ökologie, Tourismus, Naherholung und die Gesellschaft insgesamt erzielt werden. So wollen wir zum Beispiel in den Kommunen und Landkreisen Landschaftspflegegelder gezielter als bisher zur Förderung entsprechender Betriebe verwenden. Im Bund setzen wir uns zur Förderung einer qualitativ, biologisch orientierter Landwirtschaft ein, durch eine entsprechende Reform der EU-Agrarsubventionen. Lebensmittelherzeugung in der hiesigen Landwirtschaft sollte vorrangig auf regionale Vermarktung setzen, mit biologisch gesunden und nachhaltig produzierten Produkten. Mögliche Maßnahmen

sind z.B.

- Verknüpfung der positiv belegten Adjektive regional und nachhaltig mit Bio für Pfälzer Produkte Pfälzer Wein von Südpfalz und Mosel, Obst und Gemüse aus der Rheinebene
- Förderung von diverser Kulturlandschaft und Tourismus
- Nachhaltige Forstwirtschaft, FSC Zertifizierung für den gesamten Wald in Landeseigentum, keine Privatisierung von Staatswald, sowie die Förderung des Naturparks Pfälzer Wald (Ökotourismus)

Keine Gentechnologie in der Landwirtschaft

Wir setzen uns für die Sammlung, Pflege und Weiterentwicklung traditioneller und natürlicher Genbestände ein. Patente auf Lebewesen lehnen wir grundsätzlich ab. Wir sehen Gentechnologie in der Landwirtschaft als grundsätzlich falschen Weg, da sie in der Praxis die Sortenvielfalt verkleinert. Insbesondere transgene Pflanzen, die Toxine oder andere Substanzen produzieren, stellen ein nicht abschätzbares Risiko für die Biodiversität dar.

Biodiversität

Wir setzen uns für die Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt ein. Dazu wollen wir die Biotopvernetzung fördern. Durch eine entsprechende Gestaltung der Flächennutzung werden isolierte Biotope durch Naturkorridore, Wassernetze und zusätzliche Grünbrücken bei Straßen und Autobahnen für Pflanzen und Tiere verbunden. Dabei soll auf landschaftliche Vielfalt statt auf Monokulturen gesetzt werden. Der Schadstoffeintrag aus Industrie, Verkehr und Landwirtschaft muss reduziert werden.

Patente und sonderverwendete Tiere

Wir sind gegen Patente und gegen Geheimnisse in der Nahrungsmittelproduktion von Tieren. Die Nutzung hybrider Rassen, die selbst nicht vermehrungsfähig sind, sind grundsätzlich abzulehnen.

Trinkwasserversorgung

Trinkwasser darf keine Handelsware werden. Die dezentrale, kommunale Trinkwasserversorgung in Rheinland-Pfalz ist krisensicher und verbraucherfreundlich und muss gegen Privatisierungsbestrebungen geschützt werden. Qualitativ hochwertiges Wasser muss durch das öffentliche Wassernetz und lokale Trinkwasserförderung gewährleistet werden. Natürlich vorhandene Trinkwasservorräte müssen erhalten und gepflegt werden, etwa durch sorgfältige Auswahl und Kontrolle von Wasserschutzgebieten und durch die Förderung der Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser gerade auch im privaten Bereich.

Umweltgerechte Mobilität

Energieeffiziente, emissions- und geräuscharme Mobilität im Interesse der Gesundheit Aller ist ein wesentliches Ziel piratiger Umweltpolitik. Wir setzen uns für die Förderung von PKW mit Elektromotor und Mobilitätshelfern (Pickup-Taxis, Elektro-Leihwagen und Fahrräder etc.) im innerstädtischen Verkehr und im regionalen Nahverkehr ein. Zu diesem Zweck möchten wir Elektro-Kleinfahrzeuge bei der Gestaltung des innerstädtischen Parkraums bevorzugt behandeln, Straßen verstärkt für neuartige Mobilitätshelfer öffnen und Radwegenetze weiter ausbauen.

Lichtverschmutzung

Der Himmel gehört allen, auch bei Nacht. Und damit das so bleibt, fordern wir eine landesweite Einschränkung von vermeidbaren Lichtemissionen. Eine Ausnahmeregelung für Veranstaltungen und Kunstprojekte muss missbrauchssicher gestaltet werden. Auch die Lichtüberflutung der außerstädtischen Landschaft möchten wir im Interesse der Umwelt im Sinne des natürlichen Tages- und Nachtrhythmus von Tier, Mensch und Natur vermindern. Es sollen verstärkt LED-Lampen mit einem umweltverträglicheren Lichtspektrum eingesetzt werden.

Verbraucherschutz und Umweltinformationsrechte

Verbraucherinformation verbessern

Wir wollen das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) des Landes so stärken, dass Verbraucherinformationen, beispielsweise zu belasteten Lebensmitteln, verpflichtend bekannt gemacht werden müssen (z.B. Tageszeitungen), und auf gut zugänglichen feststehenden Internet-Plattformen rasch und einfach auffindbar sind, ohne diese erst in aufwändigen Auskunftsprozessen anfordern zu müssen.

Verbraucherzentralen stärken

Verbraucherzentralen spielen eine wichtige Rolle in der Beratung von Verbrauchern und im Schutz von Verbraucherinteressen. Die Einschränkung der Arbeit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz durch restriktive Mittelzuweisungen und die einseitige Orientierung an kurzfristig denkender Nachfrageförderung lehnen wir ab. Wir unterstützen insbesondere die Verbraucherzentralen in ihrer Ablehnung des "gläsernen Konsumenten" und bei der Verteidigung der Datenschutzinteressen der Verbraucher. Wir wollen einen Verbraucherschutz, der das Recht auf umfassende Information verbindet mit einem Verbandsklagerecht zur Durchsetzung von Verbraucherinteressen.

Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen

Obwohl Jahr für Jahr sehr viele Betriebe, die mit Lebensmitteln zu tun haben, kontrolliert werden, ändert sich nichts an den hohen Beanstandungsquoten. Kontrollen, deren Ergebnisse von Konsumenten nicht eingesehen werden können, wirken nicht abschreckend. Statt stärkerer Kontrollen müssen Mängel öffentlich nachvollziehbar sein, um durch Transparenz diese abschreckende Wirkung zu erreichen. So wird auch Druck auf die Verkaufsstellen ausgeübt, ihre Lieferanten sorgfältiger auszuwählen. Wir fordern deshalb die Schaffung eines frei zugänglichen Informationssystems für den Zugang zu den Ergebnissen von Lebensmittelkontrollen.

Verbraucherinformation vor Ort durch Smiley-System

In Dänemark ist ein Smiley-System bereits erfolgreich etabliert. Damit ist für den Kunden direkt, beispielsweise vor Restaurants, Eisdielen oder Supermärkten, ersichtlich, ob Hygienevorschriften und Lebensmittelgesetze eingehalten werden. Kunden können auf Hygienesünder reagieren, was bisher bei uns nicht möglich ist. Negativ bewertete Betriebe haben durch die Kundenreaktion und Folgekontrollen die Möglichkeit und vor allem die Motivation, Mängel zu beseitigen und sich positive Smileys zu verdienen. Die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen sollen künftig in Rheinland-Pfalz anhand unterschiedlicher Smileys zeitnah und gut sichtbar an der Eingangstür angebracht werden, um den Verbraucher zusätzlich zum Informationssystem im Internet direkt vor Ort zu informieren.

Ausbau des Landesumweltinformationsgesetzes

Das Umweltinformationsgesetz Rheinland-Pfalz soll weiterentwickelt werden zur Grundlage einer umfassenden Dienstleistung für Bürger. Umweltinformationen sind nach unserer Auffassung eine Bringschuld: Behörden müssen vorliegende Informationen von sich aus und nicht erst auf Anfrage bereitstellen. Die Veröffentlichung muss dabei unter freien Lizenzen und in offenen Dateiformaten erfolgen. Bürger sollen auf einem Portal mit übergreifenden Suchfunktionen einfachen Zugang zu diesen Daten erhalten.

Begründung: Der Antrag soll modular abgestimmt werden. Arbeitspad der AG Umwelt RLP, auf dem der unten stehende Text bearbeitet wurde: <http://arr.piratenpad.de/Umwelt> Einige Textstellen habe ich nochmals überarbeitet (meist redaktionell, aber an wenigen Stellen auch inhaltlich).

Bisher im Wahlprogramm Rheinland-Pfalz Link:
<http://wiki.piratenpartei.de/RP:Wahlprogramm#Energiepolitik>

Alter Text, der ersetzt werden soll:

Energiepolitik

Einsatz erneuerbarer Energien statt fossiler Brennstoffe

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz zieht erneuerbare Energien der Energieproduktion aus fossilen Brennstoffen vor. Wir wollen erreichen, dass der komplette Energiebedarf durch erneuerbare Energien gedeckt wird und somit fossile Kraftwerke überflüssig werden.

Kernkraftwerke abschalten

Wir betrachten die Energieproduktion durch Kernspaltung als unverantwortlich. Es ist nicht geklärt, wie der entstehende Atommüll entsorgt werden kann und die Urangewinnung richtet einen erheblichen Schaden an der Umwelt und der Gesundheit der Menschen an. Die Piratenpartei setzt sich daher dafür ein, dass auch weiterhin keine Kernkraftwerke in Rheinland-Pfalz betrieben werden. Wir werden uns zudem im Bundesrat für den 1998 beschlossenen Atomausstieg stark machen.

Dezentrale Energieerzeugung

Ein wichtiger Aspekt moderner Energiepolitik ist die Dezentralisierung der Energieerzeugung. Die damit einhergehende Unabhängigkeit von Großkraftwerken kann durch kommunale Energiegewinnung aus regenerativen Quellen, wie Wind, Sonne, Wasser, Geothermie, und Biomasse aus lokalem Anbau erreicht werden. Außerdem wird die Sicherheit der Energieversorgung erhöht. Da eine stärkere Dezentralisierung der Strom- und Wärmeerzeugung eine angepasste Infrastruktur voraussetzt, sind neue Speicher- und Verteilungstechnologien nötig. Wir werden deren Entwicklung und Einsatz verstärkt fördern. Dabei werden wir die datenschutzkonforme Umsetzung unter Wahrung der Privatsphäre, z.B. bei intelligenten Stromzählern, von vornherein einbeziehen.

Nutzung von öffentlichen Gebäuden für regenerative Energie

Wir wollen die Nutzung von öffentlichen Gebäuden für die Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen weiter fördern. Deren Dach- und Hausflächen könnten zum Beispiel mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden.

Förderung des Wettbewerbs bei dezentraler Energieerzeugung

Das Engagement kommunaler Energieerzeuger soll unterstützt werden, um deren Einsatz für erneuerbare Energien wirtschaftlich zu halten und den Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt zu fördern. Ziel ist es, die Vielfalt innovativer kleinerer Energieerzeuger zu erhalten und den Einfluss der bestehenden Oligopole zu verringern.

Transparenz in der Energiepolitik - Verträge öffentlich machen!

Die Regierung und die Energieerzeuger sollen zur Veröffentlichung von Verträgen zur Energiepolitik verpflichtet werden. Zur Laufzeit von Atomkraftwerken und zur Energieerzeugung im Allgemeinen darf es keine Geheimabkommen zwischen Industrie und Regierung geben. Seit jeher macht sich die Piratenpartei für eine transparente Politik stark. Dies schließt den Energiesektor selbstverständlich ein. Nur durch eine transparente Energiepolitik können die Bürger wirksam an der politischen Diskussion um diese Themen teilnehmen. Transparenz dämmt zudem den Machtmissbrauch von Staat und Wirtschaft ein.

2013.1/WPA-008 barrierefreie Wohnungen in Ortsmitten

Antragsteller: [PP Baum](#)

Zusammenfassung: Zentrale, barrierefreie Wohnungen im Erdgeschoss kleiner alter Gebäude bewahren auch Kultur.

Antragstext: Die Piraten wollen, dass in Ortsmitten insbesondere im ländlichen Raum je Ort vorerst ein kleines altes Gebäude gekauft und sein Erdgeschoss in eine barrierefreie Musterwohnung umgestaltet wird.

Diese Wohnung kann an ältere Mitbürger vermietet werden, die auf Grund von Gebrechen ihr früheres Haus oder ihre frühere Wohnung am Ort nicht mehr nutzen können.

Das Haus darf diesen Bürgern auch verkauft werden.

Verkaufserlöse fließen in den / einen Fonds zurück.

Wenn nicht sofort Bedarf für eine barrierefreie Wohnung besteht, ist eine Zwischennutzung als Ferienwohnung zulässig.

Begründung: Ich wurde am Mittwoch dem 9. März 2011 von Herrn Marcelo Peerenboom von der Rhein-Zeitung unter Anderem gefragt:

1) Welches ist für Sie persönlich das wichtigste politische Ziel der kommenden Legislaturperiode?

2) Wenn Sie 10 Millionen Euro zur Verfügung hätten: Welches Leuchtturmprojekt im Kreis Neuwied würden Sie verwirklichen?

Meine Antworten auf die ersten zwei Fragen lauteten:

1. siehe 1. Antwort (flächendeckende frühe aufsuchende Hilfe für Familien (Dormagener Modell NEFF)) 2. Jugendzentrum in Neuwied

“3. barrierefreie Wohnungen in Ortsmitten auf dem Westerwald, wo sonst nur abgerissen werden soll. Ein typisches Haus steht in Oberdreis an der Kirche. Alte und Behinderte können ihre Heimat behalten.“ 4. Agenda gemeinsames Wohnen 5. Kunstrasenplätze nicht nur für Feldkirchen

Wir kennen Alle diese Häuser, die in alten Dorfmitten vegammeln. Nach meiner Schätzung dürfen sie höchstens das Grundstück minus Abriss kosten – also fast Nichts. Für den Umbau hatte ich ganz einfach kalkuliert 200.000 Euro x 61 Dörfer/Kreis Neuwied = 12 Mio €. Ich gehe davon aus, dass nicht überall ein geeignetes Objekt zur Verfügung steht sowie, dass 200.000 überreichlich gerechnet ist. Weiter muss in Betracht gezogen werden, dass viele ältere Mitbürger gerne kaufen. Dann können sie wirklich für den Rest ihres Lebens nicht gekündigt werden. Mietverträge können aufgehoben werden, auch solche mit Lebenszeitgarantie. Es würde also mit Sicherheit weniger als – schätzen wir – 6 Mio gebraucht werden und viel Geld schnell zurück fließen. Weiter würden solche Vorbilder innerhalb kürzester Zeit private Initiative anregen. Weiteres öffentliches Engagement würde immer spärlicher notwendig.

Wir könnten innerhalb kürzester Zeit Viel für die Aufwertung der Ortsmitten tun und gleichzeitig unseren älteren Mitbürgern ihre Heimat und Verbleiben darin erhalten.

Meine in der Rhein-Zeitung veröffentlichte Idee fand ich dieses Jahr bereits im Plan der Landesregierung RLP. :-)

Getan hat sie allerdings noch Nix. :-)

Etwas in eine ähnliche Richtung, allerdings bei Neubauten, wie meinen Vorschlag gibt es mit der [Initiative Baukultur Eifel](#).

Einen absoluten Experten dafür besitzt die PiratenPartei Rheinland-Pfalz in [Markus Weber](#).

Ich hoffe, dass mir ganz Viele beim Verbessern dieses zwar lange gehegten aber sehr spontan gestellten Antrages helfen.

2013.1/WPA-009 Zulassung Medizinstudium

Antragsteller: [PP Baum](#)

Zusammenfassung: Menschlichkeit als Eignung für ein Medizinstudium

Antragstext: Die Piratenpartei RLP tritt dafür ein, dass Zuwendungsfähigkeit und menschliche Anteilnahme als Eignung für ein Medizinstudium gelten. Die Abiturnote darf höchstens als nachrangige Eigenschaft gelten.

Begründung: Bereits jetzt gibt es Probleme, die ärztliche Versorgung in Deutschland in der Fläche sicher zu stellen. Ein ganz wichtiger Grund ist, dass junge Ärztinnen und Ärzte nach ihrem Examen nicht Kranke versorgen wollen. Sie übernehmen alle sonst nur möglichen Stellen in Forschung, Industrie oder Verwaltung. Diese Entscheidung führe ich hauptsächlich auf die Eigenschaft Abiturnote zurück. Sie entscheidet zur Zeit vorrangig über die Zulassung zum Medizinstudium. Diese Hürde fördert Leistungsbereitschaft unter Vernachlässigung sozialer Kompetenzen. Zuwendungsfähigkeit und menschliche Anteilnahme können gemessen werden. Im englischsprachigen Raum gibt es zuverlässige Tests aber auch in Deutschland. Ein guter Artikel hierzu ist <http://de.wikipedia.org/wiki/Empathie>

In dem Staatsvertrag zur Errichtung einer zentralen Vergabestelle für die Studienplätze steht nur Eignung. Es ist also sehr leicht möglich, von Seiten des Landes Rheinland-Pfalz diese Eignung einseitig festzulegen.

2013.1/WPA-011 Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk

Antragsteller: Ein Landespirat

Zusammenfassung: Umwandlung des Abschnitts "Rundfunkgebühren" unterhalb von "Kultur" zu eigenem Ober-Punkt "Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk" und Ergänzung der bisherigen Forderungen.

Antragstext: Der Landesparteitag beschließt: Der Abschnitt "Rundfunkgebühren" unterhalb von "Kultur" wird geändert wie folgt:

1. Die Überschrift wird geändert in "Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk".
2. Der Abschnitt wird verschoben und zu einem neuen eigenen Punkt auf oberster Ebene (nach dem Punkt "Open Access - Zugang zu Wissen schaffen").
3. Unterhalb der Überschrift wird als Einleitung eingefügt: "Eine funktionierende Demokratie braucht einen lebendigen Diskurs über Politik und Gesellschaft. Dieser findet heute zu einem entscheidenden Teil über die Medien statt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bildet unserer Auffassung nach eine wichtige und unabhängige Ergänzung und ein oft notwendiges Gegengewicht zu den privaten Medien. Die Piratenpartei sieht daher im öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine demokratische Funktion und steht zum Dualen Rundfunksystem. In der bisherigen Ausgestaltung sehen die PIRATEN jedoch erhebliche Defizite und Verbesserungspotential: Transparente Entscheidungsprozesse, objektivere Qualitätskriterien, die Bereitstellung der Inhalte unter freien Lizenzen, die Einführung eines datenschutzgerechten Gebühreneinzug-Modells und eine Besetzung der Rundfunkräte mit NGOs aus bisher vernachlässigten gesellschaftlichen Bereichen gehören daher zu unseren Zielen.
4. Nach dem Abschnitt "Dauerhafte Verfügbarkeit öffentlich-rechtlicher Berichterstattung" wird der Abschnitt "Qualitätskriterien für Öffentlich-Rechtliche" eingefügt mit folgendem Text: "Die Sendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks können inzwischen unabhängig von den Medien Fernsehen und Radio konsumiert werden. Die digitale Bereitstellung Angeboten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ermöglicht ihre Verbreitung und ihren Konsum auch über das Internet und neuartige Empfangsgeräte. Die bisherige Messung der Fernseheinschaltquoten kann daher weder die tatsächliche Reichweite noch den Erfolg der produzierten Sendungen zutreffend wiedergeben. Wir setzen uns daher für objektive und transparente Qualitätskriterien ein, die dafür sorgen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Auftrag erfüllt.
5. Unter den bisherigen Abschnitten wird ein neuer Abschnitt "Besetzung und Transparenz der Rundfunkgremien" eingefügt mit folgendem Text: "Der Einfluss der Verwaltungsgremien der Öffentlich-Rechtlichen ist hoch. Dadurch kann es - wie in der Causa Brender - dazu kommen, dass aus parteipolitischen Kalkül versucht wird, Einfluss auf Personal oder Programmgestaltung zu nehmen. Die Piratenpartei fordert daher, dass in Verwaltungsgremien der Öffentlich-Rechtlichen keine Mitglieder von Landesregierungen vertreten

sein dürfen. Die Sitzungen der Gremien sollen zukünftig außerdem öffentlich stattfinden und ins Internet übertragen werden. Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass auch bisher vernachlässigte gesellschaftliche Gruppierungen wie z.B. Datenschutz- und Bürgerrechtsorganisationen (Chaos Computer Club e.V., DigitalCourage e.V. und Digitale Gesellschaft e.V.), aber auch Konfessionslosenverbände in den Rundfunkräten einen Platz bekommen und Gehör finden.

Begründung: Das Thema Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk hat einen eigenen Oberpunkt verdient. Außerdem sollen unsere Forderungen zum Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk weiter entwickelt werden.

2013.1/WPA-013 Keine Datenhehlerei unter dem Deckmantel der Steuergerechtigkeit!

Antragsteller: Ein Landespirat

Zusammenfassung: Der Ankauf von personenbezogenen Daten von Bürgerinnen und Bürgern durch den Staat wird abgelehnt. Auch für Steuerkriminalität muss gelten, dass nicht pauschal alle Bürger verdächtigt werden, sondern nur im konkreten Verdachtsfall ermittelt wird.

Antragstext: Der Landesparteitag beschließt: Im bisherigen Abschnitt **17. Landesfinanzen** des Wahlprogramms wird der Unterabschnitt "Keine Datenhehlerei unter dem Deckmantel der Steuergerechtigkeit!" mit folgendem Text ergänzt:

"Es ist inakzeptabel, dass die Landesregierung unter dem Deckmantel der Steuergerechtigkeit Bankdaten von Bürgerinnen und Bürgern aufkauft und damit die Steuergerechtigkeit in die Hände von Kriminellen legt, statt sich für ein einfacheres, transparenteres und gerechteres Steuersystem einzusetzen.

Den Ankauf von personenbezogenen Daten von Bürgerinnen und Bürgern durch Ämter und Behörden lehnt die Piratenpartei generell ab. In einem Rechtsstaat darf sich der Staat nicht als Datenhehler betätigen. Wer mit Kriminellen zusammenarbeitet und diese für Straftaten oder deren Beute bezahlt, fördert damit ggf. sogar weitere Straftaten. Auch bei Ermittlungen im Bankenumfeld gilt für alle Betroffenen die Unschuldsvermutung. Es ist nicht hinnehmbar, dass gegen Menschen ermittelt wird und sie z.B. mit einer oft traumatisierenden Hausdurchsuchung rechnen müssen, lediglich weil ihre Daten von Kriminellen an den Staat verkauft werden. Ermittlungen müssen sich im Rahmen von Kriminalitätsbekämpfung generell auf konkrete Verdachtsfälle beschränken. Ein Auslandskonto zu besitzen, darf aber noch keinen Verdacht einer Straftat begründen.

Die mangelhafte Absicherung und Zugriffskontrolle von Unternehmensdatenbanken erleichtert nach Ansicht der PIRATEN, Daten illegal auszulesen und weiterzugeben. Wir setzen uns daher dafür ein, das Bewusstsein für Datensicherheit und Datensparsamkeit auch im Unternehmensumfeld zu stärken."

Begründung: Der Ankauf von personenbezogenen Daten von Bürgerinnen und Bürgern durch den Staat ist abzulehnen. Auch für Steuerkriminalität muss gelten, dass nicht pauschal, sondern nur im konkreten Verdachtsfall ermittelt wird. Die Zusammenarbeit mit Kriminellen ist in einem Rechtsstaat inakzeptabel genauso wie, dass die Steuergerechtigkeit in die Hände von Kriminellen gelegt werden soll.

2013.1/WPA-015 Politische Bildung stärken, Verfassungsschutz auflösen (bessere Version)

Antragsteller: Ein Landespirat

Zusammenfassung: Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung soll gestärkt werden und die intransparente und demokratiegefährdende Arbeit des Verfassungsschutzes beendet werden.

Alternativ zu: 2012.2/023 Politische Bildung stärken, Verfassungsschutz auflösen

Antragstext: Mit der Überschrift "Politische Bildung stärken, Verfassungsschutz auflösen" wird als Unterpunkt des Abschnittes "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" folgender Absatz ins Wahlprogramm aufgenommen:

"Nicht erst die Skandale um neonazistische Morde im ganzen Bundesgebiet haben deutlich gemacht, dass das System Verfassungsschutz seinen Namen nicht verdient hat. Ein Geheimdienst, der fernab jeder demokratischen Kontrolle agiert, mit Feinden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zusammenarbeitet, sie finanziert, ihre Straftaten duldet oder gar dazu anstiftet oder sie vertuscht, schützt unsere Freiheit und Demokratie nicht, sondern gefährdet sie in hohem Maße.

Die Überwachung und Kriminalisierung von politischen Parteien und Gruppierungen gefährdet die Meinungsfreiheit und damit die gesellschaftliche Meinungsvielfalt und Demokratie. Die ausufernden Befugnisse für Geheimdienste widersprechen den Grundsätzen der Piratenpartei: Heimliche Informationsbeschaffung, verdeckte Ermittler und das Anwerben von V-Leuten, heimliches Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen oder Computern, optische oder akustische Überwachung und Eingriffe in Post und Telekommunikation, Auskunftsbefugnisse gegenüber Dritten und vieles mehr lassen sich bei Geheimdiensten nicht wirksam kontrollieren und sind daher aus Sicherheitsgründen nicht vertretbar. Auch die Betätigung des Verfassungsschutzes in der Bildungsarbeit und die vehemente Verbreitung der Extremismustheorie lehnen wir ab, genauso wie Vereinsverbote oder die Aberkennung der Gemeinnützigkeit auf Basis intransparenter, geheimdienstlicher Erkenntnisse.

Wir fordern daher die Auflösung des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes und die ersatzlose Streichung der bisherigen nachrichtendienstlichen Kompetenzen. Die bisher für den Verfassungsschutz bereitgestellten Haushaltsmittel wollen wir der Landeszentrale für politische Bildung zuweisen. Hier soll Demokratiebildung, politische Aufklärung, Präventionsarbeit und die offene Beobachtung politischer Tendenzen zukünftig transparent stattfinden. Ihre überparteiliche Arbeit wollen wir ausbauen und ihre Unabhängigkeit gegenüber der Landesregierung stärken. Die Geschichte und Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz sollen in einem Projekt der Landeszentrale für politische Bildung aufgearbeitet werden."

Begründung: -

Sonstige Anträge

2012.1/SOA-X03 Landesgeschäftsstelle Rheinland-Pfalz

Antragsteller: [Vincent Thenhart](#)

Zusammenfassung: Aufhebung des Ortes, Ausschreibung für ganz RLP

Antragstext: Es wird beschlossen, dass der Beschluss "Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle und eines Piratenbüros" getroffen vom Landesparteitag am 29.11.2009 aufgehoben wird. Des Weiteren wird beschlossen, dass der Landesvorstand mit der Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle beauftragt wird, diese soll für ganz Rheinland-Pfalz ausgeschrieben werden.

Begründung: Einrichtung einer Geschäftsstelle

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz wächst erfreulicherweise immer weiter, bereits jetzt sind mehr als 800 Piraten im Landesverband. Um unsere Arbeit zu professionalisieren, benötigen wir daher dringend eine Landesgeschäftsstelle. In einer Landesgeschäftsstelle könnten viele Aufgaben, die aktuell vom Landesvorstand erledigt werden müssen, in dessen Auftrag abgearbeitet werden. Dazu zählen z. B. die Mitgliederverwaltung, die Erstellung von Landes-Newslettern, das Versenden von Mitgliederpost und Infopaketen, die Kommunikation mit anderen Landesverbänden und dem Bundesvorstand, die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Koordination von Projekten und Aktionen. Auch die Koordination der einzelnen Kreisverbände wird eine stärkere Bedeutung bekommen. Landesarbeitsgruppen benötigen Tagungsräume und im Wahlkampf brauchen wir Arbeits- und Lagermöglichkeiten. Der Landesparteitag beschließt daher die Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle.

Finanzierung & Beauftragung

Der Landesparteitag beauftragt daher den Landesvorstand mit der Suche nach einer geeigneten Räumlichkeit für eine Landesgeschäftsstelle. Der Landesvorstand bestimmt eine maximale Obergrenze zur Finanzierung der Landesgeschäftsstelle.

2012.1/SOA-X04 **Alter Beitrag 2012**

Antragsteller: [Silvan](#)

Zusammenfassung: Beitrag bei 36 € belassen für alte Mitgliedsanträge mit 36 € Aufdruck

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen, dass alle Mitgliedsanträge die auf einem alten Formular (mit 36€) ankommen im Jahr 2012 auch lediglich mit (höchstens) 36€ berechnet werden.

Begründung: Diese Regelung ermöglicht es uns, alte Flyer weiterbenutzen zu können und nicht im Nachhinein einen höheren Beitrag zu verlangen.

Ich denke, dass hiermit einiges an Verwaltungsaufwand gespart werden könnte.

2012.1/SOA-X06 Festlegung der finanziellen Härte bei Beitragsermäßigungen

Antragsteller: [ProhtMeyhet](#)

Zusammenfassung: Selbstbestimmung zur "finanziellen Härte"

Antragstext: Die Festlegung ob ein Pirat von der Regelung der "finanziellen Härte" nach §5 der Bundesfinanzordnung betroffen ist, trifft der Pirat selber. Somit ist lediglich jährlich ein formloser Antrag an die zuständige Gliederung erforderlich, welche diese nur begründet abweisen kann. Gegen die Abweisung ist eine Klage vor dem Landesschiedsgericht zulässig.

Begründung: Leider treffen mit den Anträgen auf Beitragsminderungen neben Nachweisen von Schulen bzw. Hochschulen auch Nachweise über Renten, Hartz4 und Behindertenausweise ein. Ich kann weder als Schatzmeister noch als Mensch diesen Datenstriptease - auch wenn "nur" gegenüber Verwaltungspiraten - gutheißen. Im Gegenteil, der Mensch in mir weigert sich viel zu oft den eingereichten Beleg überhaupt anzusehen oder gar zu Prüfen.

Ich werde dies auch in dieser Art in meinem Rechenschaftsbericht erwähnen und bin auf die entsprechende Kritik gefasst - ändern wird sich meine Meinung dadurch nicht.

2012.1/SOA-X08 Testweise Installation von LimeSurvey

Antragsteller: anonym

Zusammenfassung: -

Antragstext: Der Landesparteitag möge die testweise Installation und Einführung von LimeSurvey für den Landesverband Rheinland-Pfalz der Piratenpartei beschließen und den Vorstand beauftragen, umgehend die dazu notwendigen Schritte durchzuführen oder durchführen zu lassen.

Begründung: Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz hat kein Online-Meinungsfindungstool und kein Meinungsumfragentool und die seit zwei Jahren währende Diskussion darüber lähmt die inhaltliche Arbeit. Für wichtige, kurzfristige Abstimmungen, z.B. darüber, welche Anträge auf LPTs bevorzugt behandelt werden sollen, brauchen wir ein solches Umfragetool [\[1\]](#)

2012.1/SOA-X09 Budget Landesgeschäftsstelle Rheinland-Pfalz

Antragsteller: anonym

Zusammenfassung: Festlegung eines Budgets von 6000 € für die Landesgeschäftsstelle

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen, dass für eine Landesgeschäftsstelle Rheinland-Pfalz ein jährliches Budget von 6000 Euro für Mietkosten, Nebenkosten und Betriebskosten zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus soll einmalig ein zusätzliches Budget von 5000 Euro zur Verfügung gestellt werden, z.B. für Maklerkosten, Einrichtungskosten und sonstige variable Kosten.

Begründung: Ohne Budget wird es keine Landesgeschäftsstelle geben und alles bleibt, wie es ist. Für eine LGS muss die Finanzierung gesichert sein und dies soll mit diesem Antrag beschlossen werden.

2012.2/SOA-007 **Mittel aus staatlicher Teilfinanzierung**

Antragsteller: Lars Matti

Zusammenfassung: Verteilung der Mittel aus der aus der staatlichen Teilfinanzierung.

Antragstext: Verteilung der Mittel aus der aus der staatlichen Teilfinanzierung.

Im Landesverband Rheinland-Pfalz werden für alle Kreise und kreisfreie Städte ohne eigenen KV "vorläufige Kreisverbände" (vKV) eingerichtet.

Durch den Landesfinanzausschuss wird ein Grundbetrag festgelegt. Jeder Kreisverband erhält diesen Grundbetrag und der Landesverband erhält den 10 fachen Grundbetrag. Die "vorläufige Kreisverbände" erhalten keinen Grundbetrag.

Die verbleibenden Mitteln werden wie folgt aufgeteilt: Der Landesverband erhält 50%. 25% werden nach Flächengröße der Landkreise und kreisfreien Städte aufgeteilt und an die zuständigen Kreisverbände ausgeschüttet. 25% werden nach Einwohneranzahl der Landkreise und kreisfreien Städte aufgeteilt und an die zuständigen Kreisverbände ausgeschüttet.

Das Geld für die vKV verbleibt beim Landesverband und dieser verwaltet die Mittel für die örtlichen Regionalgruppen. Wenn sich ein KV gründet, bekommt er das nicht für Zwecke des vKV (örtlichen Regionalgruppen) bereits ausgegebene Geld. Wenn bei einer Region mit "vorläufigem Kreisverband" das Geld zum Jahresende nicht aufgebraucht ist, fließt es an den LV zurück.

Diese Regelung ist bereits auf die Zuwendungen für 2012 anzuwenden.

Begründung: Über den Grundbetrag soll die Arbeitsfähigkeit der Gliederungen sichergestellt werden, durch die Verteilung über Fläche und Einwohner ist eine gerechtere Verteilung gegeben als über die Aktuelle Verteilung über die Anzahl der Mitglieder.

2012.2/SOA-019 neues Logo

Antragsteller: [LarsM](#)

Zusammenfassung: neues Logo für den Landesverband

Antragstext: Es wird beantragt, das Logo des Landesverbandes durch folgendes Logo http://wiki.piratenpartei.de/Datei:Vorschlag_f%C3%BCr_Logo_RLP.png zu ersetzen.

Begründung: Das neue Logo spiegelt in seiner Leichtigkeit und Dynamik eher das Wesen der Piratenpartei wider als das aktuelle.

2012.2/SOA-021 **Transparente Demokratie statt Liquid Feedback**

Antragsteller: Ein Landespirat

Zusammenfassung: Der Antrag dient der Klarstellung, dass der Landesverband Rheinland-Pfalz Wert auf transparente demokratische Entscheidungen legt. Liquid Feedback als intransparente, aber gleichsam nicht-anonyme Plattform sowie Delegationen wird daher abgelehnt.

Alternativ zu: 2012.2/030 Meinungsbildungstool

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen:

"Ein wesentlicher Teil der Parteiarbeit in der Piratenpartei kommt der innerparteilichen Willensbildung zu. Transparente Entscheidungsfindungen, demokratische Verfahren, satzungsgemäße Gremien und Regularien sichern die Rechte der Mitglieder und sorgen für ein demokratisches Miteinander. Der gemeinsamen Entscheidungsfindung auf Parteitag kommt dabei die zentrale Rolle zu: Hier diskutieren wir gemeinsam über Anträge und treffen transparente und demokratische Mehrheitsentscheidungen.

Nach einem einfachen Beschluss beim Bundesparteitag in Bingen, spielt - jenseits irgendeiner satzungsgemäßen Legitimation - Liquid Feedback als Plattform bundesweit parteiintern und leider auch in der öffentlichen Wahrnehmung eine große Rolle. Immer wieder begründet beispielsweise der Bundesvorstand seine Entscheidungen mit entsprechenden "Meinungsbildern" in Liquid Feedback. Auch kommt es immer wieder vor, dass Journalisten denken, in Liquid Feedback würden offizielle Abstimmungen der Partei stattfinden - entsprechende falsche Medienberichte inbegriffen.

Dabei ist in Liquid Feedback nicht transparent und für uns als Mitglieder nicht nachvollziehbar, ob die "Abstimmungs"-Ergebnisse manipuliert sind oder nicht. Gleichzeitig ist aber auch keine ausreichende Anonymität gegeben, die den Mitgliedern den entsprechenden Schutz vor Repression und Missbrauch bieten würde, der nötig wäre, um sich am System frei beteiligen zu können. Durch Stimmdelegationen kommt es außerdem dazu, dass wenige Personen extrem viele Stimmen aggregieren und damit andere Piraten und selbst größere Gruppen mühelos überstimmen können.

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz erachtet Liquid Feedback daher nicht als angemessenes Werkzeug zur innerparteilichen Meinungsfindung. Wir sprechen uns gegen eine weitere Verankerung des Systems in der Partei z.B. im Rahmen einer "ständigen Mitgliederversammlung" aus und fordern stattdessen den Stopp der bundesweiten Liquid-Feedback-Instanz. Wir stellen klar, dass "Abstimmungen" in Liquid Feedback generell keinen Beschluss der Partei darstellen und keinen bindenden Charakter haben und fordern den Bundesvorstand auf, seine Entscheidungen nicht auf potentiell manipulierten und durch Delegationen verzerrten "Meinungsbildern" basieren zu lassen."

Begründung: -

2012.2/SOA-024 **Einrichtung eines Beschwerdeausschusses**

Antragsteller: anonym

Zusammenfassung: Um unsere Schiedsgerichte zu schonen und Missverständnisse zügig auszuräumen soll der Beschwerdeausschuss zwischen den einzelnen Parteien schlichten.

Alternativ zu: 2012.2/011 Streichung des Beschwerdeausschusses

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen:

Zur Kommunikation und Mediation zwischen Schiedsgericht, Basis und Vorstand wird ein Beschwerdeausschuss eingerichtet. Dieser Beschwerdeausschuss umfasst drei Mitglieder und ihre Stellvertreter.

Der Vorstand, das Schiedsgericht und die Basis wählen hierbei jeweils ein Mitglied und einen Stellvertreter in den Beschwerdeausschuss. Die durch Vorstand, Schiedsgericht und Basisgewählten Vertreter, dürfen weder dem Vorstand noch dem Schiedsgericht angehören.

- Aufgaben:*

Der Beschwerdeausschuss versucht internen und externen Schaden zu begrenzen. Der Beschwerdeausschuss behandelt die ihm gegebenen Daten vertraulich und handelt im Sinne der Interessensgruppen, die er im einzelnen Vertritt.

Der Beschwerdeausschuss soll Streit schlichten und in kritischen Situationen beratend und moderierend zur Seite stehen.

Begründung: Der Beschwerdeausschuss ist satzungsmäßig verankert und wurde bisher nicht seitens des Vorstandes eingerichtet. Die aktuellen Geschehnisse in der Piratenpartei zeigen recht deutlich, dass es schnell passieren kann, dass Schlichtungsbedarf entsteht. Um unsere Schiedsgerichte zu schonen und Missverständnisse zügig auszuräumen bevor sie öffentlichkeitswirksam den Ruf der Partei schädigen, soll der Beschwerdeausschuss in schwierigen Fällen zwischen den einzelnen Parteien schlichten.

Der Beschwerdeausschuss erarbeitet in diesem Zusammenhang eine GO für seine Arbeit und läßt diese beim nächsten LPT bestätigen.

2012.2/SOA-025 Durchführung dezentraler Landesparteitag

Antragsteller: anonym

Zusammenfassung: Ausschreibung und Durchführung eines dezentralen Landesparteitages

Antragstext: Der Antragsteller wünscht eine Bearbeitung des folgenden Antrages beim LPT.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der nächste Landesparteitag der Piraten RLP wird als dezentraler Parteitag ausgeschrieben.

Begründung: Der dezentrale Parteitag in Trier wurde erfolgreich abgeschlossen. Um weitere technische Erfahrungen zu sammeln und Rechtssicherheit durch einen Schiedsgerichtsurteil zu erwirken, sollten wir die Testung dezentraler Parteitage auf Landesebene heben. Dezentrale Parteitage können basisdemokratische Teilhabe über große Distanz ermöglichen und senken die Kosten für die einzelnen Teilnehmer, die durch die Teilnahme an Parteitagen entstehen.

2012.2/SOA-029 Root-Server für interne Dienste des Landesverbandes

Antragsteller: [HeptaSean](#) (erarbeitet in der AG Meinungsfindung)

Zusammenfassung: Anmietung eines Root-Servers

Antragstext: Der Landesvorstand wird beauftragt, einen Root-Server für interne Dienste des Landesverbandes Rheinland-Pfalz anzumieten. Der Landesfinanzausschuss wird beauftragt, entsprechende Mittel im Haushalt bereitzustellen. Auf diesem Server sollen nach Rücksprache mit dem Datenschutzbeauftragten verschiedene interne Dienste wie z.B. eine Test-Instanz der Diskussions-Plattform DisQussion, eigene Piratenpad-Instanzen oder eine Lime-Survey-Installation betrieben werden. Für den Betrieb von Diensten, die direkt oder indirekt mit Mitglieder-Daten verbunden sind, ist ein gesonderter Beschluss eines Landesparteitags notwendig.

Begründung: -

2012.2/SOA-030 Meinungsbildungstool

Antragsteller: [HeptaSean](#) (erarbeitet in der AG Meinungsfindung)

Zusammenfassung: Es werden verschiedene Onlinetools für Meinungsbilder zur Wahl gestellt

Alternativ zu: 2012.2/021 Transparente Demokratie statt Liquid Feedback

Antragstext: Wir Piraten wollen jedem Parteimitglied die gleichen Möglichkeiten bieten, an der parteiinternen Willensbildung mitzuwirken. Uns ist bewusst, dass dafür neben bestehenden Strukturen wie Parteitag und Arbeitsgruppen der Einsatz von Onlinetools notwendig ist. Meinungsbilder in diesen Onlinetools stellen keine offiziellen Beschlüsse oder Meinungen der Partei dar, sondern dienen der parteiinternen Meinungsbildung.

Option 1: Adhocracy

Daher fordert der Landesparteitag den Landesvorstand dazu auf, die nötigen Schritte zu unternehmen, um jedem Landespiraten den Zugang zu einer Landes-Instanz des Antragsausarbeitungs- und Meinungsbild-Tools Adhocracy zu ermöglichen.

Option 1a: Adhocracy ohne Delegation Innerhalb dieser Landes-Instanz von Adhocracy soll die Delegationsfunktion generell deaktiviert werden.

Option 2: Findeco

Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand dazu auf, so schnell wie die Entwicklung dies ermöglicht, das Diskussionstool Findeco für alle Piraten im Landesverband zur Verfügung zu stellen. Der Landesvorstand stellt sicher, dass alle Piraten über die Möglichkeit, sich am Meinungsbildungsprozess innerhalb des Tools zu beteiligen, informiert werden.

Option 3: LimeSurvey für Meinungsbilder

Ergänzend zur Diskussion beauftragt der Landesparteitag den Landesvorstand, eine LimeSurvey-Instanz für den Landesverband einzurichten und für das monatliche Einholen von Meinungsbildern zu verwenden. Die Einholung eines Meinungsbildes kann von allen Piraten des Landesverbandes beauftragt werden. Dieses ist dann in die nächste monatliche Umfrage aufzunehmen. Der Landesvorstand kann inhaltlich oder rechtlich bedenkliche Vorschläge mit mindestens 2/3 Mehrheit ändern oder in Ausnahmefällen per Vetorecht blockieren.

Option 4: LiquidFeedback

Ergänzend zur Diskussion beauftragt der Landesparteitag den Landesvorstand, eine Instanz der Software LiquidFeedback einzurichten um Anträge zu erarbeiten und Meinungsbilder zu erheben.

Option 4a: In dieser Instanz sollen Delegationen komplett deaktiviert werden.

Option 4b: In dieser Instanz sollen Delegationen ausschließlich auf Ebene einzelner Themen ermöglicht werden.

Option 4c: Sobald dies technisch möglich ist, soll Benutzern die Möglichkeit eingeräumt werden die Länge von Delegationsketten einzuschränken. Die Standardeinstellung soll dabei bei einer Länge von 1 liegen.

Teil 2: Akkreditierung

Jeder Pirat bekommt einen Zugang mit Stimmrecht zum Meinungsbildungstool. Um dafür eine gültige Akkreditierung zu gewährleisten, wird folgendes System angewandt:

Option 5a: Akkreditierung mit Clearingstelle

Der Landesparteitag wählt eine Landes-Clearingstelle besetzt aus Piraten, die ausreichend über die ihnen zugeteilte datenschutzrechtliche Aufgabe aufgeklärt wurden. Mitglieder des Landesvorstands dürfen nicht Teil der Clearingstelle sein. Zur Akkreditierung der stimmberechtigten Accounts bekommt die Clearingstelle vom Generalsekretär die minimalen zur eindeutigen Identifikation der Mitglieder notwendigen Informationen sowie die Kontaktadresse. Die Clearingstelle versendet Einladungen zum System mit eindeutigen Aktivierungsschlüsseln direkt an die Mitglieder, ohne dass der Landesvorstand diese Schlüssel erfährt. Wenn ein Aktivierungsschlüssel verwendet wird, um einen Account zu erzeugen, wird vom System bei der Clearingstelle die Stimmberechtigung zu diesem Schlüssel bestätigt.

Option 5b: Akkreditierung mit Clearingstelle und Identifikationsschlüssel

Der Landesparteitag wählt eine Landes-Clearingstelle besetzt aus Piraten, die ausreichend über die ihnen zugeteilte datenschutzrechtliche Aufgabe aufgeklärt wurden. Mitglieder des Landesvorstands dürfen nicht Teil der Clearingstelle sein. Zur Akkreditierung der stimmberechtigten Accounts erstellt der Landesvorstand für jedes stimmberechtigte Mitglied einen geheimen Identifizierungsschlüssel, der selbst keine persönlichen Informationen enthält. Der Landesvorstand schickt nun diesen Schlüssel an die Mitglieder. Die Mitglieder schicken den Identifizierungsschlüssel an die Clearingstelle, um einen Account zu beantragen. Die Clearingstelle erstellt einen Aktivierungsschlüssel zu jedem Identifizierungsschlüssel und versendet diesen zurück an die Piraten, ohne dass der Landesvorstand diese Schlüssel erfährt. Wenn ein Aktivierungsschlüssel verwendet wird, um einen Account zu erzeugen, wird vom System bei der Clearingstelle die Stimmberechtigung zu diesem Schlüssel erfragt. Die Clearingstelle stellt den Identifizierungsschlüssel zum Aktivierungsschlüssel fest und sendet den Identifizierungsschlüssel an den Landesvorstand. Dort wird überprüft ob dieser Identifizierungsschlüssel zu einem stimmberechtigten Piraten gehört. Wenn ja, wird diese Information an die Clearingstelle zurückgegeben, die nach erfolgter Zuordnung das Stimmrecht eines Aktivierungsschlüssels bestätigt.

Option 5c: Akkreditierung Urne

Die Registrierung von Benutzer-Accounts mit frei wählbaren Benutzer-Namen steht grundsätzlich jedem offen. Diese sind aber zunächst nicht mit Stimmrecht ausgestattet. Auf allen Partei-Veranstaltungen im Landesverband mit Akkreditierung (Parteitag u.ä.) wird zusätzlich die Ausstattung genau eines Accounts pro Pirat mit Stimmrecht angeboten. Hierzu gibt der Pirat bei der Akkreditierung an, dass er einen Account für das laufende und/oder kommende Kalenderjahr mit Stimmrecht ausstatten möchte. Die Information, ob ein Pirat für ein bestimmtes Kalenderjahr schon einen Account mit Stimmrecht ausgestattet hat, wird in der Mitgliederverwaltung gespeichert. Ist dies nicht der Fall, erhält der Pirat die Möglichkeit, seinen nur ihm bekannten Benutzernamen in eine Urne für das entsprechende Kalenderjahr einzuwerfen. Der zu diesem Namen gehörende Account wird dann für dieses Kalenderjahr mit Stimmrecht ausgestattet. Um die Nachvollziehbarkeit sicherzustellen, wird im Protokoll der entsprechenden Partei-Veranstaltung vermerkt, welche Accounts auf dieser mit Stimmrecht ausgestattet wurden.

Option 5d: Akkreditierung mit Token-Verlosung

Die Registrierung von Benutzer-Accounts mit frei wählbaren Benutzer-Namen steht grundsätzlich jedem offen. Diese sind aber zunächst nicht mit Stimmrecht ausgestattet. Die Akkreditierung kann durch Vorstandsmitglieder oder Akkreditierungsbeauftragte durchgeführt werden. Bei einer

Akkreditierung wird jedem Piraten die Möglichkeit gegeben Einmaltoken aus einer Lostrommel zu ziehen. Mit den Token lässt sich ein eingerichteter Account bis zur Mitte des nächsten Jahres mit Stimmrecht ausstatten.

Begründung: Erklärung zur Abstimmreihenfolge der Optionen

Die Anträge bilden gemeinsam einen sonstigen Parteitagsbeschluss, der als zusammenhängender Text gelesen werden kann. Der Text beginnt mit einem allgemeinen Bekenntnis zum Einsatz von Tools. Danach muss eine Entscheidung getroffen werden ob bevorzugt Adhocracy als Tool eingesetzt werden soll. Ist dies der Fall, muss über die Delegationsfunktion in Adhocracy abgestimmt werden. Ist dies nicht der Fall, wird über die Kombination aus einem Diskussionstool und zusätzlich einem Tool für Meinungsbilder abgestimmt. Als Diskusstool kann Findeco verwendet werden, es darf aber auch abgelehnt werden. Danach muss die Entscheidung zwischen LimeSurvey und LiquidFeedback fallen. Falls LiquidFeedback eingesetzt werden soll, stehen danach drei konkurrierende Optionen zur Wahl, die aber auch alle abgelehnt werden dürfen, falls LiquidFeedback unverändert, also wie von der Bundes-Instanz bekannt eingesetzt werden soll. Danach folgt die Auswahl eines der drei zur Verfügung stehenden Akkreditierungsverfahren.

2012.2/SOA-034 Loesung fuer den Nuerburgring

Antragsteller: [Paolo](#) + [Hans Joachim Schultz](#)

Zusammenfassung: Die Piraten schlagen eine konkrete Lösung für den Nürburgring vor.

Antragstext: Sonstiger Antrag zum LPT der Piratenpartei RLP 2012.2 am 4. November in Hermeskeil

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz schlägt eine Volksabstimmung vor,

ob die Motorsporteinrichtungen, kurz Rennstrecken genannt, am Nürburgring

a) im Besitz des Landes verbleiben. Sie werden schuldenfrei gestellt. Ein gemeinnütziger Verein betreibt sie.

Oder ob

b) der Nürburgring gänzlich, das heißt NICHT zwingend im Ganzen, veräußert werden soll?

Die Piratenpartei lehnt das interne Insovenzverfahren ab.

Sie geht davon aus, dass wieder Etwas intransparent verschoben wird.

Jegliche Veräußerung muss offen und transparent als Auktion erfolgen.

Vereidigte Auktionatoren stehen genügend in öffentlichen Diensten.

Eine teure Drittvergabe ist nicht notwendig.

Die Piraten helfen kostenlos bei der internationalen Bekanntmachung der Auktion.

Im Rahmen des so genannten Projekts „Nürburgring 2009“ wurden Hotels, Feriendörfer und Diskotheken errichtet.

Diese sportfremden Wirtschaftsaktivitäten müssen auf jeden Fall verwertet werden.

Sie müssen von einander in einzelne Objekte getrennt und einzeln im Rahmen transparenter Verfahren ausgeschrieben werden.

Bieter werden automatisch vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, wenn sie ein Objekt erworben haben.

Die einzige Ausnahme ist, wenn ein Bieter für Alles mehr bietet als alle Einzelgebote zusammen.

Ein Objekt, das nicht für mindestens 1 € verkauft werden kann, wird abgerissen.

Stellflächen für Fahrzeuge haben am Nürburgring immer einen Wert über Null.

Der RingRacer muss abgerissen werden. Es kommen niemals genügend Gäste, um ihn wirtschaftlich zu betreiben. Aber die verwendeten Materialien bringen einen hohen Preis beim Recyceln und der Abbau kostet wenig.

Begründung: Die Europäische Union fördert auch den Motorsport nach Art. 165 AEUV sowie ihrem eigenen Weißbuch.

Die Rückbesinnung auf den Sport sowie ein diskriminierungsfreier Zugang zu den Rennstrecken können wieder zu einer beihilferechtlichen Privilegierung führen.

Eine Verpachtung des Gesamtkomplexes an private Betreiber, die Gewinne erzielen wollen, steht dieser Lösung im Weg.

Eine öffentlich-rechtliche Gesellschaft ohne Schulden muss lediglich kostendeckend arbeiten und fördert die strukturschwache Region Eifel.

Ein solches Nutzungskonzept hilft wirtschaftlich vielen kleinen mittelständischen Betrieben vor Ort.

Die Piraten wollen an die lange Tradition des Nürburgrings anknüpfen.

Ein Vorgehen wie hier zeigt der Europäischen Kommission deutlich:

Wettbewerbsverzerrungen sind in Zukunft ausgeschlossen

Mit einem solchen Antrag beweisen wir als Piratenpartei, dass wir Probleme lösen und nicht nur aufzeigen können.

2012.2/SOA-036 LQFB als Testlauf ohne Delegationen

Antragsteller: [Jürgen Grothof](#)

Zusammenfassung: Einrichtung von Liquid Feedback als Testlauf ohne Delegationen

Alternativ zu: 2012.2/021/Transparente Demokratie statt Liquid Feedback

Ergänzt: 2012.2/030 Meinungsbildungstool

Antragstext: hiermit beantrage ich folgenden sonstigen Antrag für den LPT Hermeskeil aufzunehmen.

LQFB als Testlauf ohne Delegationen. Der Landesparteitag möge den Vorstand des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Piratenpartei beauftragen, in der Piratenpartei Rheinland-Pfalz eine Liquid-Feedback (LQFB) Version für einen Zeitraum für 12 Monate einzuführen. Aus der LQFB Oberfläche müssen die Möglichkeiten zu Delegationen entfernt werden. Für den begrenzten Testzeitraum kann diese Version eingesetzt werden, um Meinungsbilder für Landes- und regionale Positionsfindungen zu erstellen. Nach oder während der 12 monatigen Testphase muss ein erneuter LPT-Beschluss erfolgen um LQFB weiter betreiben zu dürfen. In diesen Beschluss sollten dann die durch die Erfahrungen gemachten Änderungen einfließen. Der Landesparteitag möge den Vorstand des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Piratenpartei beauftragen, die dazu notwendigen Schritte durchzuführen.

Begründung: Sowohl im Bund als auch in anderen Bundesländern werden LQFB Versionen für die verschiedensten Meinungsfindungen der Piraten eingesetzt. In keinem Bundesland gibt es bisher eine Version ohne Delegationen. RLP hätte daher die Möglichkeit diese auszuprobieren und die Erfahrungen auch im Bund einfließen zu lassen. Es würde so das Pro und Contra der Delegationen nicht nur auf der Diskussionsebene geführt, sondern es könnte ein realistischer Vergleich mit anderen Landesverbänden erfolgen. Wir sollten nicht auf ein anderes Tool ausweichen, da angeblich LQFB schon mit anderen Programmen in der Bundes IT verknüpft worden ist. Ebenso liegen Datenschutzerklärungen für den LQFB Betrieb vor, somit könnten wir auch darauf verweisen. Dies gilt ebenso für Regelwerke und Nutzungsbedingungen, bei denen nur die fehlende Delegation angepasst werden müssten. Ein Ausweichen auf ein anders Tool würde einen direkten Vergleich z.B. bei der Akzeptanz erschweren. Bei Zustimmung dieses Antrages haben sich Piraten des Landesverbandes RLP bereit erklärt die Möglichkeit der Delegationen aus LQFB zu entfernen.

2012.2/SOA-038 Positionierung zur Bundeskiste

Antragsteller: SirThomasMarc für den Landesvorstand

Zusammenfassung: Positionierung des Landesverbandes zur Bundeskiste

Antragstext: Antrag A1: Der Landesparteitag möge beschließen, das eine Nutzung von Mitgliederdaten der Piraten aus RLP zur Verifizierung nur durch die niedrigste Gliederung zu erfolgen hat und lehnt jede Verifizierung außerhalb dieser niedrigsten Gliederung ab. Der Landesparteitag widerspricht daher der Umsetzung der Bundeskiste mit Daten der Piraten aus RLP. (Satzungsvorrang)

Antrag A2: Der Landesparteitag möge beschließen, das die Verifizierung der Piraten aus RLP nur dann erfolgen darf, wenn die Aufgabe der Verifizierung durch Verwaltungspiraten aus der niedrigsten Gliederung erfolgt und alle Forderungen des Bundesdatenschutzbeauftragten zur Sicherung der Daten und Datensätze vollständig erfüllt werden. Der Landesparteitag widerspricht dem Einsatz von Verifizierungspiraten und behält die Datensicherheit und Datenhoheit im Landesverband. (Datenschutz und Satzungsvorrang)

Antrag A3: Der Landesparteitag möge beschließen, das der Bundesvorstand berechtigt ist, Verifizierungspiraten zur Verifizierung gem. Beschluss zur Bundeskiste für Piraten aus RLP einzusetzen, wenn die Forderungen des Datenschutzes vollständig und ohne Ausnahme umgesetzt wurden, und der BDSB seine Zustimmung zum gewählten Verfahren erteilt. (Datenschutzvorrang)

Antrag A4: Der Landesparteitag möge beschließen, die Bundeskiste gem. Beschluss des Bundesvorstandes umzusetzen, und verzichtet auf die Durchführung des Bereiches des BDSB sowie aller weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der Informatorischen Selbstbestimmung. (Bundesvorstandsbestätigung)

Antrag A5: Der Landesparteitag möge beschließen, das der Antrag zur Aussetzung der Bundeskiste für RLP weiterhin Bestand hat, und vertagt den Beschluss auf den folgenden Programmparteitag der Piraten RLP (Landesvorstandsbestätigung)

Begründung: Der Bundesvorstand greift mit der Bundeskiste in die Gestaltungs- und Satzungsautonomie der Mitgliedsdatenverwaltung in den Gliederungen, Landesverbänden und Kreisverbänden ein. Dabei entwickelt er ein Verfahren, das eine parallele und zusätzliche Datenbank aufbaut, die derzeit weder der Kontrolle durch die Landes- oder Kreisverbände unterläge.

In dieser Datenbank könnten alle Daten des Personalausweises bis hin zu Geschlecht, BPA Nummer, ethnische Herkunft oder andere Daten aus dem Ausweis in diese Datenbank eingepflegt werden. Gleichzeitig ist die Form der Datenverschlüsselung nicht an die Anforderungen des BDSB angepasst, sondern verwendet einfache und möglicherweise sogar rückrechenbare Algorithmen. Daher hat der BDSB in seinem Gutachten vom 21.10.2012 eine Möglichkeit zur Durchführung der Bundeskiste aufgezeigt, die zwar höheren Aufwand, aber ausreichende Sicherheit bietet und keine Speicherung der Daten wie bisher geplant benötigt.

Da die im Ausweisgesetzen verbotene Verarbeitung von Ausweisdaten nicht geklärt ist, und auch die Übergabe eines Ausweises an einen Dritten einen Rechtsverstoß darstellt, kann derzeit nicht sicher von einem rechtskonformen Verfahren ausgegangen werden, so das eine Klärung des Verfahrens und die Verwendung der Mitgliederdaten der Piraten in RLP durch den LPT bestätigt oder abgelehnt werden muss.

Daher stehen dem LPT eine Reihe verschiedener Anträge zur Auswahl, die sich gegenseitig ausschließen. Damit der LPT jedoch frei und ohne Vorgabe entscheiden kann, ist diese Reihe der

Möglichkeiten so vollständig wie möglich.

GO- Antrag: Weitere Anträge von Piraten aus RLP in diese Antragsauswahl aufnehmen und dann insgesamt abstimmen.

Hintergründe:

Inhalt der Bundekiste:

Verfahren zur Datenerhebung bei Mitgliedern unter zu Hilfenahme des BPA / elektronischen Personalausweises

unter der Berufung von Verifizierungspiraten:

<http://wiki.piratenpartei.de/Bundesvorstand/Umlaufbeschluss/078>

Das bestehende Gutachten des BDSB zeigt Wege auf, wie diese

Bericht des BDSB -- Gutachten -- als PDF bitte im Wiki Anfügen, der Bericht wurde dem LaVo RLP am 21.10 übermittelt.

Entscheidung des Landesvorstandes in der Sitzung Nr. 93 vom 21.09.2012

Aussetzen der Bundeskiste und Vorlage beim LPT 21.10.2012 Nr.: 3

Text: Der Landesvorstand Rheinland-Pfalz fordert den Bundesvorstand auf, die Umsetzung und Durchführung von Maßnahmen zur Bundeskiste für Mitglieder des Landesverbandes RLP auszusetzen, bis der Landesverband RLP auf seinem LPT einen Beschluss zur Bundeskiste gefasst hat. Dieser wird dem Bundesvorstand unmittelbar nach Entscheidung der rheinland-pfälzischen Mitglieder mitgeteilt. **Begründung:** Das Verfahren ist im Sinne des Datenschutzes eine Handlung und Absicht, die Piraten zur Teilnahme an Abstimmungen oder zur Nutzung von Software der Piraten zu zwingen. Zu diesem Zwecke müssen Daten und persönliche Informationen verifiziert werden. Dies soll per Übergabe des Ausweises an "Verifizierungspiraten" durchgeführt werden.

Antragsgründe:

∅ Diese Vorlage (Abgabe des BPA) ist gem. § 1 Abs 1 Ausweisgesetz unzulässig

∅ Die Erhebung und unbegrenzte Speicherung von Daten, wie sie diese Vorlage ermöglicht ist unzulässig

∅ Eine unbefristete Speicherung ist gem § 35 Abs. 2 Satz 2 BDSG (dazu 3.) unzulässig

∅ Ebenso ist der BPA nur zu Identifizierungszwecken und nicht zu Zwecken der Datenverarbeitung heranzuziehen

∅ Die Datenhoheit und die Aufnahme sowie Verifizierung von Piraten ist die Aufgabe der niedrigsten vorhandenen Gliederung

∅ Die Verwendung des elektr. BPA kollidiert mit den § 14 des Gesetzes über den elektronischen P.-Ausweis in Verbindung mit § 20 des selben Gesetzes tinyurl.com/9gwqykd

Da hier in der Entscheidung des BuVos die Möglichkeit von Rechtsverstößen beinhaltet ist, und der Datenschutzbeauftragte Berlin bei seinem Bericht sich gegen eine unbegrenzte und nicht notwendige unbegrenzte Speicherung von Daten - siehe auch Bericht des Datenschutzbeauftragten Berlin <http://piratenpad.de/p/20121011-37> ausgesprochen hat. Ein Pirat den Bericht in ein Pad gestellt, ich habe ihn im Text ans Ende der AntragsMail nochmals gestellt, falls das Pad nicht erreichbar ist.

Des Weiteren ist fraglich, in wie weit eine solche Vorgehensweise wirklich datensparsam und im Sinne der eigenen Grundsatzprogrammrichtlinien der PP Deutschland und mit diesem konform ist. Bis zu einer Entscheidung des Landespiraten(?) bitte ich daher um Aussetzung des BuVo-Beschlusses Bundeskiste und Vorlage beim LPT in Hermeskeil zur Klärung durch unser entscheidendes Gremium.

- Ergebnis:* angenommen

2012.2/SOA-040 Erforderliche Mitgliederzahl für die Gründung eines Kreisverbandes

Antragsteller: [LarsM](#)

Zusammenfassung: Erforderliche Mitgliederzahl für die Gründung eines Kreisverbandes

Antragstext: Der Landesparteitag beschließt, dass für die Gründung eines Kreisverbandes im künftigen Tätigkeitsgebiet des Kreisverbandes mindestens 60 Mitglieder vorhanden sein müssen. Es wird die Empfehlung ausgesprochen Kreisverbände erst ab einer Mitgliederzahl von 100 im künftigen Tätigkeitsgebiet zu gründen.

Begründung: Eine Gliederung bindet Finanzmittel und Aktive Piraten für die Verwaltung und Organisation der Gliederung. Diese Piraten und Finanzmittel stehen damit für die primäre Politische Arbeit nicht mehr zur Verfügung.

Rechnung Aktive Piraten:

Piraten	60	
10% Aktive	6	
Vorstand	3	(mindestens plus zwei Rechnungs- bzw. Kassenprüfer)
bleiben	3	für die Basisarbeit

Rechnung Mitgliedsbeiträge:

Piraten	60		
Bezahlquote 70%	42	(Piraten)	
Ermäßigt 10%	4	Piraten a. 12 Euro =	48,00 Euro
Vollzahler 90%	38	Piraten a. 48 Euro =	1824,00 Euro
Zwischensumme:			1872,00 Euro
Anteil KV 10%			187,20 Euro
Anteil OV 20%			374,40 Euro (bekommt der KV nur unter der Bedingung das sich kein OV gründet)

Die 187,20 Euro die originär dem KV zustehen werden komplett für die Aufrechterhaltung des KV benötigt eine Politische Arbeit ist damit nur mit den Mitteln die dem OV zustehen möglich.

2013.1/SOA-002 Richtlinie zur Behandlung von Anträgen

Antragsteller: [StopSecret](#)

Zusammenfassung: Richtlinie zur Behandlung von Anträgen

Antragstext: Der Landesparteitag möge folgende Richtlinie verabschieden:

Die Organisation von Anträgen orientiert sich an der Verwaltung in der Antragsfabrik.

Jeder Antrag kann als "Entwurf" in die Antragsfabrik eingestellt werden. Dieses soll das bevorzugte Verfahren sein, damit die Anträge vor dem Einreichen von allen Piraten demokratisch diskutiert und angepasst werden können. Der Antrag wird dann beim Landesvorstand in Textform eingereicht, indem einfach auf den Entwurf verwiesen wird. Der Landesvorstand, bzw. die von ihm beauftragte Antragskommission versieht den Antragsentwurf mit einer eindeutigen unveränderlichen Antragskennzeichnung, die den LPT enthält, auf dem der Antrag erstmals zur Abstimmung kommen soll nach dem Muster: "RP:Antrag/2013.1/001/Ein beliebiger Antrag". In der Antragsfabrik wird er als "eingereicht" gekennzeichnet und steht dann auf dem nächsten LPT zur Abstimmung an.

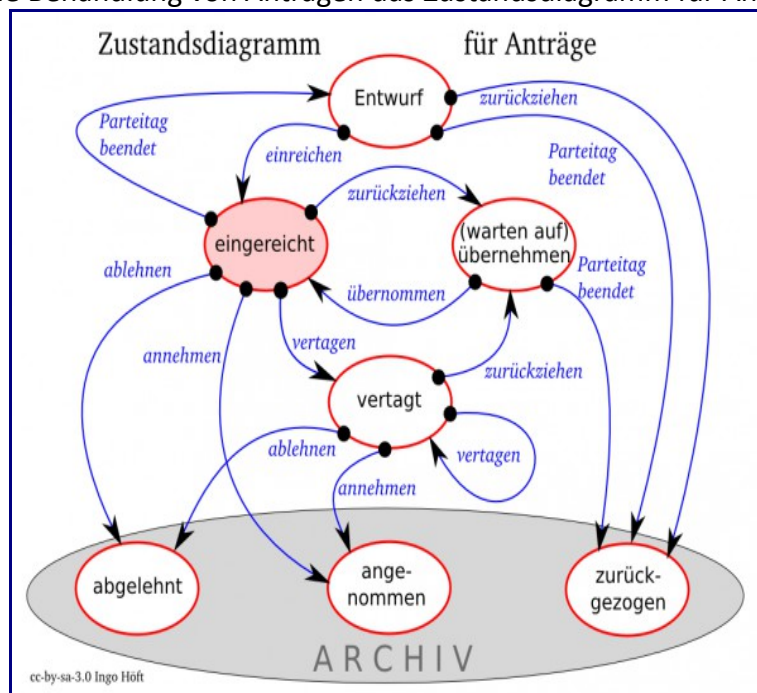
Davon unbenommen können Anträge auch in Textform direkt beim Landesvorstand eingereicht werden. Der Landesvorstand, bzw. die von ihm beauftragte Antragskommission stellt den Antrag in die Antragsfabrik ein und kennzeichnet ihn als "eingereicht".

Zusätzlich zu den Satzungsvorgaben gelten folgende Details: wird ein Entwurf vom Antragsteller zurück gezogen, so wird er direkt archiviert. Wird ein eingereichter Antrag vom Antragsteller zurück gezogen, so wird er zum "übernehmen" durch andere Piraten in der Antragsfabrik vorgehalten. Wird dieser Antrag auf dem nächsten LPT bei Nachfrage durch die Versammlungsleitung, spätestens aber nach Schließung der Versammlung ohne Nachfrage nicht übernommen, so wird der Antrag als "zurückgezogen" archiviert.

Entwürfe, die zum anstehenden LPT nicht eingereicht wurden, sowie angenommene und abgelehnte Anträge werden archiviert.

Archivierte Anträge stehen als Referenz und zur weiteren Verwendung zur Verfügung.

Insgesamt gilt für die Behandlung von Anträgen das Zustandsdiagramm für Anträge:



Begründung: Die Behandlung von Anträgen ist unklar. In der Satzung stehen gerade mal zwei Abschnitte, die etwas zur Behandlung von Anträgen aussagen:

§ 5.7 "(4) Über einen Antrag auf Satzungs- oder Grundsatzprogrammänderung auf einem LPT kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens zwei Wochen vor Beginn des LPTs beim LVOR eingegangen ist. Wird ein abstimmungsfähiger Antrag zurückgezogen, so kann er von jedem Teilnehmer im Laufe der Versammlung unverändert wieder gestellt werden; der Antrag verliert dadurch nicht seine Abstimmungsfähigkeit."

§ 5.5 "(1) Eine Versammlung kann mit einer einfachen Mehrheit den Beschluss über eine Vorlage auf die nächste Versammlung vertagen. Gegen den Willen des Antragstellers darf dies maximal einmal geschehen."

Das ist sehr unvollständig und lässt Raum für Interpretationen. Was passiert mit Anträgen, die auf einem Landesparteitag nicht behandelt wurden? Gelten sie als abgelehnt? Oder werden sie einfach auf dem nächsten LPT zusammen mit den neu eingereichten Anträgen als normale eingereichte Anträge behandelt? Oder gelten sie als vertagt, obwohl sie nicht behandelt und explizit vertagt wurden? Es macht Sinn, dass sie automatisch wieder als Entwurf gelten sollen und dann wieder neu eingereicht werden müssen. Das hat den großen Vorteil, dass der Antrag nochmals in die Hand genommen und möglicherweise aktualisiert wird und vergessene Anträge werden nicht unsinnigerweise zur Abstimmung gestellt (so einen Fall haben wir z.B. bei dem Antrag auf Aufstellungsversammlung im Frühjahr 2013).

Und was geschieht mit zurückgezogenen Anträgen? Sie werden auf dem LPT zur Übernahme durch andere Piraten präsentiert. Gilt dies auch für eingereichte Anträge, die vor dem LPT wieder zurückgezogen werden? Wie lange werden dann zurückgezogene Anträge zur Übernahme vorgehalten?

Wie lange bleiben Entwürfe als Entwürfe stehen? Bis in alle Ewigkeit, oder werden sie auch mal archiviert? Was geschieht mit Entwürfen, die zurückgezogen werden? Müssen sie zur Übernahme vorgehalten werden, oder können sie direkt als zurückgezogen archiviert werden, weil sie noch nicht eingereicht waren?

Diese Richtlinie soll Klarheit schaffen.

2013.1/SOA-004 Pressearbeit von Stammtischen und Regionalgruppen

Antragsteller: [StopSecret](#), stellvertretend für gemeinsame Ausarbeitung im piratenpad

Zusammenfassung: Koordination der Pressearbeit von Landesvorstand und Gruppierungen ohne zugehörige Gliederung

Antragstext: Der Landesparteitag möge folgende Richtlinie beschließen:

Jede Pressemitteilung von Stammtischen und Regionalgruppen, aber auch von einzelnen Piraten wird mit der AG Presse abgestimmt. Sämtliche Presseerklärungen seitens Stammtischen und Regionalgruppen werden vor der Veröffentlichung durch die Presse AG auf einen kommunalen Bezug, pressewirksame Gliederung und Schriftbild gemeinsam mit den Piraten vor Ort erarbeitet.

Grundlage für die Arbeit an Pressemitteilungen ist die Benennung eines Ansprechpartners der entsprechenden Gruppierung, der sich für die Pressemitteilung verantwortlich zeichnet. Ist er nicht Mitglied der Presse AG, so wird ihm Zugang zu den Arbeitsmitteln ermöglicht. In der Presse AG werden in gemeinsamer Arbeit auch regionale Pressemitteilungen mit den Inhalten des Parteiprogramms und der Positionspapiere abgeglichen. Nach Freigabe durch die Landespressesprecher kann der Versand an die lokalen Medien durch den benannten Ansprechpartner erfolgen. Soll zusätzlich ein landesweiter Versand erfolgen, so geschieht dies wie üblich durch die Landespressesprecher.

Pressemeldungen über reine Termininformationen und Tagesordnungen von Stammtischen sind von dieser Regelung ausgenommen.

Begründung: Diese Vorgehensweise ist bereits gängige Praxis und wir möchten dieses nun als Verfahren festschreiben. Pressemitteilungen die von Stammtischen oder Regionalgruppen in der Vergangenheit veröffentlicht wurden, erzeugten immer wieder Irritationen in der Presse und im Landesverband.

Bearbeitungspad: <https://rlp.piratenpad.de/PressearbeitStammtischeRegionalgruppen>

2013.1/SOA-011 **Geschäftsordnung für die SDMV**

Antragsteller: [Sebastian Degenhardt](#), [Ingo Höft](#), [Vincent Thenhart](#), [Guru](#)

Zusammenfassung: Ein Geschäftsordnungsentwurf für die SDMV.

Ergänzt: [Satzungsänderung zur Legitimierung der SDMV](#)

Antragstext: Der Landesparteitag möge den nachfolgenden Text als Geschäftsordnung für die ständige dezentrale Mitgliederversammlung (SDMV) beschließen.

Geschäftsordnung für die SDMV

1. Begriffsdefinitionen

- **Stimmkarte:** Die Karte, die ein Pirat bei seiner Akkreditierung erhält und die er zur Teilnahme an einer Abstimmung der SDMV benötigt.
- **Akkreditierungsnummer:** Die Nummer, die auf der Stimmkarte steht und den Piraten bei einer Abstimmung anhand eines Abgleichs mit der Akkreditiertenliste gleichzeitig ausweist und anonymisiert.
- **Stimmzettel:** Der Zettel, auf dem der Pirat über eingereichte Anträge abstimmt.
- **Urne:** Synonym sowohl für das Gefäß, in dem die ausgefüllten Stimmzettel gesammelt werden, als auch für den Ort, an dem eine Abstimmung möglich ist.
- **Akkreditiertenliste:** Die Liste, auf der die Akkreditierungsnummern stehen, die bei der zugehörigen Urne zum Zeitpunkt der Abstimmung zugelassen sind.

2. Ämter und ihre Aufgaben

2.1 Die Abstimmungsleitung

(1) Die Abstimmungsleitung besteht gemäß §4.2 (2c) der Landessatzung mindestens aus dem Generalsekretär und dem politischen Geschäftsführer des Landesverbands Rheinland-Pfalz. Zur ihrer Unterstützung kann der Landesvorstand weitere Piraten beauftragen. Für Aufgaben des Generalsekretärs müssen diese eine Datenschutzbelehrung erhalten und eine Datenschutzverpflichtung unterschrieben haben.

(2) Die Aufgaben des Generalsekretärs sind

- a) die Akkreditierung von Piraten,
- b) die Erstellung von Akkreditierungslisten,
- c) die Gründung und Auflösung von Urnen und
- d) die Ernennung und Entlassung von Abstimmungshelfern.

(3) Generalsekretäre von Untergliederungen sind ebenfalls zur Akkreditierung der Piraten innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs berechtigt, gehören aber nicht der Versammlungsleitung an und müssen auch nicht vom Landesvorstand beauftragt werden.

(4) Die Aufgaben des politischen Geschäftsführers sind

- a) die Erstellung der Stimmzettel,
- b) die Auswertung der Abstimmungsergebnisse und
- c) die Veröffentlichung der Gesamtergebnisse beim jeweiligen Antrag in der Antragsfabrik.

(5) Alle anderen anfallenden Aufgaben teilen die Mitglieder der Abstimmungsleitung unter sich auf.

2.2 Abstimmungshelfer

(1) Die Abstimmungshelfer einer Urne werden von den dort akkreditierten Piraten vorgeschlagen und müssen von der Abstimmungsleitung ernannt werden.

(2) Ihre Aufgaben sind

- a) die Eröffnung und Schließung der Urne,
- b) die Überprüfung der Stimmabgabeberechtigung anhand der Akkreditierungsnummern,
- c) die Ausgabe der Stimmzettel,
- d) die Kontrolle der Stimmzettellabgabe
- e) die Auszählung der Urne und
- f) die Weiterleitung der Abstimmungsergebnisse an die Abstimmungsleitung.

(3) Die Abstimmungshelfer weisen die Piraten auf Abstimmungsmodalitäten hin und stellen die Einhaltung der Abstimmungsordnung (Punkt 5) sicher.

2.3 Protokollführung

(1) Das Beschlussprotokoll der Abstimmungsleitung umfasst alle Anträge im exakten Wortlaut, die Ergebnisse der Abstimmung, sowie die Teilergebnisse der einzelnen Urnen. Es ist im Piratenwiki zu veröffentlichen, sobald alle notwendigen Daten vorliegen.

(2) Das Protokoll der Abstimmungshelfer enthält die Uhrzeiten von Beginn und Ende der Abstimmung und dem Ende der Auszählung, die Ergebnisse der Auszählung, sowie ein Bericht über Vorkommnisse, die die Gültigkeit der Abstimmung an dieser Urne beeinflussen können. Das Protokoll ist von allen Abstimmungshelfern zu unterzeichnen und zeitnah an die Abstimmungsleitung zu übermitteln.

2.4 Ende von Ämtern und Befugnissen

Ämter und Befugnisse der Versammlung enden mit dem Ende der Versammlung.

3. Urnen

3.1 Gründung einer Urne

(1) Alle für die SDMV akkreditierten Piraten haben das Recht Urnen zu gründen.

(2) Eine Gründung verläuft nach folgendem Schema:

1. Ein Pirat stellt bei der Abstimmungsleitung einen Gründungsantrag in Textform. Dieser beinhaltet die Angaben zu Ort und Zeit für ein Gründungstreffen.

2. Die Abstimmungsleitung gibt diese Informationen auf der Info-Mailingliste von Rheinland-Pfalz bekannt. Zwischen der Bekanntgabe und dem Gründungstreffen müssen mindestens zwei Wochen liegen.

3. Auf dem Gründungstreffen wählen die anwesenden Piraten im Beisein des Generalsekretärs oder eines Beauftragten die nach §5.2a (10) der Landessatzung erforderliche Anzahl an Abstimmungshelfern. Außerdem wird die Mailingliste gewählt, über die die Organisation der Urne ablaufen wird, sowie der Ort, an dem die Abstimmung an dieser Urne in der Regel durchgeführt werden soll. Der Abstimmungsort muss öffentlich und möglichst barrierefrei zugänglich sein.

4. Der Generalsekretär bzw. sein Beauftragter ernennt die gewählten Abstimmungshelfer. Über das Gründungstreffen wird ein Beschlussprotokoll angefertigt.

5. Eine erfolgreiche Gründung wird auf der Info-Mailingliste bekannt gegeben.

6. Akkreditierte Piraten können sich nun bei der Abstimmungsleitung zur Stimmabgabe an dieser Urne anmelden bzw. von ihrer bisherigen Urne zur neu gegründeten Urne wechseln. Sobald genug Piraten sich für diese Urne eingetragen haben (siehe §5.2a Absatz 3 der Landessatzung), kann sie erstmals an einer Abstimmung teilnehmen. Bis dahin bleiben wechselnde Piraten an ihrer alten Urne angemeldet.

(3) Alle existierenden Urnen werden auf einer Übersichtsseite im Wiki aufgelistet.

3.2 Wechsel zwischen bestehenden Urnen

(1) Akkreditierte Piraten können frei entscheiden, an welcher Urne sie sich eintragen möchten. Ein Wechsel ist jederzeit möglich. Änderungswünsche sind in Textform an die Abstimmungsleitung zu stellen, müssen aber spätestens drei Tage vor einer Abstimmung erfolgen.

(2) Ist abzusehen, dass an einer Urne bei der Abstimmung weniger als zwei Abstimmungshelfer zur Verfügung stehen werden, so kann sich der verbleibende Abstimmungshelfer mit seiner Akkreditierungsliste auch einer anderen Urne anschließen, so lange dadurch nicht das Ende der Abstimmung überschritten wird. Dies ist schnellstmöglich der Versammlungsleitung und über die vereinbarte Mailingliste anzuzeigen.

(3) Abstimmungshelfer dürfen ihre Stimme nur an ihrer eigenen Urne abgeben.

3.3 Ernennung und Entlassung von Abstimmungshelfer

(1) Nach einer Urnengründung können weitere Piraten zu Abstimmungshelfer ernannt werden, indem mindestens die Hälfte der an der Urne akkreditierten Piraten dies in Textform bei der Abstimmungsleitung beantragen.

(2) Ein Abstimmungshelfer muss auf Antrag

a) des Abstimmungshelfers oder

b) der Hälfte der an der Urne akkreditierten Piraten

von der Abstimmungsleitung entlassen werden. Dieser Antrag ist in Textform zu stellen.

3.3 Gültigkeit von Urnen

Eine Urne wird bei einer Abstimmung ungültig, wenn

1. weniger als zwei Abstimmungshelfer bei der Abstimmung vorort waren oder
2. weniger als 5 der dort angemeldeten Piraten ihre Stimme abgegeben haben.

3.4 Auflösung einer Urne

(1) Eine Urne wird von der Versammlungsleitung aufgelöst wenn

1. weniger Piraten als nötig an dieser Urne angemeldet sind,
2. weniger als 3 Abstimmungshelfer an dieser Urne angemeldet sind,
3. die Urne dreimal in Folge ungültig ist.

(2) Die an der Urne gemeldeten Piraten werden schnellstmöglich von der Versammlungsleitung über die Schließung der Urne informiert.

4. Akkreditierung

4.1 Allgemeines

(1) Eine nach Punkt 2.1 zur Akkreditierung beauftragte Person stellt einem Piraten nach Überprüfung der Stimmberechtigung und nach Vorlage des Personalausweises in einem persönlichen Treffen eine Stimmkarte aus. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Adresse in der Mitgliederdatenbank mit der Adresse auf dem Ausweis übereinstimmt.

(2) Adresswechsel sind der Abstimmungsleitung umgehend anzuzeigen. An die angegebene Adresse werden die jeweils aktuellen Stimmkarten versandt.

4.2 Die Stimmkarte

(1) Auf der Stimmkarte stehen

a) eine 5-stellige Zufallszahl, über die der Generalsekretär den Piraten zuordnen kann (Akkreditierungsnummer) und

b) Zeilen mit jeweils 2 Feldern, in denen der Erhalt des Stimmzettels und die Stimmzettelabgabe

für jede Abstimmung von den Abstimmungshelfern bestätigt werden.

(2) Nach der der letzten Zeile zugeordneten Abstimmung versendet der Generalsekretär per Post neue Stimmkarten an alle akkreditierten Piraten. Die Akkreditierungsnummern bleiben erhalten.

(3) Geht eine Stimmkarte verloren, so wird deren Akkreditierungsnummer gesperrt und der Pirat erhält eine neue Stimmkarte mit geänderter Nummer. Hierfür anfallende Kosten trägt der Pirat.

(4) Der Generalsekretär stellt in Absprache mit den zur Akkreditierung berechtigten Personen sicher, dass es nicht zur Mehrfachvergabe der gleichen Zuordnungsnummer kommen kann.

4.3 Akkreditierungslisten

(1) Am Tag vor dem Urnengang versendet der Generalsekretär per signierter E-Mail eine Liste an die Abstimmungshelfer der jeweiligen Urne, auf der die Akkreditierungsnummern der dort akkreditierten Piraten angegeben sind (Akkreditierungsliste). Das Dateiformat muss revisionssicher sein.

(2) Piraten dürfen nur an der Urne abstimmen, auf deren Akkreditierungsliste sie stehen.

4.4 Ende der Akkreditierung

(1) Die Akkreditierung des Piraten endet mit dem Austritt aus der Partei, dem Wechsel in einen anderen Landesverband oder dem Ende der SDMV.

(2) Bei ausstehenden Mitgliedsbeitragszahlungen ist der Pirat nicht abstimmungsberechtigt und seine Akkreditierungsnummer erscheint nicht auf der Akkreditierungsliste. Die Akkreditierungskarte verliert aber nicht ihre Gültigkeit.

5. Abstimmungsordnung

(1) Alle Piraten, insbesondere jedoch die Abstimmungshelfer, sind verpflichtet, Vorkommnisse, die die Rechtmäßigkeit der Abstimmung in Frage stellen, sofort der Abstimmungsleitung bekannt zu geben. Diese hat alle Landespiraten unverzüglich über die RLP-Info-Mailingliste darüber in Kenntnis zu setzen.

(2) Auf Anordnung der Abstimmungsleitung oder auf Antrag von 20 Akkreditierten muss eine Abstimmung aller oder einzelner Anträge wiederholt werden. Die erneute Abstimmung muss beim nächsten Urnengang der SDMV erfolgen. Der Antrag ist in Textform an die Abstimmungsleitung zu stellen.

(3) Nimmt ein Landespirat nicht an der Abstimmung teil, so entstehen hieraus keine rückwirkenden Rechte; insbesondere ergibt sich daraus keine Rechtfertigung für eine Anfechtung von Abstimmungsergebnissen oder Beschlüssen.

5.1 Stimmzettel

(1) Auf den Stimmzetteln stehen die Antragsnummern und -bezeichnungen aus der Antragsfabrik, sowie Felder zum Ankreuzen für „Ja“ und „Nein“. Kein Kreuz bedeutet eine Enthaltung.

(2) Andere Markierungen als Kreuze dürfen gewertet werden, solange der Wille des Abstimmenden eindeutig erkennbar ist.

(3) Ist der Wille des Abstimmenden bei einem oder mehreren Anträgen nicht erkennbar, so wird diese Stimmabgabe als "ungültig" gezählt. Die Stimmabgabe bei den verbleibenden Anträgen wird dadurch nicht beeinflusst.

(4) Alle anderen Einträge oder Markierungen führen dazu, dass der gesamte Stimmzettel ungültig wird.

(5) Die Abstimmungsleitung verschickt die Stimmzettel in einem revisionssicheren Format, zusammen mit den Akkreditierungslisten an die Abstimmungshelfer.

5.2 Abstimmung

- (1) Zwei Abstimmungshelfer eröffnen unter Berücksichtigung von §4.1.3 (2) der Landessatzung die Urne. Es ist sicherzustellen, dass diese vor Abstimmungsbeginn leer ist.
- (2) Jeder Pirat erhält von einem Abstimmungshelfer einen Stimmzettel. Den Erhalt dokumentiert der Abstimmungshelfer durch einen Vermerk auf der Stimmkarte des Piraten und auf der Akkreditiertenliste.
- (3) Die ausgefüllten Stimmzettel werden in die Urne eingeworfen, was wiederum von den Abstimmungshelfern auf der Stimmkarte und auf der Akkreditiertenliste vermerkt wird.

5.3 Auszählung und Veröffentlichung

- (1) Die Auszählung nehmen die Abstimmungshelfer unmittelbar nach dem Ende der Abstimmung vor.
- (2) Alle Ergebnisse werden umgehend in digitaler Form per signierter E-Mail an die Abstimmungsleitung geschickt. Diese veröffentlicht alle Einzelergebnisse und das aufaddierte Gesamtergebnis auf der Seite des jeweiligen Antrags in der Antragsfabrik.
- (3) Zeugen müssen die Möglichkeit haben, sich Ergebnisse der Auszählung zu notieren, um sie mit den veröffentlichten Daten abzugleichen.
- (4) Die Originalstimmzettel werden zusammen mit der Akkreditierungsliste von den Abstimmungshelfern an die Abstimmungsleitung übergeben. Diese archiviert sie.
- (5) Ein Antrag gilt als angenommen, wenn er die satzungsgemäße Mehrheit bekommt. Grundgesamtheit ist die Anzahl der gültigen abgegebenen Stimmen.
- (6) Die erneute Auszählung des Gesamtergebnisses muss
 1. auf Beschluss der Abstimmungsleitung oder
 2. auf Antrag in Textform von mindestens 20 Piraten an die Abstimmungsleitung erfolgen. Die Auszählung von Teilergebnissen ist nicht vorgesehen.

6. Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung

- (1) Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung müssen als sonstige Anträge eingereicht werden.
- (2) Eine veränderte Geschäftsordnung findet erst bei der nächsten SDMV-Abstimmung Anwendung.

Begründung: Die SDMV benötigt im Falle ihrer Annahme eine von der Landesmitgliederversammlung legitimierte Geschäftsordnung. Nachträgliche Änderungen können durch die SDMV selbst beschlossen werden.

2013.1/SOA-014 Maßnahmen zur Nutzung der Mailinglisten

Antragsteller: anonym

Zusammenfassung: Beauftragung zu Maßnahmen für die Benutzbarkeit der Mailinglisten

Antragstext: Der Landesparteitag möge beschließen:

"Der Landesvorstand möge geeignet Maßnahmen ergreifen um die Nutzbarkeit der Mailinglisten in Rheinland-Pfalz nutzbar zu halten. Er soll hierfür einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, der grundsätzlich auf eine nichtsperrende Moderation setzt."

Begründung: -

2013.1/SOA-016 Positionspapiere und Richtlinien

Antragsteller: [StopSecret](#)

Zusammenfassung: Die teilweise bereits übliche Begrifflichkeit als Untergliederung der Sonstigen Anträge soll für die rein organisatorische Gliederung spezifiziert werden.

Antragstext: Der Landesparteitag möge der Spezifizierung folgender Begrifflichkeiten zur organisatorischen Untergliederung der Sonstigen Anträge zustimmen:

Positionspapiere

In Positionspapieren als Sonstige Anträge werden offizielle Stellungnahmen und Verhaltensweisen zu konkreten Anlässen beschlossen, die in der Regel in den Programmen wenig Sinn machen. In ihnen werden also Aussagen zu Positionen des Landesverbandes basisdemokratisch legitimiert.

Richtlinien

Richtlinien als Sonstige Anträge geben bestimmte Verfahrensweisen und organisatorische Maßnahmen vor, wie z.B. die Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle, oder die regelmäßige Durchführung von Barcamps. Sie dienen also in erster Linie der internen Organisation des Landesverbandes.

Begründung: Es gibt allgemein gängige und häufig benutzte Bezeichnungen von Sonstigen Anträgen. Hier seien vor allem Positionspapiere genannt. Diese sind für Anträge auf Bundesebene festgelegt, aber nicht auf Landesebene, was oftmals zu Irritationen führt. Die hier vorgeschlagene Untergliederung der Sonstigen Anträge erlaubt eine übersichtlichere Gliederung, z.B. in den Kategorien und eine Bezugnahme auf diese Begriffe.

2013.1/SOA-017 **Freiwillige Beteiligung am Finanzausgleich**

Antragsteller: [Lars Matti](#)

Zusammenfassung: Auf freiwilliger Basis soll für eine gerechte Verteilung der Mittel innerhalb der Partei gesorgt werden.

Antragstext: Der Landesparteitag spricht sich für einen Finanzausgleich auf Basis des im Bochum abgelehnten Satzungsänderungsantrages SÄA042 aus. Der Landesverband Rheinland-Pfalz wir sich deshalb auf freiwilliger Basis am Finanzausgleich beteiligen. Zu diesem Zweck wird die Hälfte der direkt an den Landesverband gezahlten Mittel aus der Parteienfinanzierung für den Finanzausgleich bereitgestellt.

Begründung: Der SÄA042 hat in Bochum mit einer einfachen Mehrheit die notwendige 2/3 Mehrheit verfehlt. Es ist wichtig, dass wir für eine gerechte Verteilung der Mittel innerhalb der Partei sorgen. Deshalb zeigen wir uns Solidarisch mit den Landesverbänden die weniger Geld aus der der Parteienfinanzierung erhalten.